

Sonderthema:
25 Jahre Deutsche Einheit
Bilanz und Ausblick

GEGENWART
Die Akzeptanz der Demokratie im
Kontext sinkender Wahlbeteiligungen **SEITE 9**

VERGANGENHEIT
Die Bürgerrechtler setzten den
Erhalt der Stasi-Akten durch **SEITE 10**

Das Parlament

Berlin, Montag 31. August 2015 www.das-parlament.de 65. Jahrgang | Nr. 36-37 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Präsenz in Heidenau

Sigmar Gabriel Die SPD müsse dahin gehen, „wo es brodelte, manchmal riecht und gelegentlich auch stinkt“. Im sächsischen Heidenau praktizierte der Parteivorsitzende und Vizekanzler Sigmar Gabriel seinen Ratschlag, den er beim Amtsantritt 2009 in der SPD selbst gemacht hatte. Nach den gewalttätigen Ausschreitungen Rechtsextremer vor einer Asyl-Unterkunft unterbrach Gabriel seine politische Sommerreise und fuhr demonstrativ zur Kleinstadt nahe Dresden, wo er sich solidarisch mit den Flüchtlingen zeigte. Dort geizte er nicht mit harschen Worten, als er die Gewalttäter als „Pack“ und „braunen Mob“ bezeichnete, den man ins Gefängnis stecken sollte. Tags darauf erhielt die SPD-Bundeszentrale in Berlin hunderte wütender Mails und Anrufe und musste wegen einer Bombendrohung zeitweilig geräumt werden. *kru*

ZAHL DER WOCHE

800.000

Asylbewerber könnten 2015 nach Deutschland kommen, so viel wie nie zuvor. Mit dieser Prognose korrigierte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) die letzten Einschätzungen von 450.000 neuen Asylanträgen. Während de Maizière in solchen Zahlen auf Dauer eine Überforderung Deutschlands sieht, kann nach Einschätzung von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) eine solche Zuwanderung pro Jahr bewältigt werden.

ZITAT DER WOCHE

»Deutschland hilft, wo Hilfe geboten ist.«

Angela Merkel (CDU), Bundeskanzlerin, beim Besuch am vergangenen Mittwoch im sächsischen Heidenau zur deutschen Flüchtlingspolitik

IN DIESER WOCHE

THEMA
Interview Die Ost-Beauftragte der Regierung, Iris Gleicke (SPD), im Gespräch **Seite 2**

Wirtschaft „Industrielle Leuchttürme“ und Brache nach einem Vierteljahrhundert **Seite 4**

Arbeit und Soziales Von Arbeitslosigkeit, Renten und Reichtumsverteilung **Seite 7**

Umwelt und Klima Erholte Landschaften zwischen Elbe und Oder **Seite 14**

EUROPA UND DIE WELT
Griechenland Die Lage Athens und der Währungsunion nach den Hilfen **Seite 16, 17**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Wir sind ein Staat

EINHEIT Gemeinsame Erfahrungen und getrennte Vergangenheiten. Ostdeutsche Erwägungen zum Jubiläum

Schon wieder? Es muss wohl sein. Am 3. Oktober jubiliiert die deutsche Einheit, abermals. Sind wir ein Volk? So lautet rituell die nationale Festtagsfrage, als wäre ein „Zusammenwachsen“ Pflicht. Jede Antwort ist lebensgeschichtlich geprägt, auch die meine: Wir sind zwei Völker in einem. Wenn's langt. Ich bin Ostdeutscher des Jahrgangs 1956. Den 3. Oktober 1990 verbrachte ich wie kein anderer Überlebender der DDR: in Washington, im Rosengarten des Weißen Hauses, als eingeschlichener Feiertag. Deutsch-amerikanische Honoratioren harrten des Präsidenten. Ein Kinderchor zwitscherte „Auf der schwäbischen Eisenbahn“ und „It's a gift to be simple and free“. Jetzt betrat George Bush (senior) den Rosengarten, umsprungen von zwei weißbraunen Hunden. Die Kapelle der US-Marines spielte das Deutschlandlied, das Bundeswehr-Blasorchester „Star Spangled Banner“. Der Präsident sprach von den Glocken der Freiheit, die heute in Berlin erklingen. Deutschland sei einig und Amerika sein starker Freund. Ich fand mich recht verloren. Alles und jeder war westlich, ebenso beim Fest der deutschen Botschaft. Ich nahm meine bulgarische Freundin mit, zwecks osteuropäischen Beistands. Auch ihr blühte nun die Freie Welt. Gorbatschows Sowjet-Planet hatte seine Trabanten entlassen. Die globale Zukunft schimmerte im Licht kooperativer Vernunft.

Auf- und Abbau Ost Auch die deutsche? Das folgende Jahrzehnt erlebte ich, pathetisch formuliert, als Chronist der ostdeutschen Übergangsgesellschaft. Das Hamburger Wochenblatt „Die Zeit“ beehrte einen landeskundigen Reporter, der den Lesern – zu 97 Prozent Altbundesbürger – das westbaltische Beitrittsgebiet näherbrachte, objektiv, mit hanseatisch kühler Feder. Dazu war ich außerstande, doch zur Vermittlung gewillt. Ich erzählte vom Auf- und Abbau Ost, von rassistischer Gewalt, von der Rettung zerfallender Städte und wie das Lausitzer Dorf Horno in die Grube fahren musste für ein bisschen Kohlestrom. Ich besuchte die hungerstreikenden Kalikumpel von Bischofferode und den taumelnden FC Carl Zeiss Jena. Ich erwog die demokratische Potenz der PDS und die selbstironische Heilkraft der Ostalgie, die im Westen als Verherrlichung des „Unrechtstaates“ missverstanden wurde. Ich verweigerte die Reduktion des Landes DDR auf Stasi-dopingstachelndraht. Ich schrieb als Abkömmling jenes deutschen Volkes, das im Herbst 1989 seine öffentliche Sprache gefunden hatte und also endlich sich selbst.

Privatisierte Freiheit Öffentlichkeit, das freie publizierte Wort, war ein Hauptgehören der friedlichen Revolution. Bereits mit dem Mauerfall endete der emanzipatorische Volksaufstand, wurde die eben erungene Freiheit privatisiert. Der eilfertige DDR-Beitritt zur Bundesrepublik – de facto ein Anschluss – erfolgte natürlich zu deren Bedingungen. Der bankrotte Osten brauchte den Westen, dieser allerdings keinen Osten. Der Westen prosperierte ja und war in sich komplett. Seine Wirtschaft, seine Mehrheit, seine Ideologie definierten den gemeinsamen Staat. Die BRD blieb Deutschland, die DDR wurde östliche Provinz. Deren Kultur und Geschichte übermalte die nationale, die westliche Medienmacht. Dem Osten, nunmehr Drittland, verblieben regionale Eigenarten. Die Ostdeutschen, jetzt ein Fünftelvolk, fielen zurück in ihre vorrevolutionäre Mündlichkeit. Dagegen schrieb ich an, mit Eifersucht.

Wie wenig vermochte der Westen sich als deutschen Torso zu begreifen. 40 Jahre lang floss die Nationalgeschichte geteilt; kein Fluss war mehr oder weniger deutsch als der andere. Zudem existierten beide Deutschländer als Mündel der Siegermäch-



Fußballfans beim „Sommermärchen“, der WM 2006 in Deutschland, in heiterem Schwarzrotgold: jung, aufgeschlossen, international – und nicht zum fürchten. © picture-alliance/dpa

te. Die hatten 1945 den Einheitsstaat kassiert; 1990 rückten sie ihn wieder heraus. Freilich fand auch der Kalte Krieg einen Sieger. Mit den USA triumphierte das marktwirtschaftlich-demokratische Deutschland. Dieser Wesenszug der „Wiedervereinigung“ spiegelt sich in zwei markanten Zitaten. Wolfgang Schäuble, der den Einheitsvertrag quasi mit sich selber ausgehandelt hatte, verkündete gen Osten: „Liebe Leute, es handelt sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, nicht um die umgekehrte Veranstaltung.“ Lothar de Maizière, der erste und letzte freigewählte Ministerpräsident der DDR, wurde nach deren Mitgift gefragt. Er sagte: „17 Millionen Menschen.“ Fast klang das wie Martin Luthers Sterbeworte: „Wir sind Bettler, das ist wahr.“ Wahr ist, dass die Mehrzahl der DDRler 1990 gläubig den Beitritt zur BRD erwählten. Wahr ist, dass laut Helmut Kohlschem Heilsversprechen der Westen zur Lokomotive des Ostens werden sollte; stattdessen wurde er zur Amme. Wahr bleibt bis heute, dass die westdeutsche Zivilgesellschaft sich weitaus stabiler organisiert als der industriell entkernte, entbürgerlichte Osten. Auch der wirtschaftliche Abstand weigert sich zu schrumpfen. Doch wie pauschal, wie lähmend menschenfern sind derlei kategorische Befunde. Wie ermüdeten schon zur Jahrtausendwende die Stereotype der deutsch-deutschen Käferkunde. Die Ostler waren nie ein homogenes Kollektiv, sondern Millionen Individuen höchst verschiedenen Charakters und

Geschicks. Nur als Erinnerungsgemeinschaft bilden sie ein Wir. Sie verteidigen nicht den SED-Staat, sondern ihr darin gelebtes Leben. Die existentielle Erfahrung des 1989er Zeitenbruchs unterscheidet Ost und West. Die Biographien des Westens wurden weder umgeflügelt noch evaluiert. Dann geschah der 11. September 2001. Schlagartig fanden sich die Deutschen im selben Boot. Die innerdeutschen Debatten verstummten, die Außenpolitik setzte die Themen. Der Bündnisfall wurde ausgerufen und belehrte auch die Ostler über die Pflichten der deutsch-amerikanischen Freundschaft. Sie erinnerten sich deutlich an ihren vorigen Großen Bruder. Dass sich der Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) nicht zum Spießgesellen des Irak-Kriegers George Bush (junior) machen ließ, war eine neue, erlösende Erfahrung. Deutschland gilt als pazifistisch. Das meint die Volksmentalität, nicht den Waffenexporteur. Der freiheitspathetische Bundespräsident Joachim Gauck, der „Deutschlands gewachsene Verantwortung“ auch militärisch behauptet, wird im Osten „Feldprediger“ genannt. Im Urteil über ihre fürchterliche Nationalvergangenheit sind Ost und West einig. Die Teilung war hitlerdeutsch verschuldet. Die junge DDR bekam den Antifaschismus von ihrer sowjetischen Siegermacht übergeholfen, die braunfaul restaurative Bundesrepublik entnazifizierte sich erst im Streit der Generationen. Mitunter wird gefragt, warum die jungen Ostdeutschen heute ihre

Eltern nicht ähnlich dringend nach der Diktatur befragen wie die 68er einst im Westen. Eher nehmen sie die Eltern in Schutz. Das SED-Regime verbrach ja nicht Krieg und Holocaust. Es knickte Biographien, es limitierte Lebenschancen im Namen „sozialer Geborgenheit“. Dass die zur gerechten Freiheit gehöre, blieb eine ostdeutsche Überzeugung. Ansonsten bedeutet Freiheit: Reisen, Weltenerfahrung. Reiseweltmeister heißen die Deutschen, die Ostler längst inbegriffen. Der Fußball-Weltmeister Deutschland ist rein westlich bestückt, wie die Bundesliga. Jüngst wurde die 3. Liga zur Eliteklasse Ost ausgerufen, weil dort acht klamme Traditionsvereine Wiederaufführungen alter DDR-Duelle präsentieren. Weltweit war die Fußball-WM 2006, das deutsche „Sommermärchen“, der größte Triumph des geeinten Landes. Man sah die Teutonen feiern, in heiterem Schwarzrotgold. Sie wirkten jung, aufgeschlossen, international. Diese Deutschen musste niemand fürchten. Aber dieses Image ist nicht für immer garantiert. Derzeit nimmt es Schaden, weil Deutschland sich als Europas Zentralmacht inthronisiert.

Voller Gemeinsamkeit Zum Schluss ein schlichter Satz: Dieses ist die deutsche Einheit. Eine andere gibt es nicht. Viele Ost-West-Dissonanzen bleiben, generationsbedingt, aber sie nehmen biologisch ab. Die Nachgeborenen der Teilung werden immer mehr – wie Deutschlands Zuwanderer. Doch auch wir Älteren taugen zum Miteinander. 1990 erklärte mir eine US-Amerikanerin, warum Schwarz und Weiß nicht mehr zu scheiden seien: Weil beide das Land seit Jahrhunderten bewohnen und seine Geschichte teilen. Die deutsche Neuzeit währt erst ein Vierteljahrhundert und ist schon voller Gemeinsamkeit: Kosovo-Krieg, Euro-Einführung, Finanzkrise, Hartz IV, Homo-Ehe, Pegida, Flüchtlingsströme, NSU und NSA sind einheitsdeutsche Erfahrungen. Die Vergangenheiten bleiben getrennt. Das bereichert unsere vielstimmige Geschichte. *Christoph Dieckmann*

Der Verfasser ist Autor der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Wegen einer technischen Umstellung erscheint diese Ausgabe eine Woche später als geplant.

Viele Ost-West-Dissonanzen bleiben, aber sie nehmen biologisch ab.



Sie erlebte zwei Minuten lang die DDR: Sarah Klier, hier mit einem Babyfoto von sich, wurde am 2. Oktober 1990 kurz vor Mitternacht in Leipzig geboren. © picture-alliance/DB

EDITORIAL

Hauptsache cool

VON JÖRG BIALLAS

Seit dem 3. Oktober 1990 gehen der Osten und Westen Deutschlands wieder vereinigt durch die Zeitläufe. Als dieses Ereignis in Berlins neuer Mitte gefeiert wurde, war die Begeisterung der Menschen in den gleichzeitig neu entstandenen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen bereits vorläufig den Alltagsorgen gewichen. Arbeitslosigkeit, finanzielle Ungewissheit und Zukunftsangst hatten das erwartete Dasein im westlichen Konsumparadies relativiert. In West wie Ost war in dem knappen Jahr seit dem Mauerfall die Erkenntnis gewachsen, dass es nicht so leicht wie erhofft werden würde, das nach neuen Maßstäben unproduktive Wirtschaft und marode Infrastruktur der untergegangenen DDR modernen Standards anzupassen. Heute, ein Vierteljahrhundert später, ist dieser Prozess längst abgeschlossen. Das war nicht leicht und auch nicht immer gerecht. Vielen, die sich selbst als „Wendeopfer“ bezeichnen, darf man diese Gefühle nicht absprechen, wenngleich die Schuldzuweisungen mitunter zu simpel sind und das tatsächliche Dilemma nur einseitig beschreiben. In den vergangenen 25 Jahren ist die Nation immer fester zusammengewachsen. Die Menschen in Ost und West haben sich und das jeweils andere Lebensumfeld kennen, oft auch schätzen gelernt. Am Arbeitsplatz, in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis ist über Trennendes wie Verbindendes diskutiert worden. Obwohl die Kontroverse dabei mitunter den Konsens überflügelte, waren solche Gespräche gewinnbringend. Auch das hat dazu beigetragen, dass sich in Ostdeutschland keine grundsätzliche Skepsis gegenüber den Spielregeln der Demokratie etabliert hat, wie zeitweise zu befürchten stand. Beispielsweise ist eine niedrige Wahlbeteiligung gewiss kein abschließendes Problem der neuen Länder. Wer den Wegzug junger Menschen aus Vorpommern, der Lausitz oder dem Erzgebirge beklagt, vergisst, dass es solche Bewegungen auch in Dithmarschen, Franken und im Hunsrück gibt oder gegeben hat. Ohnehin spielen die Himmelsrichtungen bei der Zukunftsplanung eine untergeordnete Rolle. Entscheidend ist das Angebot. Bei der Wahl des Ausbildungs- oder Studienortes konkurrieren Düsseldorf mit Dresden, Rostock mit Regensburg, Göttingen mit Greifswald. Ost oder West? Egal, Hauptsache eine coole deutsche Stadt.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

NOCH 25 JAHRE BIS ZUR EINHEIT?

Weiter warten

PRO

Daniel Goffart
»Focus«

Wann haben Sie das letzte Mal in der „Tagesschau“ die Worte Nord- oder Süddeutschland gehört? Außer bei der Wetterprognose kommen diese Begriffe kaum vor. Dafür wird im politischen und ökonomischen Teil der Nachrichten immer noch von Ost- und Westdeutschland gesprochen. Diese gedankliche Teilung des Landes verrät viel: Sie ist nicht nur in den gängigen Sprachgebrauch übergegangen, sondern spiegelt wider, was ein Großteil der Bundesbürger bis heute denkt: hier die Westler, da die Ostler.

Von einer emotionalen Identität oder intellektuellen Einheit in den Köpfen der Deutschen kann man auch nach 25 Jahren nicht wirklich sprechen. Zwar gibt es nicht mehr das Gegeneinander von Ost und West wie in den Krisenjahren nach der Vereinigung. Aber statt eines echten Miteinanders existiert heute eher ein störungsfreies Nebeneinander – vor allem in der älteren Bevölkerung. Auch die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner liegt im Osten immer noch bei nur 70 Prozent des westdeutschen Durchschnittswerts. Das gleiche Bild bietet sich bei Steuerkraft, Vermögen, Produktivität, Kommunalfinanzien und den Arbeitslosenzahlen. Bis 2019 muss deshalb auch der „SoLi“ gezahlt werden. Und danach soll eine „Anschlussregelung“ her – nicht gerade ein Beweis für die Vollerfüllung der (ökonomischen) Einheit.

Seien wir ehrlich: Die Erfahrung der Teilung steckt noch in den Köpfen von allen, die Mauer und Stacheldraht erlebt haben. Wer im Westen groß wurde, denkt auch heute anders als jemand, der im Osten sozialisiert wurde. Das ist nicht weiter schlimm. Wir werden eben noch eine Generation warten müssen.

Sie ist gelungen

CONTRA

Gerd Depenbrock,
freier Journalist

Ich mag es nicht mehr hören: Die Einheit braucht noch Zeit. 25 Jahre sind nicht genug, es dauert noch ein Vierteljahrhundert. Kann es sein, dass wir falsche Maßstäbe anlegen? Wir verstellen uns den Blick durch Klischees und Vorurteile, wir bedienen uns nur zu gerne griffiger Phrasen. Deutschland, uneinig Vaterland. Vereint, aber nicht einig. So etwas schreibt sich halt besser. Andere Befunde wären uninteressant.

Solange wir von Ossis und Wessis reden, halten wir an der Spaltung fest. Sicherlich ist nicht alles glatt gegangen in den vergangenen 25 Jahren, doch inzwischen haben sich Lebensumstände und Wertvorstellungen in Ost und West zunehmend angeglichen. Der reine Ost-West-Blick ist ohnehin nicht hilfreich. Ungleiche Lebensbedingungen gibt es auch zwischen Friesland und Oberbayern, Mentalitätsunterschiede sogar zwischen Rheinland und Westfalen. Die Beispiele sind beliebig fortsetzbar. Strukturschwache Regionen im Westen haben ähnliche Probleme wie die im Osten oder auch im Norden oder Süden der Republik. Das war schon früher so und wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Das ist auch nicht entscheidend.

Die überwiegende Mehrheit der Deutschen bewertet die Wiedervereinigung positiv. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung wurde seit der Wende geboren, Millionen kennen nichts anderes als ein gemeinsames Vaterland. Wir fühlen uns heute als das, wofür die Menschen in der DDR vor 25 Jahren auf die Straße gingen: als ein Volk. Und nicht nur, wenn Deutschland Fußballweltmeister wird. Es gibt keine nennenswerte Zahl Brandenburger, Thüringer oder Sachsen, die sich wie etwa die Hälfte der Schotten oder Katalanen einen eigenen Staat wünschen. Die Einheit ist bereits gelungen.



Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 15.
Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Gleicke, was waren Ihre größten Hoffnungen, als vor 25 Jahren das Ende der DDR und die Einheit anstanden?

Es ging mir um Freiheit, um Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Reisefreiheit, um ein freies Leben. Dafür sind wir auf die Straße gegangen, um die Staatsmacht zu brechen, als das noch nicht ungefährlich war. Ich bin froh, dass wir heute in einer freiheitlichen Gesellschaft leben.

Und Ihre größten Befürchtungen?

Welche wirtschaftlichen Umbrüche das mit sich bringen würde. Wir hatten zwar auch Betriebe, die Produkte in den Westen verkauften, aber wir wussten natürlich, wie marode die meisten unserer Unternehmen waren und unter welcher schwierigen Bedingungen in der DDR-Planwirtschaft gewirtschaftet wurde. Meine größte – und leider ja auch berechtigte – Sorge war, dass es zu einer großen Arbeitslosigkeit kommen würde – eine Sorge, die viele Leute hatten, für sich selbst persönlich, aber auch insgesamt.

Heute hinkt die ostdeutsche Wirtschaftskraft noch immer dem Westen hinterher. Ist das quasi naturgegeben, oder wurden da Fehler gemacht?

Die Teilung unseres Landes hat ja lange angehalten, immerhin 40 Jahre. Der Glaube, alle Folgen in 25 Jahren beseitigen zu können, war ein Trugschluss. Ich finde, wir können stolz sein auf das, was wir erreicht haben. Wir sind 1991 bei gut 30 Prozent der westdeutschen Wirtschaftsleistung gestartet und liegen jetzt bei mehr als 60 Prozent. Das ist eine Verdopplung. Dabei hat natürlich auch die Wirtschaftskraft im Westen zugenommen; es ist also deutlich mehr als die 30 Prozent aufgeholt worden. Aber in den letzten Jahren ist auch eine Stagnation eingetreten. Dass die Wirtschaftskraft im Osten noch um ein Drittel niedriger ist als die westdeutsche, ist natürlich ein Problem. Das liegt aber nicht daran, dass Ossis fauler oder etwa dümmer wären, sondern hat vor allem mit der Kleinteiligkeit der Wirtschaft zu tun. Wir haben im Osten eben keine Konzernzentralen und große Unternehmen.

Wie lässt sich da gegensteuern?

Wir halten dagegen mit einer intelligenten Förderpolitik. Wir haben Bundesprogramme, die gelten in Ost und West gleichermaßen, aber an einigen Stellen gibt es einen Zuschlag für Ostdeutschland. Denken Sie an das Zentrale Innovationsprogramm für den Mittelstand oder an andere Programme, mit denen wir versuchen, gerade in Ostdeutschland Innovationen zu fördern. Wir fördern aber auch beispielsweise die Ausstattung von Unternehmen mit Wachstumskapital. Wir werden keine Konzernzentrale nach Ostdeutschland locken können, sondern müssen selbst wachsen. Dabei geht es um die drei „I“: um Innovation, um Investitionsförderung und um Internationalisierung.

Nochmal zur Arbeitslosigkeit. Da liegt Sachsen mittlerweile vor Bremen und Nordrhein-Westfalen, Thüringen sogar vor Hamburg.

Ich bin natürlich froh, dass wir Arbeitslosigkeit abgebaut haben. Besonders froh bin ich darüber, dass sich auch bei der Langzeitarbeitslosigkeit etwas tut, wenn auch langsamer. Man muss aber wissen, dass aus Thüringen und den grenznahen Gebieten in Sachsen-Anhalt sehr viele Leute nach Bayern oder Niedersachsen pendeln. Und viele junge Menschen sind abgewandert. Das Arbeitskräftepotenzial in Ostdeutschland ist dadurch leider geringer geworden, was wiederum die Chancen der Daheimgebliebenen erhöht. Aber keine Frage, man merkt natürlich auch den wirtschaftlichen Fortschritt.

Die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Nord- und Süddeutschland werden viel weniger thematisiert als die zwischen Ost und West. Stört Sie das?

»Anfangs wehte im Osten einfach ein frischer Wind«

UWE FEILER Im zweiten Anlauf gewann der gebürtige Niedersachsen den vakanten Wahlkreis an der Havel



Als ich 1991 aus Niedersachsen nach Sachsen-Anhalt ging, war das ein Anknüpfen an alte Wurzeln: Mein Großvater hatte in der DDR Landwirt gelernt und sich in den 1950er Jahren mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, in eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft zu gehen. Irigendwann stand die Stasi vor der Tür, um ihn zu verhaften – und er hat es noch geschafft, mit meiner Großmutter und seinen drei Kindern durch die Hintertür zu flüchten. Er hat die DDR zu seinen Lebzeiten nicht mehr betreten, vor Angst, ins Gefängnis zu kommen. Für meine Eltern war dagegen klar, dass sie zugriffen, als sich die Möglichkeit ergab, das Gehöft meines Großvaters in Spaatz nach der Wende zu übernehmen und einen Spargelhof aufzubauen.

»Den Rest schaffen wir auch«

IRIS GLEICKE Die Ostbeauftragte der Bundesregierung über den wirtschaftlichen Aufholprozess der neuen Länder, das Problem des Rechtsextremismus und das Zusammenwachsen Deutschlands



© picture-alliance/dpa

Ich sage seit Jahren, dass wir auch die wirtschaftlich schwierigen Regionen in Westdeutschland in den Blick nehmen müssen. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet oder Schleswig-Holstein ist ja nicht von der Hand zu weisen. Aber diese Strukturunterschiede sind im Westen regional stark begrenzt. Man hat dort Boom-Regionen in der Nähe von strukturschwachen Regionen, während Ostdeutschland ein zusammenhängendes strukturschwaches Gebiet ist. Selbst unsere Leuchttürme wie Dresden vergleichen sich eher mit den besseren der strukturschwachen Regionen im Westen.

Das sieht man an der Steuerkraft, bei der Ostdeutschland sogar den armen Regionen im Westen hinterherhinkt.

Wer lebt mehr im geeinten Deutschland – die Ostdeutschen, die sich Neuem anpassen mussten, oder die Westdeutschen, für die sich oft wenig änderte?

In einer Studie, die ich neulich in Auftrag gegeben habe, gibt es eine schöne Zahl: 77 Prozent der Ostdeutschen haben die Wiedervereinigung als persönlichen Gewinn bezeichnet und 62 Prozent der Westdeutschen. Da gleicht sich etwas an. Aber man muss

auch auf die Strukturumbrüche im Osten hinweisen: Was da an Emotionen, an Willensstärke, an Flexibilität bei den Ostdeutschen gewesen ist, um das alles zu schultern! Für uns ist ja wirklich kein Stein auf dem anderen geblieben. Dabei haben wir in den vergangenen 25 Jahren viel erreicht und können darauf stolz sein, und den Rest schaffen wir auch noch – aber nur zusammen.

Sie haben die Abwanderung angesprochen. Sehr, sehr viele sind in den Westen gegangen, viele Westler aber auch in den Osten. Hilft das nicht der inneren Einheit?

Natürlich. Da sind junge Leute mit dieser Umbrucherfahrung in den Westen gegangen, die quasi als Botschafter ihrer Heimat wirken und Klischees wie vom „Jammer-Ossi“ abbauen. Umgekehrt gilt das an ostdeutschen Universitäten für viele Studenten aus den alten Ländern. Für die Jüngeren ist die Frage Ost-West immer weniger ein Problem. Mein Sohn hat kürzlich eine junge Frau aus Aschaffenburg geheiratet, die beiden leben in Düsseldorf. Für diese jungen Leute ist Ost-West kein Thema mehr.

Gemessen an der Bevölkerungszahl werden im Osten deutlich mehr rechtsextremistische Straftaten begangen als im Westen. Wie erklären Sie sich das?

Ich bin bestürzt über jeden Übergriff und verurteile solche Gewalttaten und Aufrufe zu Gewalt entschieden. Der Rechtsstaat muss solche Straftaten mit aller Konsequenz und Härte verfolgen und bestrafen. Wichtig ist für mich die Netzwerkarbeit vor Ort, ich setze mich seit Jahren in Bündnissen gegen Rechtsextremismus ein. Und ich habe mich auch immer gegen Beschönigungsversuche gewehrt. Wenn man sich allerdings Befragungen anschaut, wie weit ausländerfeindliches Potenzial in den Köpfen steckt, sieht man deutlich, dass das kein alleiniges ostdeutsches Problem ist. Was mich traurig macht und mir nicht in den Kopf will: viele Ostdeutsche haben vor 25 Jahren selbst auf gepackten Koffern gesessen auf der Suche nach Freiheit und einem besseren Leben und jetzt laufen einige dieser Leute diesen braunen Rattenfängern nach und hetzen gegen Flüchtlingsheime. Das ist nicht nur entsetzlich, das ist verlogen.

Lässt sich nicht vermitteln, dass das auch ein Standortnachteil ist?

Das will ich hoffen. Ich mache immer wieder darauf aufmerksam, dass das Auswirkungen auf unser Ansehen hat. Auch ich als Deutsche ohne Migrationshintergrund mache doch nicht in einem Ort Urlaub, in dem ich damit rechnen muss, abends in der Kneipe auf Neonazis zu treffen. Hier sind alle gesellschaftlichen Kräfte im Kampf gegen Rechts gefragt, auch die Wirtschaft. Das ist nicht nur ein Gebot der Moral, sondern auch der ökonomischen Vernunft. Wenn Unternehmen, Fachkräfte auch aus dem Ausland haben wollen, dann müssen sie sich auch gegen Neonazis vor Ort engagieren. Ich möchte dabei aber nicht, dass die Diskussion ins rein Ökonomische und in eine Unterscheidung zwischen „nützlich“ und „nicht nützlich“ abgleitet, das wäre fürchterlich. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist für mich keine ökonomische Frage, sondern zu allererst eine der christlichen Nächstenliebe.

Das Gespräch führte Helmut Stoltenberg.

Iris Gleicke (51, SPD) ist seit 2013 Parlamentarische Staatssekretärin und Ostbeauftragte der Bundesregierung. Im Bundestag sitzt sie seit 1990.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stell. Cvd
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionschluss
28. August 2015

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhusenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenhalle 71–81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenhalle 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenhalle 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenhalle 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 74
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenverwaltung@fs-medien.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Uwe Feiler (49, CDU) ist seit 2013 Mitglied des Bundestags.



In der Nacht zum 23. August 1990 beschloss die frei gewählte Volkskammer den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Stehend begrüßten die Abgeordneten um drei Uhr morgens die Entscheidung mit Applaus.

© picture-alliance/dpa/Michael Jung

Der steinige Weg zur Einheit

1990 Nach der einzigen freien Volkskammerwahl wurden in wenigen Monaten die Weichen zur Wiedervereinigung gestellt

Am Abend des 18. März 1990 hätte sich Lothar de Maizière eigentlich freuen können. Die von ihm geführte ostdeutsche CDU hatte bei der ersten freien Wahl zur DDR-Volkskammer mit 40,6 Prozent klar gewonnen. Zusammen mit den in der „Allianz für Deutschland“ vereinten Partnern Deutsche Soziale Union (DSU) und Demokratischer Aufbruch (DA) gewann sie 192 von 398 Mandaten. Doch statt zu jubeln bekam de Maizière, wie er später berichtete, „den wohl größten Schreck in meinem Leben.“ Ihm wurde nämlich klar, „welches Amt und welche Verantwortung jetzt auf mich zurollen würden“.

Als er am 12. April zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, kam er sich wie ein politischer Konkursverwalter vor. Um das erklärte Ziel der deutschen Einheit zu erreichen, musste er mit seiner Koalitionsregierung aus den Allianz-Parteien, der SPD und den Liberalen nicht nur die DDR abwickeln, sondern auch in Verhandlungen mit der Bonner Bundesregierung die Interessen der ostdeutschen Bürger vertreten. „Die Einheit“, sagte er in seiner ersten Regierungserklärung am 19. April, „muss so schnell wie möglich kommen, aber ihre Rahmenbedingungen müssen so gut, so vernünftig, so zukunftsfähig wie möglich sein.“

Die DDR-Delegation wollte nicht der Befehlsempfänger der Kohl-Regierung sein.

nannte dies „einen Ausdruck der Solidarität unter Deutschen“. Schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen zum zweiten Staatsvertrag, der sich mit der Auflösung der DDR und ihrem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland befasst. Die DDR-Delegation wollte beim Beginn der offiziellen Gespräche am 6. Juli nicht als Befehlsempfänger der Kohl-Regierung erscheinen und trat betont selbstbewusst auf. Sie verlangte nicht nur die Festlegung auf Berlin als Hauptstadt und Regierungssitz, sondern wollte auch das Deutschlandlied als Nationalhymne, die Flagge sowie den Namen des vereinten Deutschland zur Disposition stellen. Am Ende setzten sich die Bonner im wesentlichen durch. Selbst in der Eigentumsfrage, bei der die Ost-Seite den stärksten Widerstand leistete, musste sie sich dem Bonner Druck beugen und den Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ im Einigungsvertrag akzeptieren.

Übereinstimmung zwischen beiden Regierungen bestand über den Modus der Vereinigung. Danach sollte die DDR nach Grundgesetz-Artikel 23 der Bundesrepublik beitreten. Die Volkskammer fasste am 23. August 1990 einen entsprechenden Beschluss. Als Termin wurde der 3. Oktober festgelegt. Ein Vorstoß der DSU, den sofortigen Beitritt zu erklären, war am 16. Juni im DDR-Parlament gescheitert. Überlegungen aus den Reihen der nun zur Opposition zählenden Bürgerrechtler, mit der Wiedervereinigung eine neu verfasste Bundesrepublik entstehen zu lassen, erwiesen sich wegen der zu erwartenden langen Dauer des Prozesses als illusionär.

Den Regierenden in Bonn und Ost-Berlin war bewusst, dass die Wiedervereinigung ohne Zustimmung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und der europäischen Nachbarstaaten nicht zu erreichen sein würde. Vorbehalte gab es reichlich, in Paris, London und besonders in Moskau. Dort hatten die sowjetischen Machthaber jahrzehntelang die These von der Endgültigkeit der deutschen Teilung vertreten. Eine Abkehr von diesem Prinzip würde ihnen schwer fallen. Das zeigte sich schon zu Beginn der „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen Mitte Mai, bei denen Vertreter der drei westlichen Alliierten, der Sowjetunion und der beiden deutschen Staaten um die Bedingungen der Vereinigung rangten. Als zentrale Streitfrage erwies sich die Bündniszugehörigkeit. Eine Nato-Mitglied-

schaft ganz Deutschlands, wie hauptsächlich von Bonn gefordert, lehnte Moskau mehrfach strikt ab. Erst am 15. Juli, als sich Kohl mit dem sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow in Moskau traf, lenkte dieser ein. Deutschland, versicherte er dem Kanzler, könne selbst bestimmen, welchem Bündnis es angehören wolle. Publik gemacht wurde dies einen Tag später auf einer Pressekonferenz im Anschluss an ein weiteres Treffen beider Staatsmänner im Kaukasus. Am 12. September unterzeichneten die sechs Außenminister in Moskau den „Zwei-plus-Vier-Vertrag“. Darin verzichteten die Vier Mächte auf ihre Rechte und Verantwortlichkeiten für Deutschland als Ganzes und entlassen damit das vereinigte Land in die volle Souveränität.

Kohl unter Druck Noch eine andere politische Baustelle wurde rechtzeitig geschlossen. Das inzwischen demokratisch regierte Polen bestand darauf, die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Grenze noch vor der Vereinigung rechtsgültig zu besiegeln. Die Volkskammer hatte bereits am 12. April in einer Erklärung die Unverletzbarkeit der Grenze bekräftigt; allerdings mit dem Zusatz, dass ein künftiges gesamtdeutsches Parlament das vertraglich bestätigten solle. Das deckte sich mit dem Standpunkt Kohls, der dabei auch die starke Vertriebenen-Lobby im Blick hatte.

Als sich Frankreich hinter die Forderung Polens stellte, geriet der Kanzler unter Druck. Er sah ein, dass er die von Warschau verlangte Grenzgarantie-Erklärung nicht mehr auf die lange Bank schieben konnte. In einer Runde von Unionspolitikern, darunter auch Repräsentanten der Vertriebenen, machte er klar, dass es ohne

Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze keine deutsche Wiedervereinigung geben werde. Das wirkte. Als der Bundestag am 21. Juni in einer Entschließung bekundete, der bestehenden Grenze in einem völkerrechtlichen Vertrag endgültig zuzustimmen, gab es aus dem Regierungslager nur 15 Gegenstimmen. Einen gleichlautenden Beschluss fasste die Volkskammer.

Am 3. Oktober 1990, 0:00 Uhr wurde zur Nationalhymne über dem Berliner Reichstag die Fahne des vereinten Deutschland gehisst. Das Datum, seither als „Tag der deutschen Einheit“ gesetzlicher Feiertag, hatte die Volkskammer mit ihrem Beschluss am 23. August vorgegeben. Gleich-

wohl war er bei der vorhergehenden Beratung eher zufällig zustande gekommen. Im Gespräch war auch der 9. Oktober. Aber dann hätte es – was vermutlich nur die PDS gefreut hätte – am 7. Oktober noch einmal einen DDR-Staatsfeiertag gegeben. Zu bedenken war auch, dass die Siegermächte bei einer Außenministerkonferenz Anfang Oktober in New York erklären sollten, dass sie ihre Rechte bis zur Ratifizierung des „Zwei-plus-Vier“-Vertrages aussetzen. Unter diesen Umständen wäre der 2. Oktober passend, meinte man in der Beratungsrunde. Dann sei aber Bonns Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) noch nicht aus den USA zurück, gab de

Maizière zu bedenken. Worauf es hieß: „Dann nehmen wir den 3. Oktober.“ Die DDR ging am Vorabend mit einem Festakt im Berliner Schauspielhaus am Gendarmenmarkt zu Ende. Ihr einziger frei gewählter Ministerpräsident hielt seine letzte offizielle Rede. „Es ist ein Abschied ohne Tränen“, sagte er. Er äußerte die Hoffnung, dass die Vergangenheit das Volk nicht erneut spalten möge. Denn: „Nicht, was wir gestern waren, sondern was wir morgen gemeinsam sein wollen, vereint uns zum Staat.“

Peter Pragal

Der Autor war 1990 DDR-Korrespondent des „Stern“.

»Unsere Kinder sind Brandenburger«

HANS-GEORG VON DER MARWITZ Aufbauarbeit auf Opas ehemaligen Gut



Teile Brandenburgs. Wir erlebten eine unglaubliche Aufbruchstimmung. In mir reifte der Wunsch, Teil dieses Aufbauprozesses zu werden. Damals war ich gerade 29 Jahre alt. Auf unserer Hochzeitsreise im Juli 1990 fassten wir den Entschluss: Wir gehen in den Osten.

Am 25. September 1990, zwei Wochen vor der Vereinigung, gründete ich meinen 780 Hektar umfassenden Landwirtschaftsbetrieb und das ausgerechnet in Friedersdorf, auf dem ehemaligen Gut meines Großvaters. Zunächst hatte ich Kontakt zu verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) im Umfeld Berlins aufgenommen. Viele von ihnen standen kurz vor dem Konkurs und waren froh über das Interesse eines jungen Landwirts aus dem Westen. Die Größenordnung der Betriebe mit mehr als 6.000 Hektar Fläche und 100 Mitarbeitern überstieg meine Vorstellungskraft. Schließlich kam ich mit der traditionsreichen LPG Worin ins Gespräch, in dem es um die Gemarkung Friedersdorf ging – ein Fingerzeig!

Die Restitution des ehemaligen Familienbesitzes stand für mich damals nicht zur Debatte. Während der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone enteigneten die Machthaber alle Landeigentümer, die mehr als 100 Hektar besaßen, und verteilten zwei Drittel der Flächen an Vertriebene oder landlose Bauern. 1990 gehörten die Äcker in Friedersdorf vor allem ehemaligen Flüchtlingen aus der Neumark, aus Hinterpommern und Schlesien. Glücklicherweise waren viele Friedersdorfer bereit, mir ihr Land zu verkaufen oder zu verpachten.

Nach anfänglicher Skepsis wurden meine Frau und ich schnell akzeptiert. Von Beginn



Hans-Georg von der Marwitz (54, CDU) gehört dem Bundestag seit 2009 an.

an engagierten wir uns im Gemeinderat, im Kirchenvorstand und in Vereinen und Verbänden. In den 1990er Jahren blühte Friedersdorf auf. Schon 1993 feierten wir Helligabend den ersten Gottesdienst in der wiederhergestellten Barockkirche. Es folgten die Gründung einer Dorfgemeinschaft mit Kulturbetrieb, Restaurant und Hofladen. Ost-West-Bruchstellen sind heute nicht mehr zu erkennen. Unsere vier Kinder sind Brandenburger und dankbar blicke ich auf 25 Jahre Aufbauarbeit.

Aufgezeichnet von Susanne Kailitz



3. Oktober 1990, 00.00 Uhr: Die Bundesflagge weht vor dem Reichstagsgebäude.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Erfolgsstory aus dem Osten: Die Rotkäppchen-Sektellerei – hier wird eine Abfülllinie in Freyburg (Sachsen-Anhalt) kontrolliert – konnte sich nach der Wende nicht nur behaupten, sie hat im Westen den Konkurrenten Mumm gekauft.

© picture-alliance/dpa

Beachtliches Wachstum

WIRTSCHAFT Die industrielle Wertschöpfung in den neuen Ländern nahm in den vergangenen 25 Jahren deutlich zu

Die ostdeutsche Wirtschaftskraft im Jahr 25 der deutschen Einheit kann man auf zweierlei Weise betrachten. Vom westdeutschen Niveau aus blickt man immer noch nach unten. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt lediglich rund zwei Drittel des westlichen und hat sich in den letzten zehn Jahren nur noch geringfügig angenähert. Aus ungarischer oder tschechischer Sicht dagegen ist die einstige DDR seit 1990 weit nach oben verschwunden. Dabei gab es auch dort ein durchaus beachtliches Wachstum, aber eben keine vergleichbare Förderung aus dem Westen.

Wirtschafts- und Währungsunion Wirtschaftlich fand die deutsche Einheit drei Monate früher statt als politisch – mit der Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990. Die Bürger der DDR konnten ihre Ost-Mark 1:1 in D-Mark tauschen, für größere Vermögen und Betriebsvermögen war das Verhältnis 2:1, ein äußerst großzügiger Kurs. Nun konnte jeder West-Produkte kaufen, heimische Erzeugnisse blieben dagegen in den Regalen liegen. Entgegen den Erwartungen vieler Politiker und Wirtschaftsexperten brach auch der Export in die Sowjetunion und andere Länder des früheren Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ein. Diese kauften mit ihren knappen Devisen lieber gleich Westprodukte, die als hochwertiger galten und es meistens auch waren. Dabei verfügte die DDR über ausgesprochen gut

ausgebildete Fachkräfte. Doch das Wirtschaftssystem hatte sie gehindert, ihre Fähigkeiten zu entfalten. Die Maschinen waren größtenteils völlig veraltet, der produktionstechnische Rückstand auf die alten Bundesländer betrug mitunter mehrere Jahrzehnte. Neue Produkte, wie neue Fahrzeugmodelle, wurden zwar entwickelt, doch ihre Markteinführung scheiterte immer wieder an fehlenden Werkstoffen und Vorprodukten. Neben dem Schwerkraftmangel der DDR geschuldet.

Der Einbruch nach der Währungsunion war massiv, wobei die oft gehörte Behauptung, die ostdeutsche Wirtschaftsleistung sei binnen Jahresfrist auf ein Viertel gesunken, fragwürdig erscheint. Denn die Ausgangsbasis lässt sich kaum seriös bemessen. Den eigenen Statistiken zufolge, die auch im Westen weithin für bare Münze genommen worden waren, wäre die DDR vor der Wende die zehntgrößte Volkswirtschaft der Welt gewesen. Dementsprechend startete auch die Treuhandanstalt mit einer grandiosen Fehleinschätzung. Ihre Chefs rechneten mit einem Industrievermögen der DDR von etwa 600 Milliarden D-Mark. Als die Treuhandanstalt Ende 1994 ihre Arbeit einstellte, summierten sich ihre Verluste auf riesige 250 Milliarden DM.

Als die Treuhand 1994 ihre Arbeit einstellte, lagen ihre Verluste bei 250 Milliarden D-Mark.

Die Treuhandanstalt war bereits von der Regierung Modrow auf Empfehlung des Runden Tisches ins Leben gerufen worden, um die Staatswirtschaft in die Marktwirtschaft zu überführen und damit die Betriebe wettbewerbsfähiger zu machen. Mit der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 wurde sie neu strukturiert und nahm mit dem Mandat der frei gewählten Volkskammer ihre Arbeit auf. Sie sollte über 8.000 Betriebe mit mehr als vier Millionen Beschäftigten privatisieren und ihnen so neue Chancen auf dem Markt eröffnen. An der Arbeit der Treuhandanstalt gab es viel Kritik, die auch bis heute nicht verstummt ist.

Der Hauptvorwurf lautet, überlebensfähige Unternehmen seien zu schnell abgewickelt worden. Dabei sei es auch darum gegangen, unliebsame Konkurrenz etablierter West-Firmen auszuschalten. Tatsächlich wurde bei der Neustrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft mit harten Bandagen gekämpft. Neben Konzernen, die nur ihre Marktposition verbessern wollten, gab es unseriöse Glücksritter, an denen manch eine hoffnungsvoll erscheinende Privatisierung am Ende scheiterte. Ihnen gegenüber stehen aber viele vor allem mittelständische Unternehmer, darunter enteignete frühere Eigentümer, die sich mit hohem Risiko im Osten engagierten und Arbeitsplätze sicherten. Eine Reihe von Betrieben schließlich wurde von Mitarbeitern übernommen und in neuer Rechtsform erfolgreich weitergeführt. Bekanntestes Beispiel für einen solchen Management-Buy-Out ist die Rotkäppchen-Sektellerei. Sie konnte sich, nach anfänglich massivem Einbruch des Absatzes, nicht nur auf dem angestammten Markt gegen die Konkurrenz aus dem Westen behaupten, sondern auch in Westdeutschland einen ansehnlichen Marktanteil erobern und schließlich 2002 den West-Konkurrenten Mumm übernehmen.

Privatisierungen Ein anderer Weg wurde bei der VEB Carl Zeiss Jena gegangen. Thüringen übernahm von der Treuhand den Kernbereich des ehemaligen Kombinats als landeseigenes Unternehmen unter Leitung des ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) und wandelte es dann in eine Aktiengesellschaft um. Dank des Erfolgs von Jenoptik gehört Jena heute zu den ostdeutschen Städten, in denen das Pro-Kopf-Einkommen höher ist als in vielen westdeutschen Kommunen. Der Grund, warum Jena eine Ausnahme ist und warum die anfänglich schnelle Annäherung zwischen Ost und West nun schon seit längerer Zeit fast zum Erliegen gekommen ist, ist einfach: Die Unternehmenszentralen

mit ihren gutbezahlten Jobs im Management sowie der Forschung und Entwicklung liegen meist im Westen. Nur die allmähliche Angleichung von Tariflöhnen, Renten und Sozialleistungen sowie der anhaltende Rückgang der Arbeitslosigkeit führt noch zu einer langsamen weiteren Annäherung. Alles in allem aber hat, nach einer anfänglich dramatischen De-Industrialisierung, im zweiten Jahrzehnt nach der Wende eine beeindruckende Re-Industrialisierung stattgefunden. Die Bruttowertschöpfung der Industrie nahm zwischen 2000 und 2010 im Osten um 42 Prozent zu, im Vergleich zu 17 Prozent im Westen. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Wertschöpfung liegt in Ostdeutschland mittlerweile knapp über dem EU-Durchschnitt und weit vor Frankreich, Großbritannien oder auch den USA. Im gleichen Zeitraum stieg die Exportquote der ostdeutschen Industrie wesentlich schneller als die westdeutsche, liegt freilich mit 36 Prozent immer noch deutlich hinter der westdeutschen von 49 Prozent (Stand 2013).

Einen ähnlichen Wiederaufstieg kann der Tourismus verzeichnen. Die traditionellen ostdeutschen Reiseziele, ob Ostsee oder Erzgebirge, denen nach dem Mauerfall die Gäste weggeblieben waren, sind längst auch bei westdeutschen Urlaubern beliebt. Viele Fachkräfte, die nach der Wende eine neue Chance in Bayern, Österreich und der Schweiz gesucht hatten, sind wieder zurück in der Heimat. Ohne großen Einbruch überstand die Landwirtschaft die Wende. Ein Gesetz der Volkskammer vom Juni 1990, das im Jahr darauf vom Bundestag bestätigt wurde, verhinderte die Rückgabe von landwirtschaftlichem Grundbesitz, der noch in der Sowjetischen Besatzungszone unter dem Slogan „Junkerland in Bauernhand“ enteignet worden war. Diese von früheren Eigentümern erbittert, aber erfolglos bekämpfte Regelung ermöglichte es, dass die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR als Unternehmen fortbestehen konnten. Die großen zusammenhängenden Flächen lassen sich mit leistungsstarken Maschinen bearbei-

ten, moderne Methoden steigerten die Erträge. Allerdings sank die Zahl der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft von 850.000 auf unter 130.000.

Neue Straßen Wesentlichen Anteil an der überwiegend positiven Wirtschaftsentwicklung hatte die Modernisierung der Infrastruktur. Am schnellsten ging sie beim Telefonnetz, das innerhalb von sieben Jahren von elf auf 50 Anschlüsse pro hundert Einwohner ausgebaut wurde. Bei der Verkehrsinfrastruktur schaut manch westdeutscher Bürgermeister neidisch nach Osten. Mehr als 1.900 Kilometer Autobahn wurden neu- und ausgebaut, dazu die meisten Bundes-, Land-, Kreis- und Gemeindestraßen instandgesetzt. Für viele Unternehmen war das gute Verkehrsnetz, verbunden mit den niedrigen Grundstückspreisen und den qualifizierten Arbeitskräften, ausschlaggebend für die Ansiedlung im Osten. Zu leiden haben nur die Autowerkstätten, weil es kaum mehr Kopfsteinpflaster gibt. *Peter Stützel*

»Es gab durchaus Alternativen«

AXEL TROOST Der Linken-Politiker äußerte früh Skepsis zur schnellen Währungsunion



Die „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“, deren Geschäftsführer ich zu Zeiten der Wende war, äußerte sich schon im April 1990 sehr skeptisch, was die Pläne zur Währungsunion anging. Wir befürchteten den Zusammenbruch der DDR-Ökonomie, weil sie durch die Währungsunion schlagartig flächendeckend nicht mehr konkurrenzfähig war. Damals gab es durchaus Alternativen. Nicht zur Währungsunion grundsätzlich – dazu war der Druck der DDR-Bevölkerung zu stark. Aber man hätte die Umstellung in der Volkswirtschaft differenzierter vorgehen müssen und hätte es so manchen leistungsfähigen Betrieben erleichtern können, die ersten Jahre in der neu erklommenen Marktwirtschaft zu überleben. So wie es gemacht wurde, waren die Betriebe chancenlos.

Ich habe später die Arbeit der Treuhand begleitet – als sogenannter „Anker-Berater“ des Wirtschaftsministeriums in Mecklenburg-Vorpommern. Damals war ich auch noch optimistischer, was das Überleben kleinerer herausgeschalteter Industriekerne anging. Aber auch das ist fast alles in die Hose gegangen. Daher sage ich heute noch: Ein Teil der großen Skepsis der Bevölkerung der ehemaligen DDR gegenüber Gewerkschaften hat nicht nur mit der Ablehnung des FDGB zu tun, sondern auch damit, dass man sich von

den westdeutschen Gewerkschaften – insbesondere von der IG Metall – verraten gefühlt hat. Da wurde versprochen, Auffanggesellschaften zu bilden für zwei, drei Jahre und danach sollten die Beschäftigten wieder einen Job finden. Nahezu niemand von denen hat aber Arbeit gefunden. Für mich persönlich begann mein Leben als „Wossi“ in Rostock, wo das von mir 1984 gegründete und in Bremen ansässige PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung einen ersten größeren Auftrag bekam. Um den umzusetzen, habe ich dann ganz kurzfristig das Büro für Strukturpolitik Rostock GmbH (Büstro) gegründet und zehn Jahre lang in Rostock gearbeitet. Dabei habe ich quasi nur mit Ostdeutschen zusammengeliebt und so lernte ich die Mentalität besser kennen, die auch heute noch eine andere als in Westdeutschland ist.

1998 wurde eine rot-rote Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern gebildet. Obwohl ich mit Parteipolitik nichts zu tun hatte, haben wir als Büstro mit dem Arbeitsminister der PDS ein Modellprojekt zu gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekten in der Region Rostock umgesetzt. Ich habe darüber dann auch viele Vorträge in den anderen ostdeutschen Bundesländern gehalten und war dann bald mit den PDS-Vertretern, die für Arbeitsmarktpolitik zuständig waren, bekannt. Meinen Wohnsitz hatte ich aber mit meiner Familie unverändert in Bremen. Nach Gründung der WASG war ich einer der vier Parteivorsitzenden und als solcher für den Wahlkampf zuständig. Durch die Listenverbindung mit der PDS war ich für die Bundestagswahl 2005 Direktkandidat in Bremen und zugleich auf einem Listenplatz in Sachsen abgesichert. Ursprünglich auf Platz vier. Schließlich rückte ich aber auf Platz zwei vor, weil der Schauspieler Peter Sodann aus

Halle an der Saale, der dafür vorgesehen war, sich schlussendlich doch dafür entschied, weiter Tatort-Kommissar zu bleiben. So hatten wir einen Wirtschaftsminister verloren, aber einen Wirtschaftskriminalisten gewonnen.

Anfangs war die Zeit im Deutschen Bundestag ziemlich schwer. Ich habe noch in Bremen gewohnt, hatte in Berlin viel Arbeit und



Axel Troost (60, Die Linke) gehört dem Bundestag seit 2005 an.

in Sachsen wurde auch erwartet, dass ich dort ein Büro habe und mich um die Landespartei kümmere. Direkt nach der Wahl im Jahr 2009, bei der eine Bremerin über die Bremer Liste in den Bundestag einzog, haben dann meine Frau und ich sofort beschlossen: Jetzt ziehen wir auch richtig nach Sachsen. 2010 sind wir Neu-Leipziger geworden, haben uns eine Wohnung gekauft und werden hier bleiben. *Aufgeschrieben von Götz Hausding*



Die in der DDR eingeführten großen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften blieben bestehen. Im Bild Kartoffelernte 1980 im Kreis Schwerin

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Das Land leert sich

BEVÖLKERUNG Seit dem Jahr 1989 haben fast zwei Millionen Ostdeutsche ihre Heimat verlassen. Aber mittlerweile hat der Schrumpfungsprozess auch Regionen im Westen der Republik erfasst

Schwedt war 1989 eine junge und wachsende Stadt. Der Altersdurchschnitt lag unter 30 Jahren. Bei der PCK-Raffinerie und einer großen Papierfabrik gab es Jobs, viele Neubauten bestimmten das Stadtbild. Dann kam die Wiedervereinigung und die Stadt begann zu schrumpfen. Junge Leute zogen fort, Tausende Wohnungen standen leer. Schwedt wurde zum Muster für den Stadtrückbau im Osten. Mehr als 6.000 Wohnungen verschwanden. Bis 2030 wird sich die Einwohnerzahl von einst 52.000 auf 25.000 mehr als halbiert haben.

Massiver Rückgang Die Stadt in der Uckermark steht exemplarisch für die Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. Schon in der Zeit des Umbruchs 1989/1990 kehrten 750.000 Menschen ihrer Heimat den Rücken, bis 2012 waren es rund 1,8 Millionen Ostdeutsche. Die Ostbevölkerung ist damit in weniger als einem Vierteljahrhundert um mehr als zehn Prozent zurückgegangen. Vor allem junge Leute und überdurchschnittlich viele Frauen zogen gen Westen. Dieser Aderlass ist inzwischen weitgehend zum Stillstand gekommen. Wegen der allgemeinen demografischen Entwicklung geht der Schrumpfungsprozess dennoch weiter. Bis 2030 wird einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge bezo-

gen auf das Jahr 2012 die Einwohnerzahl in Sachsen-Anhalt um 13,6 Prozent abnehmen. In Thüringen sind es 9,9 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern 7,9 Prozent, in Sachsen 5,9 Prozent und in Brandenburg dank des Speckgürtels um Berlin nur 3,5 Prozent. Im Westen werden Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland der Studie zufolge Rückgänge hinnehmen müssen. Dagegen werden Berlin und Hamburg mit plus 10,3 beziehungsweise 7,5 Prozent boomen. Die ostdeutschen Länder haben frühzeitig auf den Einwohnerschwind reagiert. In den 1990er Jahren passten sie mit Gebietsreformen die Verwaltung an. 20 Jahre danach werden wieder Landkreise zusammengelegt, die Zahl der kreisfreien Städte wird stark reduziert. Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern haben die zweite Reform absolviert, in Brandenburg und Thüringen steht sie noch bevor. Dabei gibt es allerlei Widerstände. Die Bürger befürchten weite Wege, Behördenmitarbeiter bängen um ihre Jobs. Dabei gibt es im Osten durchaus Differenzierungen. Einige Städte wie Berlin, Potsdam, Dresden, Jena oder Erfurt prosperie-



Rückbau einer Plattenbausiedlung in Frankfurt (Oder) im November 2013

© picture-alliance/dpa

Verstädterung und Vergreisung sind die beiden großen Trends.

ren. Andere Regionen wie der Nordosten, Sachsen-Anhalt oder die Lausitz befinden sich demografisch im „freien Fall“, wie die Bundeszentrale für politische Bildung unlängst feststellte. Problematische Gebiete gibt es auch im Westen, etwa in Nordhessen, in der Südpfalz oder Oberfranken. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung sieht die demografische

Trennlinie mittlerweile weniger zwischen Ost und West, sondern eher zwischen großen und wirtschaftlich starken Städten sowie ländlichen Regionen. Dennoch: Wer sich Grafiken zur Bevölkerungsentwicklung anschaut, kann recht genau die alte innerdeutsche Grenze nachzeichnen. Verstädterung und Vergreisung sind die beiden großen demografischen Trends in Deutschland. Das Statistische Bundesamt erwartet in seiner Bevölkerungsvorausrechnung für 2060, dass sich der Anteil der über 65-Jährigen von 21 auf 32 bis 33 Prozent erhöhen wird. Der Anteil der über 80-Jährigen dürfte sich von fünf auf elf bis zwölf Prozent mehr als verdoppeln. Die Einwohnerzahl von derzeit gut 80 Millionen Menschen wird allerdings ab 2023 sinken; selbst die Zuwanderung

kann den Trend nicht aufhalten. Für das Jahr 2060 gehen die Statistiker von nur noch 67,6 Millionen Menschen bei schwächerer Zuwanderung aus. Wahrscheinlicher erscheint die Variante mit stärkerem Zugang, die dennoch die Bevölkerung auf 73,1 Millionen Menschen schrumpfen lassen würde.

Ausländische Wurzeln Auch beim Thema Zuwanderung gibt es gravierende Unterschiede zwischen Ost und West. Mehr als 16 Millionen Menschen in Deutschland haben ausländische Wurzeln, gut ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. 56 Prozent von ihnen haben einen deutschen Pass. Im Osten haben nur vier bis fünf Prozent einen Migrationshintergrund. Die alte Bundesrepublik holte ab 1961 Gastarbeiter ins Land, viele blieben und wurden sesshaft. Rund drei Millionen Bundesbürger sind türkischstämmig. Auch die DDR kannte Gastarbeiter, vor allem aus Vietnam, Angola und Mosambik. Die meisten gingen zwar in ihre Heimat zurück, doch zeugen etwa die rund 100.000 in Deutschland lebenden Bürger mit vietnamesischen Wurzeln von dieser Einwanderungswelle. Ostdeutsche Städte reagieren auf die abnehmende Bevölkerung mit dem Abriss von Plattenbauten. In vielen Dörfern ist Engagement und Ideenreichtum gefragt, um die Menschen zu versorgen. So versucht Bundesgesundheitsminister Her-

mann Gröhe (CDU), mit einem neuen Gesetz Ärzte aufs Land zu locken. Neue Konzepte für die Schulen sind gefragt. Nur an das Thema Länderfusionen traut sich niemand heran, seit die Vereinigung von Berlin und Brandenburg 1996 am Votum der Bürger scheiterte. Zuletzt warb Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) für ein Mitteldeutschland,

in das sein Land mit Sachsen und Thüringen aufgehen könnte. Die saarländische Regierungschefin Annetegret Kramp-Karrenbauer (CDU) kann sich sechs bis acht statt 16 Bundesländer vorstellen, sollte es keine Altschuldenregelung für ärmere Länder geben. Der frühere Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier hält wegen der dauerhaft fehlenden Finanzkraft einiger Länder Fusionen ebenfalls für notwendig. Vor allem den Ost-Ländern empfiehlt Papier wegen ihrer wirtschaftlichen Schwäche Zusammen-

fünftel der Angestellten im Osten sind in Betrieben mit mehr als 250 Mitarbeitern tätig, im Westen ist es jeder Zweite. Die Folgen im Osten sind eine stärkere Beschränkung auf das Inlandsgeschäft und zu wenige Innovationen. Das machen auch eine gute Infrastruktur und Hochschullandschaft nicht wett.

Dennoch sind inzwischen einige Zehntausend Ostdeutsche in ihre Heimat zurückgekehrt. Die neuen Länder werben gezielt um die einst verlorenen Fachkräfte. Heimweh mag für die Rückkehrer ein Grund sein, eine gute Infrastruktur und ausreichend Kita-Plätze sind andere. In Schwedt wird derweil nicht nur abgerissen. Mitten in der Stadt weicht ein Plattenbauviertel der neuen „Regenbogenesiedlung“. Bis 2018 entsteht hier ein Ensemble aus Mehrgenerationenhäusern, barrierefreien Stadthäusern und Gebäuden für betreutes Wohnen. Die Umgebung der Stadt ist ein Geheimtipp für Naturfreunde. Der Nationalpark Unteres Odertal, vor 20 Jahren gegründet, ist alles andere als überlaufen. **Stefan Uhlmann** ||

Der Autor arbeitet als freier Journalist in Berlin.

»Wir jungen Ingenieure wurden gebraucht«

PETER STEIN Konzepte für eine sterbende Region musste der Stadtentwickler in Rostock nicht erarbeiten



Ich werde niemals den Tag des Mauerfalls vergessen: Den habe ich nämlich vor Ort in Berlin erlebt. Damals nahm ich als Student der Stadt- und Regionalplanung aus Dortmund an einem Studienprojekt in West-Berlin teil und zufällig waren wir am 9. November 1989 gerade in der Stadt. Diese Emotionen werde ich nie mehr vergessen. Ganz schnell nach der Wende bin ich dann nach Rostock gegangen. Damit hat sich auch familiär irgendwie ein Kreis geschlossen. Mein Vater hatte in den frühen 1960er Jahren die DDR als Flüchtling verlassen. Zuvor hatte er als Ingenieurskind und Christ nicht studieren dürfen. Als Schüler durfte er auf Feldern Steine für die Mole des Ostseehafens Rostock sammeln. Davon hat er immer viel erzählt. Zudem hatte mein Professor an der Universität in Wismar einen alten Freund. Dessen Sohn war in Rostock Abteilungsleiter Stadtentwicklung – und ich als frisch gebackener Stadtentwickler auf der Suche nach einem

neuen Tätigkeitsfeld. Deshalb sage ich immer: Es musste einfach Rostock werden, so viele Zufälle kann es gar nicht geben. So habe ich in den 1990er Jahren zuerst in Rostock meine Diplomarbeit geschrieben und dann freiberuflich gearbeitet. 1994 wechselte ich in die Stadtverwaltung. Wir jungen Ingenieure wurden gebraucht. Zwar war die Ausbildung in der DDR qualitativ gleichwertig gewesen, aber man hatte es ja auf einmal mit ganz neuen Rahmenbedingungen zu tun, etwa was das Planungs- und Verfahrensrecht betraf. Es gab damals auch welche, die Vorbehalte gegen mich hatten, aber insgesamt bin ich sehr aufgenommen und freundlich empfangen worden. Inzwischen ist Rostock meine Heimat. Dass ich hier etwa Konzepte für eine sterbende Region entwickelt hätte, die man später mal im Westen nutzen könnte, das stimmt aber nicht: Rostock ist eine wachsende Stadt, die nach Einbrüchen eine tolle Entwicklung genommen hat. Die Lebensqualität ist hoch. Von Kollegen aus den alten Bundesländern höre ich eigentlich nie Neid über das viele Geld, das in die ostdeutsche Entwicklung geflossen ist. Eigentlich höre ich immer einen Satz: „Mensch, ist das schön geworden.“ Aber natürlich ist klar, dass der Solidarpakt so wie jetzt nicht fortgeführt werden kann. Das Geld muss jetzt in strukturschwache Regionen fließen, ganz egal ob Ost oder West.



Peter Stein (47, CDU) gehört dem Bundestag seit 2013 an.

Ich spüre auch die Unterschiede zwischen Ossi und Wessi nicht mehr. Als ich Mitte der 1990er Jahre mein Haus mit eigenen Händen gebaut habe, da waren die „Alten“ in meinem Dorf ganz begeistert. Einer hat damals zu mir gesagt: „Ostdeutsche können das noch“ – und war dann ganz perplex, als ich ihm sagte, dass ich Westdeutscher bin. Aber inzwischen ist das kein Thema mehr.

Hamburger und Rostocker sind sich viel ähnlicher als die Mecklenburger und die Bayern. Vielleicht hätte ich meine politische Karriere so im Westen nicht gemacht. Ich habe schon 1992 nach den Krawallen in Rostock-Lichtenhagen angefangen, mich zu engagieren. Ich war damals in Kontakt mit dem Bündnis „Bunt statt Braun“ und hatte einfach das Bedürfnis, selbst auch Farbe zu bekennen. 1998 bin ich in die CDU eingetreten, für die ich Ende der 1990er dann zweiter Bürgermeister meiner Heimatgemeinde Mönchhagen wurde. Von 2006 bis 2011 war ich Landtagsabgeordneter und 2013 bin ich dann in den Bundestag eingezogen. Gerade in Sachen ehrenamtliches Engagement sehe ich noch einen Unterschied: In meiner alten Heimat im Rheinland haben die Vereine und Parteien vielleicht zehnmal so viele Mitglieder wie hier in Mecklenburg-Vorpommern. Aber die sind nicht unbedingt alle aktiv. Hier ist das anders: Wer sich in Rostock engagiert, der bleibt auch aktiv. *Aufgezeichnet von Susanne Kailitz* ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Neue Gesamtdarstellung von 30 Jahren Westminsterdemokratie



Die britische Westminsterdemokratie
Parlament, Regierung und Verfassungswandel
Von Prof. Dr. Roland Sturm
2015, 449 S., brosch., 79,- €
ISBN 978-3-8487-1652-4
www.nomos-shop.de/23331

Der Band bietet auf wissenschaftlicher Grundlage eine umfassende Darstellung der Entwicklung der britischen Westminsterdemokratie in den letzten 30 Jahren. Neben institutionellen Veränderungen im Lande diskutiert er die Bilanz der Regierungen Margaret Thatcher, Tony Blair und David Cameron.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

»Eine tolle, spannende Zeit«

ANTJE TILLMANN Die Christdemokratin kam als Finanzbeamtin in den Osten



Ob es heute noch Unterschiede zwischen Ost und West gibt? Ich muss zugeben: In den 24 Jahren, in denen ich inzwischen in Thüringen lebe, weiß ich eigentlich gar nicht mehr, ob die Menschen in meiner alten Heimat Neuss wirklich so anders ticken als in Erfurt. Für meine 18-jährige Tochter, die in Thüringen geboren ist, spielt das Thema gar keine Rolle mehr. Dass nach all der Zeit noch immer nicht überall bekannt ist, dass auch Ostdeutsche den Solidaritätszuschlag zahlen, erstaunt mich dennoch nicht. Die Abgabe ist einfach zu stark mit dem Bild verbunden, dass die Westdeutschen allein dafür zahlen, dass es im Osten schickere Brücken, Innenstädte und Straßen gebe – auch wenn das Geld dafür nur zu einem Teil verwendet wurde. Ich bin dafür, dass der Soli in den Einkommensteuer-Tarif eingebunden wird. Finanzminister Schäuble hat ja schon vorgeschlagen, dass der Solidaritätszuschlag ab 2019 stufenweise abgeschafft wird. Das hätte eine psychologische Wirkung; damit würde signalisiert, dass die Wiedervereinigung weitgehend verwirklicht ist. Denn auch nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 wird es weiter Förderungen für strukturschwache Regionen geben – dann aber nicht mehr nach Himmelsrichtungen, sondern nach konkreter Bedürftigkeit. Einen Solidarpakt III wird es nicht geben. Wie genau die Fördermaßnahmen für strukturschwache Regionen aussehen werden, ist Teil der Neuregelungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, über die wir gerade beraten. Meine neue Heimat jedenfalls steht gut da: Erfurt, Weimar oder auch Eisenach sind

wunderschöne Städte, wir haben in Thüringen die niedrigste Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern und einen sehr guten Stand bei der Kinderbetreuung. Ich glaube, wir können in den neuen Ländern stolz auf das sein, was in den vergangenen Jahren gelungen ist. Es hat hier eine Riesenaufholjagd gegeben. Ich habe zwar auch zu denen gehört, die dachten, es würde mit der Angleichung der Lebensverhältnisse schneller gehen. Aber da brauchen wir einfach Geduld, das weiß ich heute. Was ich aber wirklich beeindruckend finde, ist die Lebensleistung der Ostdeutschen: Die mussten sich nach der friedlichen Revolution plötzlich in einem vollkommen neuen System zurechtfinden. Von heute auf morgen war ja kaum noch etwas so wie früher. Den schnellen Umbruch in allen Lebensbereichen konnte ich natürlich ruhiger angehen als viele ehemalige DDR-Bürger: Immerhin war ich ja abgesichert und lief nicht Gefahr, meinen Job zu verlieren. Da haben viele Thüringer ganz andere Erfahrungen gemacht.

Als ich 1990 als Finanzbeamtin nach Königs Wusterhausen kam, war das eine unglaublich spannende Erfahrung. Ich hatte 1986 meinen Abschluss in Nordrhein-Westfalen als Diplom-Finanzwirtin gemacht und bin dann nach Brandenburg gegangen, um beim Aufbau der Fachhochschule für Finanzen mitzuhelfen. Eigent-

lich sollte ich das Steuerberatungsbüro meines Vaters übernehmen. Familiär war die Entscheidung, dann einen anderen Weg einzuschlagen, nicht leicht. Aber ich habe die ersten Jahre in Ostdeutschland als wirklich tolle, spannende Zeit in Erinnerung. Mich hat vor allem beeindruckt, mit wie viel Herzblut und Entschlossenheit die Menschen damals losgelegt haben.

Nach Thüringen bin ich eher zufällig gekommen: ein Freund erzählte mir, dass der damalige Finanzminister eine Büroleiterin suchte. Ich habe mich in Erfurt von Anfang an wohl gefühlt; für mich sind Thüringer und Rheinländer sehr ähnlich: unkompliziert, freundlich und offen. Hier habe ich auch mit Politik weitergemacht. Um Menschen und Stadt schneller kennenzulernen, bin ich zu einer CDU-Veranstaltung gegangen, auf der Kandidaten für die Stadtratswahl gesucht wurden. Als ich ganz beiläufig erwähnte, dass ich schon früher in Neuss im Finanzausschuss des Stadtrates mitgearbeitet hatte, wurde mir gesagt, dass genauso jemand gesucht würde – schon stand ich auf der Kommunalwahlliste und wurde gewählt.

Seit 1993 lebe ich nun in Erfurt, seit 2002 pendle ich von hier nach Berlin in den Bundestag: erst über die Landesliste und seit 2009 mit dem Direktmandat des Wahlkreises Erfurt-Weimar-Grammetal und heute als finanzpolitische Sprecherin meiner Fraktion. Wenn ich heute in meiner Thüringer Heimat Besuch von Kollegen aus den alten Bundesländern empfangen kann, ich denen die wunderschönsten Plätze zeigen. Der Ur-Erfurter weist drauf hin, dass es auch noch viele Dreckecken gibt. Vielleicht ist das eine sehr deutsche Eigenschaft, immer eher das zu sehen, was noch nicht geschafft worden ist. Aber wahrscheinlich ist es auch dieser Drang nach Perfektion, der uns ziemlich erfolgreich sein lässt. Aber es bleibt mein politisches Ziel: Dass alle Menschen in Deutschland trotz der Probleme, die wir zweifellos haben, merken, dass wir in einem tollen Land leben.



Antje Tillmann (51, CDU) gehört dem Bundestag seit 2002 an.

Aufgezeichnet von Susanne Kailitz



In Leipzig wird eine Asphaltdecke auf eine Straße aufgetragen. Die Mittel kommen auch aus dem Solidarpakt.

© picture-alliance/ZB

Anzeige

Schaffen Sie Verbindungen! OECKL. Ihr Politik-Kontakter



OECKL.Bücher - Die Klassiker für Deutschland und Europa
OECKL.CD-ROM - Die Datenbank fürs Büro
OECKL.Online - Die Datenbank für PC, Tablet, Smartphone
OECKL.Adress - Für Ihre individuellen Mailings

Neu: wöchentlicher Newsletter unter oeckl.de/news/newsletter-anmelden.html

Professionelle politisch-gesellschaftliche Kommunikation braucht die richtigen Kontakte: Die OECKL-Medien stellen die relevanten Akteure des öffentlichen Lebens vor in Deutschland und Europa



Bleiben Sie auf dem Laufenden

Parlamentsgezwitscher mit Twitter [OECKL_Politik](https://twitter.com/OECKL_Politik)



FESTLAND VERLAG

Postfach 20 05 61 53135 Bonn

Tel. (02 28) 36 20 22

Fax (02 28) 35 17 71

E-Mail: vertrieb@oeckl.de

I-Net: www.oeckl.de

Weiter am Tropf

FINANZEN Trotz gewaltiger Transfers bleibt Solidarität gefragt

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht sich selbst gerne als „verkappter Ossi“ verstanden, die Interessen der neuen Bundesländer immer mit im Blick. Dort sind davon allerdings derzeit nicht alle überzeugt. Bei den ostdeutschen Ministerpräsidenten hat der verkappte Ossi mit seinen Ideen für die Zeit nach dem Solidarpakt wenig Begeisterung ausgelöst. „Ein Reformvorschlag, der im Ergebnis zu Lasten der finanzschwachen Länder geht und die besondere Situation der ostdeutschen Länder nicht berücksichtigt, ist für uns nicht akzeptabel“, betonten sie im Frühjahr in einem gemeinsamen Schreiben. Deutschland muss die Steuereinnahmen neu verteilen, wenn 2019 die Regeln für den alten Länderfinanzausgleich und der Solidarpakt für die neuen Länder auslaufen. Fast scheint es, als brächen zweieinhalb Jahrzehnte nach dem Mauerfall alte Gräben wieder auf: Ost gegen West, alte gegen neue Länder, Arm gegen Reich. Doch tatsächlich kämpfen beim großen Feilschen ums Geld für die öffentlichen Haushalte alle gegen alle. Bayern, Baden-Württemberg und Hessen wollen weniger abgeben. Nordrhein-Westfalen dringt auf eine Erleichterung. Das Saarland und Bremen fordern Unterstützung, um mit ihren horrenden Altschulden fertig zu werden.

Gemeinsame Interessen In dieser schwierigen Gemengelage sind die Ostländer nicht die einzigen, die Solidarität einfordern. Und doch zeigt sich, dass sie noch immer viele gemeinsame Probleme und Interessen haben. Von 2020 an müssen sie ohne Extraauftrag durch den Solidarpakt auskommen und mit der normalen Unterstützung im Länderfinanzausgleich leben. Das ist auch allgemein akzeptiert. Mit dem Solidarpakt I und II erhielten sie über 15 Jahre hinweg insgesamt rund 250 Milliarden Euro, um mit den Lasten aus DDR-Zeiten fertig zu werden. Die Mittel dienten vor allem dazu, die Infrastruktur auf einen modernen Stand zu bringen, die Umweltlasten zu beseitigen, industrielle Kerne aufzubauen und den Wohnbestand zu sanieren.

Doch mit der Summe sind nicht alle Transfers erfasst, weil der Westen auch über die Sozialversicherungen, vor allem die Renten- und Arbeitslosenversicherung, und viele andere Posten Solidarität leistete. Die Schätzungen der Gesamtkosten für die deutsche Einheit bewe-

gen sich zwischen einer und zwei Billionen Euro. Fairerweise muss man hinzufügen, dass sich an der Finanzierung auch die Menschen im Osten beteiligt haben. Den Solidaritätszuschlag, mit dem der Bund seinen Haushalt aufpöppelt, zahlen auch die Menschen in Dresden und Greifswald. Trotz der gewaltigen Beträge aber sind die Gräben nicht verschwunden. Die Republik drifft auseinander, weil die wirtschaftsstarke Gebiete vor allem im Südwesten alle anderen immer weiter abhängen. Auch das Ruhrgebiet oder die Pfalz bekommen das zu spüren. Doch besonders weit hinkt der Osten hinterher, wie die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen im März 2015 in einem gemeinsamen Positionspapier feststellten. „Charakteristisch für Ostdeutschland ist in diesem Zusammenhang die flächendeckende Finanzschwäche“, heißt es darin. Zwar gibt es auch im Westen Gegenden

mit geringer Steuerkraft. Diesen stehen aber jeweils im Land auch starke Leistungszentren gegenüber. Daher kamen die ostdeutschen Flächenländer 2013 aus eigener Kraft auf ein Steueraufkommen zwischen 53 und 54 Prozent des bundesdeutschen Durchschnitts. Und eine Trendwende zeichnet sich nicht ab, wie die Landesregierungen selbst betonen: „Nach allen seriösen Prognosen wird die flächendeckend extrem niedrige Steuerkraft Ostdeutschlands auch weit über das Jahr 2020 hinaus fortbestehen.“ Dies zeigt, wie elementar für die neuen Länder der künftige Finanzausgleich ist. Der Osten wird auf Dauer auf besondere Unterstützung in der ein oder anderen Form angewiesen sein.

Parteienstreit Auch Schäuble erkennt den Extrabedarf an und sagt dauerhaft erhöhte Bundesergänzungszuweisungen zu. Zugleich aber will er die stille Umverteilung über die Umsatzsteuer abschaffen, die dem eigentlichen Länderfinanzausgleich vorgeschaltet ist. Durch dieses System erhalten die neuen Länder eine beachtliche Stärkung ihrer Finanzkraft. Ohne ihn wären sie noch mehr auf die Zahlungen aus Bayern, Baden-Württemberg und Hessen angewiesen. Der Länderfinanzausgleich würde durch Schäubles Konzept auf fast das Doppelte seines heutigen Volumens aufgebläht, warnen die Ostländer. Sie fürchten, so dauerhaft als Bittsteller abgestempelt zu werden.

Nicht leichter wird die Einigung über die Finanzverteilung drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall, weil auch die Parteien einen Konflikt austragen über die Höhe der Einnahmen. Während die Union den Solidaritätszuschlag nach 2020 auslaufen lassen will, wollen SPD und Grüne die Einnahmen erhalten, die bis Ende des Jahrzehnts laut Prognosen von Steuerschätzern auf 20 Milliarden Euro steigen dürften.

Als die Bundestagsabgeordneten den Soli kurz nach der Wiedervereinigung einführten, sollte der die deutsche Einheit und den ersten Golfkrieg finanzieren. Es kam bekanntlich anders. Zwar schaffte ihn der damalige Finanzminister Theo Waigel (CSU) zum Juli 1992 tatsächlich ab. Dafür erhöhte die Regierung aber zum Januar 1993 die Mehrwertsteuer. Weil dies nicht alle Lächer stopfte, entschied Kanzler Helmut Kohl (CDU) im Juni 1993, den Soli von 1995 an wieder zu beleben. Seitdem führen die Bürger und Unternehmen in ganz Deutschland diesen Zuschlag von jetzt 5,5 Prozent auf die Einkommen-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer Jahr für Jahr ab. Dabei hatte Kohl klipp und klar gesagt: „Der Solidaritätszuschlag ist bis Ende 1999 endgültig weg.“

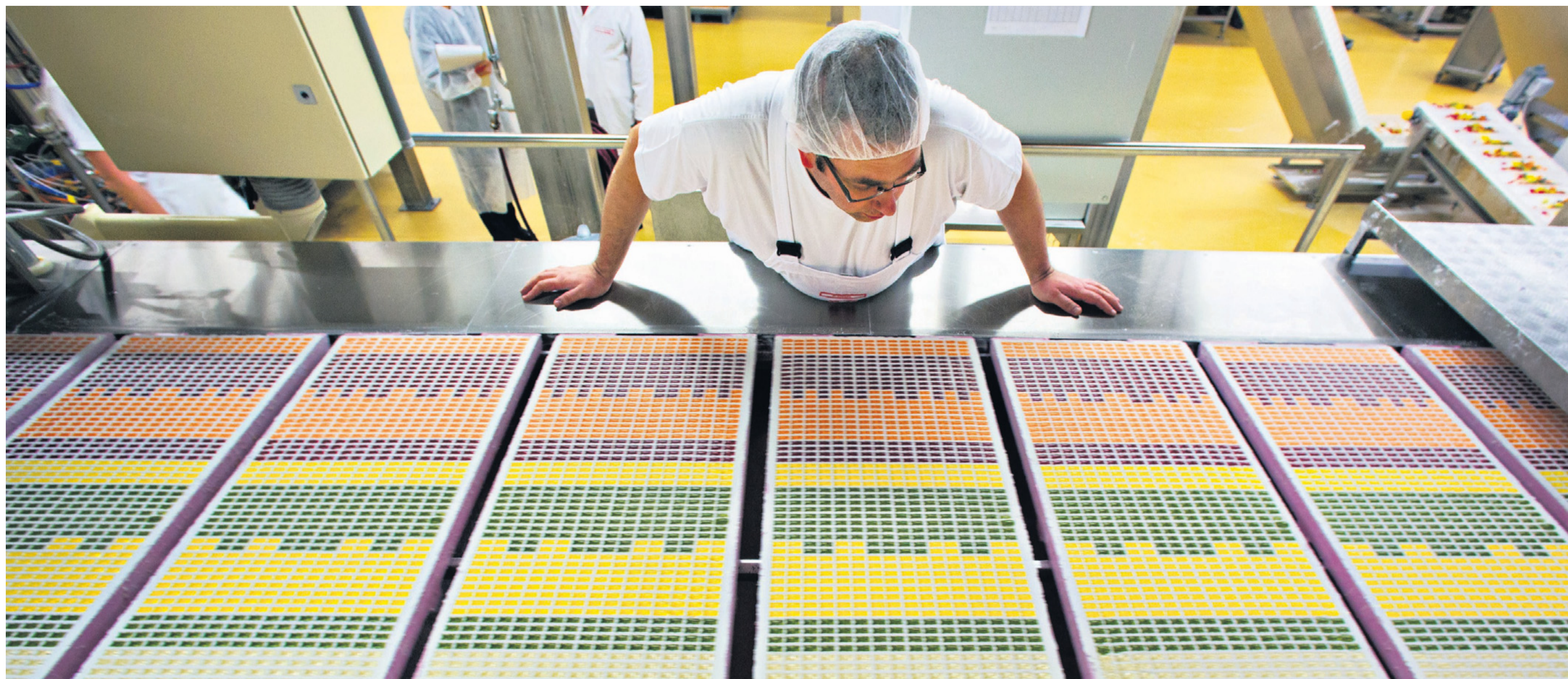
Begründung erforderlich Ob er nach 2020 noch erhoben werden darf, ist fraglich. Finanzminister Schäuble fürchtet verfassungsrechtliche Probleme, weil der Bund eine besondere Rechtfertigung für eine solche Abgabe braucht. Die Einheit taugt kaum mehr dafür, wenn der Solidarpakt ausgelaufen ist. Rot-Grün teilt die Bedenken, will aber die Einkommensteuer entsprechend erhöhen, wenn der Soli entfällt. Gewinner wären Länder und Kommunen, die gemeinsam gut die Hälfte aus der Einkommensteuer beziehen, während der Soli allein an den Bund geht. Denkbar ist auch, dass sich die Politik eine neue Begründung für die Abgabe einfallen lässt. Sie könnte auf Lücken in der Infrastruktur oder Bildungsaufgaben verweisen. Einen Griechenland-Soli brachte kürzlich der Ökonom Clemens Fuest ins Spiel. Niemand sollte also vorzeitig den Solidaritätszuschlag abschreiben. Der Soli erwies sich in seiner wechselvollen Geschichte schon oft als Überlebenskünstler. Auch in Zukunft wird innerdeutsche Solidarität gefragt sein.

Markus Sievers

Der Autor ist Mitglied im DuMont-Hauptstadtbüro.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Es gibt auch viele Erfolge in den neuen Ländern: Gummibärchen-Produktion in Mecklenburg-Vorpommern

© picture-alliance/ZB

Durchwachsende Bilanz

ARBEITSMARKT Seit 2005 ist die Arbeitslosigkeit im Osten deutlich gesunken. Doch es gibt zu wenig gut bezahlte Arbeit

Sommer 1990: Während sich Ende Juni die Regale in den Geschäften immer mehr leerten, um Platz für „Westprodukte“ zu machen, während die Menschen vor den Banken Schlange standen, um die neue Währung, die D-Mark, abzuholen, bekam das Bild von den blühenden Landschaften im Osten Deutschlands erste Kratzer. „Wir sind keine Konkursmasse“, stand plötzlich auf Transparenten von streikenden Arbeiterinnen in Brandenburg. „Wir sind das Volk. Aber nicht ohne Arbeit“, schrieben die Kumpel der Kaliwerke im Südharz 1990 auf Plakate, um gegen drohende, und schließlich vollzogene Massenentlassungen zu protestieren. Es blieb nicht bei einigen Kratzern. Was der Osten Deutschlands nach 1990 erlebte, war ein für Friedenszeiten nahezu einmaliger Einbruch der Beschäftigung von mehr als 35 Prozent. Von 9,8 Millionen Beschäftigten blieben 1993 nur noch 6,2 Millionen übrig. Die Industrieproduktion schrumpfte um 60 Prozent, verglichen mit den vor 1989 erreichten Werten. Es war eine Transformationskrise gigantischen Ausmaßes. So gigantisch, dass noch heute, 25 Jahre später, auf jeder Grafik mit sozial- und arbeitsmarktpolitischen Inhalt Ost und West deutlich voneinander getrennt sind, aller Angleichungsprozesse – auch im Westen – zum Trotz.

Rentner profitierten Um die Folgen des Zusammenbruchs für den ostdeutschen Arbeitsmarkt abzufedern, fand vor allem über die Renten- und Arbeitslosenversicherung eine ebenfalls gigantische Umverteilung zugunsten Ostdeutschlands statt. Auf etwa 1,7 Billionen Euro beziffert sich die Summe dieser öffentlichen West-Ost-Transfers bisher. Es entstand ein riesiger zweiter Arbeitsmarkt, auf dem 1995 über 200.000 Menschen in sogenannten Arbeitsbeschaf-

fungsmaßnahmen (ABM) arbeiteten. Aber auch ABM und andere Fördermaßnahmen konnten nicht verhindern, dass die Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands bis Mitte der 2000er Jahre fast doppelt so hoch war wie im Westen.

Froh sein konnte, wer zur Zeit der Wiedervereinigung schon Rentner war oder bald werden würde. Denn eine der größten sozialpolitischen Herausforderungen nach 1990 war zweifellos die Übertragung des westdeutschen Rentenrechts auf den Osten durch das Rentenüberleitungsgesetz von 1991. Und die wirkte sich, zumindest für die große Mehrheit der Rentner, positiv aus. Lag die Standardrente (Durchschnittsverdienst und 45 Versicherungsjahre) im Osten 1992 bei 62,3 Prozent des Westniveaus, so stieg sie bis 2013 zumindest auf 91,5 Prozent. Möglich wurde dies durch eine nur für die neuen Bundesländer geltende Sonderregel im Rentenrecht: Da zu Beginn der Vereinigung die Verdienste im Osten deutlich niedriger als im Westen waren, wurde eine Hochwertung der Arbeitsentgelte im Osten für die Rentenberechnung beschlossen. Andernfalls wären die Bestandsrenten, aber auch noch die Mehrheit der Zugangsrenten, in den neuen Ländern lediglich minimal. Diese Regelung soll so lange gelten, bis sich einheitliche Einkommensverhältnisse eingestellt haben.

Zwar erwartet kaum ein Experte dies für die nahe Zukunft, dennoch wird der politische Druck größer, das Rentenrecht und damit insbesondere den in Ost und West unterschiedlichen Rentenwert zu vereinheitlichen. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD ist die Rede davon, gegebenenfalls ab 2017 zu Teilangleichungen und

ab 2019 zu einer vollständigen Rechtsangleichung zu kommen. Die Fragezeichen sind hier jedoch noch groß und es sieht so aus, als würde das Thema noch eine Weile ein heißes politisches Eisen bleiben.

Zu wenig Zugpferde Aber es gibt noch andere drängende sozial- und arbeitsmarktpolitische Fragen, die längst nicht mehr nur den Osten betreffen, sondern auch strukturschwache Regionen zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen. Dennoch sind Fachkräftemangel, Armutsgefährdung und sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit immer noch hauptsächlich Probleme des Ostens. Forscher des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg (IAB) führen diese Strukturschwäche in ihren zahlreichen Untersuchungen zum einen auf die viel stärker ländlichere Siedlungsstruktur zurück, in denen die Wirtschaftskraft großer Städte demnach seltener wirken könne. Zum anderen habe der Verkauf ostdeutscher Betriebe an westdeutsche Unternehmen Anfang der 1990er Jahre dazu geführt, dass im Osten häufig „verlängerte Werkbänke“ der West-Firmen entstanden. Dort würde zwar produziert. Die Zentren und Entwicklungsabteilungen großer Firmen, die viele hochqualifizierte und gut verdienende Arbeitskräfte beschäftigten, lägen deshalb jedoch in West und nicht in Ost. Aber diese Zentren seien es auch, die in ihrem Umfeld eine Ansiedlung weiterer Firmen und Dienstleistungen bewirkten. Eine Kettenreaktion, von der im Osten nur wenige Regionen profitierten, so die Forscher. Kein Wunder also, dass es in den Jahren nach 1989 eine massenhafte Abwanderung gut qualifizierter Arbeits-

kräfte aus dem Osten gab. Und die Schrumpfung setzt sich fort, wenn auch künftig vor allem demografiebedingt. Nach Prognosen des Statistischen Bundesamtes sinkt die Erwerbsbevölkerung im Osten bis 2030 um 27 Prozent (18 Prozent im Westen). Das bedeutet, dass sich auch das Fachkräfteproblem dort noch einmal stärker stellen wird als im Westen. Würden die sozialpolitischen Diskussionen in Bezug auf den Osten bisher meist unter den Stichworten Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenquote zusammengefasst, so könnten diese in Zukunft nicht mehr ausreichen, um die Lage zu beschreiben. Denn seit 2005 ist die Arbeitslosenquote im Osten zwar deutlich zurückgegangen und lag 2014 mit 9,4 Prozent nicht mehr so weit

von der westdeutschen (5,8 Prozent) entfernt. Die Differenz zwischen Ost und West verringerte sich von 10,9 Prozentpunkten im Jahr 2002 auf 3,6 Prozentpunkte im vergangenen Jahr. Doch schaut man sich die Qualität der Arbeit an, relativiert sich das positive Bild: Im Osten, in dem nur etwa 35 Prozent der Beschäftigten zu den Konditionen eines Branchenarbeitsvertrages arbeiten (im Westen 52 Prozent), gibt es überproportional viel schlecht bezahlte Arbeit und damit ein deutlich höheres Risiko, als Rentner vor Altersarmut betroffen zu sein. Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland seit 1993 um vier Millionen gestiegen und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) freut sich über eine Rekordbeschäftigung und volle Sozialkassen. Doch auch der Anteil der „atypischen Beschäftigung“ (befristet, Teilzeit mit weniger als 20 Wochenstunden, Zeitarbeit, geringfügige Beschäftigung) ist deutschlandweit von vier Millionen im Jahr 1993 auf mehr als sieben Millionen im Jahr 2013 gestiegen. Deutschland hat einen Niedriglohnsektor von 25 Prozent, ein Wert, der den anderer Industrieländer weit übertrifft. Seit Jahren war es deshalb eines der umstrittensten arbeitsmarktpolitischen Themen: die Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde. Seit Januar gilt er nun und es bleibt abzuwarten, wie sich der Mindestlohn auf die Situation der Geringverdiener konkret auswirkt.

Claudia Heine

Bis 2030 sinkt die Erwerbsbevölkerung im Osten um 27 Prozent. Fachkräfte werden fehlen.

»Der radikale Kahlschlag war tödlich«

THOMAS LUTZE 1990 erlebte der heutige Linke die Deindustrialisierung des Ostens hautnah mit



Wie das damals lief mit der Deindustrialisierung des Ostens habe ich am eigenen Leib erfahren. Ich arbeitete damals in Leipzig in einer Gießerei, bei der ich zuvor auch schon meine Berufsausbildung mit Abitur von 1986 bis 1989 gemacht hatte. Das war ein hochmoderner Betrieb, der Kurbel- und Nockenwellen für VW produziert hat. Die wurden im Polo und im Golf II eingebaut. Da wurde also kein Schrott produziert. Und dennoch war von einem Tag auf den anderen Schluss. Damals habe ich es nicht verstanden, warum auch dieser Betrieb deindustrialisiert wurde. Ich bin fest davon überzeugt, dass es da auch andere Möglichkeiten gegeben hätte. Dieser radikale Kahlschlag in den Jahren 1990 und 1991 – der war tödlich für die Ostwirtschaft. Davon hat sie sich nie wieder erholt. Hätte es Alternativen gegeben? Na sicher! Man hätte beispielsweise zeitlich befristete Sonderwirtschaftszonen einrichten sollen – das war aber politisch nicht gewollt. Es hätte ja auch eine Konkurrenz zu den Wirtschaftsstandorten im Westen dargestellt. Ich denke, dass vieles bewusst kaputt gemacht wurde, um Überkapazitäten abzubauen und so unliebsame Konkurrenz aus dem Verkehr zu ziehen. Nach meiner Entlassung 1990 stand ich vor der Frage: Wie geht's weiter? Ich bin dann ein Jahr lang mit einem guten Freund auf Montage in den Westen gegangen und habe dabei gutes Geld verdient. Aber mir war dennoch klar, dass das auf Dauer nichts ist, immer wieder von Baustelle zu Baustelle zu ziehen.

Also entschied ich mich zu studieren. In Saarbrücken bin ich nicht zuletzt auch deswegen gelandet, weil ich mir mit meinen 800 Mark Bafög klassische Universitätsstädte ebenso wie München, Hamburg oder Frankfurt gar nicht hätte leisten können. Als ich 1991 das Studium begann, waren die Menschen, die ich traf, neugierig darauf, was ich zu erzählen hatte. Es herrschte ein großes Interesse und es gab wenige Vorurteile gegenüber den Menschen aus der DDR. Nun ist das Saarland schon 24 Jahre meine Heimat. Anfangs hieß es, man müsse 20 Jahre im Saarland leben, um ein echter Saarländer zu sein. Als die Zeit um war, wollte davon keiner etwas wissen. Echter Saarländer ist man eben doch nur, wenn man hier geboren ist. Erich Honecker etwa ist insofern eher Saarländer als ich. Kaum zu glauben – aber als Honecker vor Gericht stand, hat er trotz allem bei den Saarländern einen gewissen Bonus gehabt. Da wurde schon mal wohlwollend genickt und gesagt: Das ist einer von uns. Oskar Lafontaine ist natürlich auch ein echter Saarländer. Wenn man auf die Zeit

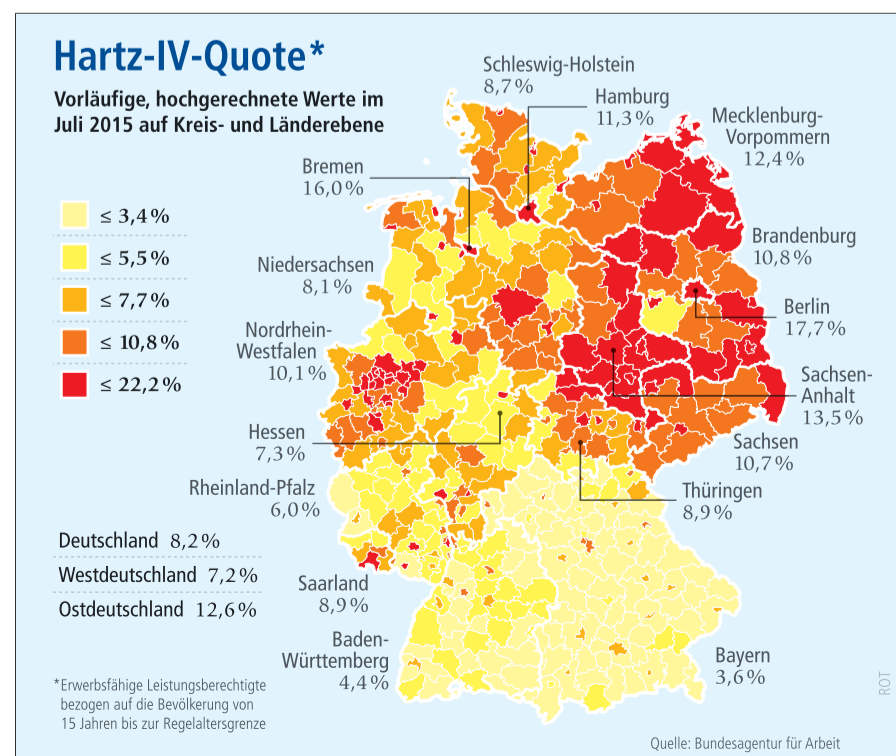
der Wende zurückblickt, muss man schon sagen, dass Lafontaine mit seinen Warnungen vor einem allzu schnellen Zusammengehen von Ost und West Recht gehabt hat. Doch er hatte in dieser heißen Phase 1990 keine Chance, das in einer Form zu kommunizieren, mit der man auch Wahlen gewinnt. Denn es ging damals darum, die Wahlen zu gewinnen. Ich glaube, im Osten haben schon damals viele Leute Lafontaine Recht gegeben. Gewählt haben sie aber trotzdem Helmut Kohl. Es war ein Wunschenken: Hoffentlich gibt es die blühenden Landschaften, von denen Kohl redet. Ich selbst bin 1994 aufgrund einer Veranstaltung mit Gregor Gysi in Saarbrücken Mitglied der PDS geworden. Es gab dann ein kleines Regionalbüro der Partei hier in Saarbrücken. Dort war ich nach dem Studium zwei Wahlperioden lang Mitarbeiter. 2005 mussten dann relativ schnell Gespräche in Sachen Zusammenarbeit von WASG und PDS geführt werden. Da die Listenbindung nicht zulässig war, musste rechtlich wasserdicht sichergestellt werden, dass auf dem Ticket der PDS im Westen an den entscheidenden Stellen Politiker der WASG standen. Das musste innerhalb kürzester Zeit organisiert werden. Dabei habe ich mitgewirkt. Ich kannte diese formalen Vorgänge sehr gut und hatte Erfahrungen mit der Vorbereitung von Wahlen. Als die Wahl dann gelaufen war, hat mich Lafontaine in seinem Wahlkreisbüro angestellt. Das war auch eine gute Vorbereitung auf meine eigene Abgeordnetentätigkeit später. Es ist nämlich ganz gut, wenn man weiß, worauf man sich einlässt.

Aufgezeichnet von Götz Hausding



Thomas Lutze (46, Die Linke) gehört dem Bundestag seit 2009 an.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



STICHWORT

> Einbruch 1990 erlebt der Osten Deutschlands einen Einbruch der Beschäftigung um 35 Prozent. Die Arbeitslosigkeit war zeitweilig doppelt so hoch wie im Westen. 2005 folgte die Trendwende, seitdem gleichen sich die Werte an.

> Umverteilung Um die Folgen der Arbeitslosigkeit abzufedern, fand vor allem über die Renten- und Arbeitslosenversicherung ein gigantischer West-Ost-Transfer von etwa 1,7 Billionen Euro statt.

> Strukturschwäche Der Osten Deutschlands ist viel stärker von ländlichen Räumen geprägt als der Westen. Das erweist sich oft als Hemmschuh wirtschaftlicher Entwicklung, da sich die Magnetwirkung von Wirtschaftszentren so seltener entfaltet. Die Folge: zu wenig gut bezahlte Arbeit für Hochqualifizierte.

Das Jahr 1989 war kein gutes für das Einwanderungsland Deutschland. Der berühmte Satz Willy Brandts (SPD), dass jetzt zusammenwachsen, was zusammengehört, meinte die Deutschen im engeren Sinne. Dass in Deutschland schon damals eine nicht unbeträchtliche Zahl Nichtdeutsche wohnten, war in diesem Satz gar nicht mitgedacht. Die „Nationalisierungswelle“, die der Euphorie des Mauerfalls folgte, war für jene, die nicht zu diesem deutschen Volk gehörten oder als nicht zugehörig gesehen wurden, ein Schock. Und der saß lange.

Den Worten nämlich folgten Taten. Während die Deutschen sich der Einheit erfreuten, zerfiel Jugoslawien in einem blutigen Bürgerkrieg, der Hunderttausende in die Flucht trieb, auch nach Deutschland. Als 1992 438.000 Asylanträge beim Zirkon Bundesamt lagen, wurde jener Asylkompromiss geboren, der eine Grenze gegen die Fremden von draußen zog. Dem schlichten Satz, der seit 1949 im Grundgesetz steht, „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“, folgt seither ein Rattenschwanz von Sätzen, die ihn einschränken und festlegen, wer sich auf dieses Recht alles „nicht berufen“ dürfe.

Das Papier, das SPD und christlich-liberale Regierung am 6. Dezember 1992 am späten Abend verfassten, hielt fest, dass Migration „begrenzt und gesteuert“ werden müsse, denn: „Ohne eine solche Möglichkeit werden Ängste und Unsicherheiten verschärft, die für den inneren Frieden schädlich sind.“ Der allerdings geriet erst parallel zur Debatte und nach der Grundgesetzänderung so richtig unter Druck. Drei Tage nachdem der Bundestag den veränderten Asylartikel am 26. Mai 1993 beschlossen hatte, starben in Solingen fünf Menschen türkischer Herkunft bei einem Mordanschlag.

Vorausgegangen waren die Tage von Hoyerswerda im September 1991, die Morde an Migranten in Mölln im November 1992, die vier Pogromtage von Rostock-Lichtenhagen, wo ein rassistischer Mob tagelang ein Wohnheim vietnamesischer Vertragsarbeiter mit Brandsätzen und Steinen angriff – um nur die spektakulärsten Fälle zu nennen. Dass zeitgleich der rechtsterroristische NSU durch das Land zog und neun türkischstämmige Ladenbesitzer und einen griechischen Kleinunternehmer ermordete, wurde erst 2011 entdeckt und erneuerte für die Migranten das Trauma jener Jahre.

Neue Reizworte Mit der Jahrtausendwende setzte etwas ein, das sich als Entwicklung im Widerspruch beschreiben ließe. Schritte in Richtung Einwanderungsgesellschaft, die ebenso heftige Abwehrreaktionen begleiteten. Die Regierung Schröder reformierte 1999 das Staatsangehörigkeitsrecht. Deutsch kann seither auch sein, wer auf deutschem Boden geboren wurde oder aufwuchs. Die Green Card von 2000 sollte hochqualifizierte ausländische Fachleute ins Land holen – ein Flop, aber politisch eine kleine Revolution: Zum ersten Mal seit dem Anwerbestopp von 1973 hatte die Bundesrepublik ein Loch in die Mauer rings um den Arbeitsmarkt geböhrt.

Aber auch manche Reizworte wurden in dieser Zeit geboren. Man entdeckte die „Parallelgesellschaften“, in denen sich Migranten angelegentlich organisierten, Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU) erfand im Oktober 2000 die „gewachsene freiheitliche deutsche Leitkultur“, die Migranten fremd sei. Und auch das Erschrecken vor dem Kopftuch muslimischer Frauen reicht in jene Jahre zurück, der „Kopftuchstreit“ entbrannte. Im Gefolge der Klage der angehenden Lehrerin Fereshta Ludin, die deswegen 1999 in Baden-Württemberg vom

Die Springprozession

ASYL In 25 Jahren hat es in der Ausländerpolitik Erfolge und Rückschläge gegeben



Die Ausländerpolitik bot immer Anlass für Streit und Proteste. Derzeit kommen viele Flüchtlinge aus Syrien, hier untergebracht in Eisenhüttenstadt (Brandenburg). © picture-alliance

Schuldienst ausgeschlossen wurde, entstanden sieben Ländergesetze, die das Kopftuch an Schulen verbieten. 2009 wurde in Dresden Marwa el-Sherbini ermordet, eine ägyptische Apothekerin, die zum Ärger ihres Mörders ein Kopftuch trug. Und zwei spätere Ministerpräsidenten der CDU machten „Ausländer“-Wahlkämpfe: Im Jahre 2000 Jürgen Rüttgers mit dem Schlachtruf „Kinder statt Inder“ in Nordrhein-Westfalen – er schaffte es erst fünf Jahre später. Roland Koch allerdings, der 1999 den Volkszorn gegen die doppelte

Staatsbürgerschaft in Hessen organisierte, gewann damit prompt die Wahl. Riesenschritte in die andere Richtung machte dann die Regierung Merkel. Es entstanden Nationale Integrationspläne, und mit der Deutschen Islamkonferenz 2006 schuf der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Chance für einen geordneten Umgang von Staat und Islam.

Enormer Wissenszuwachs Derweil ist das Wissen über das Einwanderungsland enorm gewachsen. Migrationsforschung ist

ein Wachstumssektor, Wissenschaftler, darunter viele mit nichtdeutschen Wurzeln, vermessen die Bunte Republik Deutschland und machen Vorschläge für Schulformen oder die Durchmischung des Öffentlichen Dienstes. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist selbst zur Denkmfabrik geworden.

Der Name des Zuwanderungsgesetzes, offiziell „zur Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung“ von 2005, könnte die Überschrift zu dieser deutschen Springprozession in Sachen Migrationspolitik lie-

fern: Immer ein bisschen vor und ein bisschen zurück. Das Gesetz schuf jedoch neue Möglichkeiten, indem es großzügiger definierte, wer kommen durfte, um zu arbeiten, und auch Nachzug und Arbeitserlaubnis für Familienangehörige ermöglichte. Integrationspolitik oder besser politisches Einwanderungsmanagement ist spätestens seit dem Regierungswechsel 2005 keine Sache eines politischen Lagers mehr. Und sie ist dabei vorangekommen. Es dauere in Deutschland manchmal etwas länger, bemerkte ein britischer Wissenschaftler, der

kürzlich den Migration Policy Index (Mipex) in Berlin vorstellte. Weil aber alles lange und gründlich debattiert und alle einbezogen würden, sei, was so entsteht, oft dauerhafter als anderswo. Der Mipex misst den Umgang mit Einwanderern in 38 Industrieländern und bescheinigt Deutschland in seiner jüngsten Ausgabe von diesem Jahr, es sei „eines der wenigen entwickelten Länder, in denen sich die Haltung gegenüber Einwanderern verbessert“.

Wer freilich auf das schaut, was sich außerhalb des Berliner Regierungsviertels tut, könnte da rasch zu einer anderen Auffassung kommen. Parallel zu den realen Fortschritten in Recht und Gesellschaftspolitik baute sich auch Widerstand gegen die Zumutungen der Einwanderungsgesellschaft auf, eine „Desintegrationspublizistik“ (Migrationsexperte Klaus J. Bade) feierte mit sozialdarwinistischen Thesen über die kulturelle Unterlegenheit von Muslimen nie dagewesene Verkaufserfolge. Das Buch „Deutschland schafft sich ab“, das Berlins früherer Finanzsenator Thilo Sarrazin, ein Sozialdemokrat, vor fünf Jahren auf den Markt warf, wurde der meistverkaufte Sachtitel der deutschen Nachkriegszeit.

Im vergangenen Jahr machten die Demonstrationen von Pegida (Dresden), Legida (Leipzig), Bärghda (Berlin) die Abneigung gegen Fremde lautstark öffentlich. Ob diese Abstoßreaktionen ein Zeichen realen Volkszorns gegen das Multikultidiktat der Eliten ist, wie seine Organisatoren behaupten, oder ob sich in Sarrazins Leserschaft und mit den „besorgten Bürgern“ in Dresden nur Verlierer des Wandels und strukturkonservative Wohlhabende sammeln, die um die Privilegien ihrer Kinder fürchten, lässt sich vermutlich erst mit ein paar Jahren Abstand entscheiden. Aber auch dies gehört zur Wirklichkeit in Deutschland: Eine seit 25 Jahren nicht erlebte Flüchtlingswelle trifft, wie alle Profis des Sozialstaats versichern, auf eine nie dagewesene breite Hilfsbereitschaft der Bevölkerung.

Letzte Großbaustellen Dies könnte eine Chance werden, die letzten Großbaustellen im Einwanderungsland zu schließen. Die erste wäre ein Verzicht auf alte Rhetorik. Das Reden von „Steuerung“ der Migration weckt Hoffnungen, die nicht zu erfüllen sind. Steuern lässt sich nur ein kleiner Teil der Migration, Flüchtlinge sicher nicht. Die Fiktion, das ginge doch, bindet Phantasie und Geld, die für das Management der Einwanderung nötig wären – in Berlin wie in Brüssel.

Die zweite Baustelle ist größer und schwieriger als Berlins berühmter Panneflughafen: Eine Justiz, die die von der Bundesrepublik unterzeichnete Anti-Rassismuskonvention bisweilen nicht zur Kenntnis nehmen will, ein Bundespolizeigesetz, das Beamte ermuntert, Menschen mit schwarzer Hautfarbe verschärft zu kontrollieren, und Kriminalstatistiken, in denen sich regelmäßig weniger Opfer finden, als tatsächlich in Deutschland wegen ihres „fremden“ Aussehens ihr Leben oder ihre Gesundheit verlieren. In geübteren Einwanderungsländern nennt sich das „institutioneller Rassismus“. Er meint nicht die Bosheit Einzelner, sondern den Geist von Gesetzen und Strukturen und bedroht die innere Sicherheit eines Einwanderungslandes. Der NSU-Schock war in den Institutionen zu schnell verwunden, um Lernerfolge zu produzieren. Braucht Deutschland ein Einwanderungsgesetz, das gerade diskutiert wird? Es gibt den Abschlussbericht des NSU-Ausschusses. Aus dieser Vorlage des Bundestages ein Einwanderungsgesetz abzuleiten, wäre vielleicht die beste Lösung.

Andrea Dernbach

Die Autorin ist politische Reporterin beim Berliner „Tagesspiegel“.

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



»Flüchtlingspolitik ist immer mein Thema gewesen«

LUISE AMTSBERG Die Islamwissenschaftlerin aus Greifswald diskutierte schon als Jugendliche über den Wert der Demokratie



Ich bin 1984 in Greifswald geboren und in Ostberlin großgeworden. Im Osten aufgewachsen zu sein, hatte großen Einfluss auf meine politische Sozialisation. Als ich noch Schülerin war, gab es heftige politische Auseinandersetzungen unter den Jugendlichen und immer wieder die Frage: Bist du Zecke oder Nazi?

Das hört sich erstmal platt an, man muss es aber im Kontext einer jüngst überwundenen Diktatur sehen. Alles war politisch. Alle Elternhäuser hatten eine Meinung. Da waren die Kinder, deren Eltern aufatmeten

haben und trotz all den, vorrangig wirtschaftlichen Problemen, die neugewonnenen bürgerlichen Freiheiten als unschätzbaren Wert verstanden und auch ihre Kinder auf den Wert von Demokratie einschärften. Und es gab diejenigen, die die Welt einfach nur schwarz malten und die Wiedervereinigung ablehnten. Ich glaube, wir Kinder führten diese Auseinandersetzung auch – wenn auch vereinfacht. Ich glaube, ich habe Neonazis und Rassisten anders erlebt als meine Altersgenossen im Westen: Dort war der Rechtsextremismus älter, verfestigter, parteigebunden – der junge, aggressive Neonazi ist eher ostdeutsch.

Daraus abzuleiten, dass Rechtsextremismus ein ostdeutsches Phänomen ist, wäre aber falsch. Gewalt gegen Flüchtlinge erleben wir überall in Deutschland. Das war schon in den 1990er Jahren so mit den Anschlägen auf Asylbewerberheime in Mölln und Solingen. Und das ist auch heute so, auch wenn die Schlagzeilen gerade von Pegida, Freital und Tröglitz dominiert werden.

Die vermeintlich „besorgten Bürger“ gibt es im ganzen Land und der richtige Umgang mit ihnen spaltet die politischen Parteien im Bundestag. Für mich bedeutet Demokratie das Ringen oder Werben um

eine politische Haltung. Als Demokratin ist es für mich selbstverständlich, dass ich mich auch mit denen auseinandersetze, die eben nicht meiner politischen Auffassung sind.

Den Satz „Wir müssen die Sorgen der Bürger ernst nehmen“, kann ich allerdings nicht mehr hören. Mit diesem Satz hat man immer wieder versucht, rassistische Aussagen zu legitimieren. Die CSU

hat auf diesem Wege Vorurteile gegen Flüchtlinge massiv politisch befördert. Hängen geblieben ist der Eindruck, es gäbe gute und schlechte, nützliche und schmarotzende Flüchtlinge.

Ich bin seit dem Jahr 2013 im Bundestag, vorher war ich von 2009 bis 2012 Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag. Flüchtlingspolitik ist immer mein Thema gewesen und ich kann aus Erfahrung sagen, diese Diskussionen haben sich leider nicht geändert, obwohl mittlerweile alle verstanden haben, dass wir Zuwanderung brauchen. Die Asyldebatte zeigt deutlich, dass eine Große Koalition schlecht für die Demokratie ist. Was wir in Anbetracht steigender Gewalt gegen Flüchtlinge brauchen, ist ein klares Bekenntnis zum Grundrecht auf Asyl. Das Gegenteil aber passiert: Kaum ein Thema dominiert die deutsche Innen- und Außenpolitik so sehr wie die Flüchtlingspolitik, und unsere Bundeskanzlerin hat noch nie eine Flüchtlingsunterkunft besucht.

Das CDU-geführte Bundesinnenministerium macht derzeit in der Flüchtlings- und Asylpolitik einen restriktiven Vorschlag nach dem anderen, wie zum Beispiel die Ausweitung der Abschiebehaft,

und die SPD schluckt es dem Koalitionsoffizier zuzuliebe.

Am interessantesten – auch im Kontext von nunmehr 25 Jahren Deutsche Einheit – finde ich aber den Umgang mit Themen wie der Vorratsdatenspeicherung oder dem Überwachungskandal des US-Geheimdienstes NSA. Wir brauchen uns nicht über ein Demokratiedefizit in der Bevölkerung zu wundern, wenn die Bundesregierung solche Bürgerrechte weglächelt. So etwas führt zu Politikverdrossenheit in Ost und West gleichermaßen.

Wo mir heutzutage tatsächlich noch ein Unterschied zwischen Ost und West auffällt, ist die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Osten hat die Berufstätigkeit von Müttern eine längere Tradition und ist deshalb heute milieufreundlicher und gesellschaftlich vollkommener akzeptiert. Im Westen hängt es sehr davon ab, mit wem man spricht. Eine hohe Akzeptanz für arbeitende Mütter bedeutet aber nicht zugleich eine hohe Akzeptanz für Väter in Elternzeit. Letzteres bietet noch viel Luft nach oben.

Mein Mann macht gerade ein ganzes Jahr Elternzeit, was in Deutschland die absolute Ausnahme ist.

Aufgezeichnet von Susanne Kailitz



Luise Amtsberg (30/Grüne) gehört dem Bundestag seit 2013 an.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Die Protestbewegung Stuttgarter Bürger gegen „Stuttgart 21“, den milliardenschweren Umbau des Hauptbahnhofs der Stadt, gab dem Thema Bürgerbeteiligung neuen Auftrieb.

© picture-alliance/dpa

Die Kraft der Zivilgesellschaft

DEMOKRATIE Trotz Wahlmüdigkeit und Parteienerosion: Politik bedeutet, den Bürger zu achten und beachten

Schwarz-Rot-Gold: Die deutschen Farben zeigen sich in schöner Abfolge in der Geschichte der Bundesrepublik. Auf das Schwarz der Adenauer-Zeit folgte das Brandt- und Böll-Rot, darauf das Gold der Wiedervereinigung. Zusammengehalten werden die drei Streifen vom Grundgesetz. Es war die Bauordnung der jungen Bundesrepublik, wurde zur Hausordnung der deutschen Demokratie und ist nun die Verfassung des vereinigten Deutschland. Das Grundgesetz ist eine gute Verfassung. Aber auch das Gute kann man besser machen; die deutsche Einheit bot eine Gelegenheit dazu. Immerhin findet sich im Einigungsvertrag der Auftrag, sich „mit dem im Zusammenhang mit der deutschen Einheit aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen“. Davon blieb fast nichts übrig. Ein „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“ wurde festgeschrieben, die Förderung der Gleichberechtigung verankert. Und weiter? Nichts. Keine Bürgerbeteiligung, keine Plebiszite. Das Grundgesetz blieb mehr oder minder, wie es war: Die Verfassungskommission von Bund und Ländern in den Jahren 1992/93 war kein Marktplatz für ostdeutsche Erfahrungen, kein Forum für gesellschaftliche Selbstvergewisserung. An die 300.000 Eingaben, die plebiszitäre Elemente forderten, blieben ohne Echo.

Wie wäre es heute, wenn damals das Plebiszit ins Grundgesetz geschrieben worden wäre? Womöglich hätte sich die Unzufriedenheit mit dem politischen Betrieb nicht so krass entwickelt. Sie reicht weit in die Mitte der Gesellschaft, von Pegida bis zu denen, die gegen Pegida demonstrieren. Es gibt eine Schnittmenge zwischen Pegida und Anti-Pegida: natürlich nicht in der Flüchtlings- oder der Familienpolitik, aber in einer grundsätzlichen Ablehnung des gängigen Politikbetriebs, die sich aus verschiedensten Quellen speist; Fließmenge und Fließgeschwindigkeit nehmen zu. Warum? Da ist etwa das Ohnmachtsgefühl, das die Finanzkrise ausgelöst hat. Dadurch ist auch die Hartz-IV-Rutsche in die Armut noch bedrohlicher geworden.

Fragiles Parteiensystem Diese Unzufriedenheit gefährdet den Status der zwei Parteien, die sich als Volkspartei sehen – Union und SPD. Vor allem die SPD ist seit Jahren Volkspartei im prekären Zustand mit 22 oder 23 Prozent plus X. Rückblickend scheint mit dem Beginn von Gerhard Schröders Kanzlerschaft das sozialdemokratische Jahrhundert zu Ende gegangen zu sein. Die linke Alternative in Deutschland ist jetzt noch Die Linke, aber weil sie noch DDR-Hautgout hat, ist sie für viele nicht wählbar. Die andere Alternative ist die Partei diesen Namens, die AfD, deren Namenspatron Angela Merkel war

mit der Behauptung, zu ihrer Art der Euro-Rettung gebe es keine Alternative. Die parteipolitische Nachkriegsordnung der Bundesrepublik, geprägt von zwei großen Parteien, geht zu Ende. Die Große Koalition mit einer starken Kanzlerin suggeriert Stabilität, die es eigentlich nicht gibt. Neue Konstellationen stehen vor einem langen und schwierigen Durchsetzungsprozess. Neue politische Bewegungen entstehen schnell, verfallen aber auch schnell. Die Piraten der Piratenpartei wurden bewundert als Protagonisten des neuen Zeitalters, zuhause in der Welt des Netzes. Manche raunten, dort könnte die Demokratie neu erfunden werden – indem aus der permanenten Revolution, von der einst Revoluzzer träumten, eine permanente Abstimmung im Internet wird. Doch schon ist das Lob der digitalen Frische und politisch-piratischen Naivität der Frage gewichen, ob verantwortliche Politik nicht doch Professionalität und Berechenbarkeit braucht. Der Philosoph Walter Benjamin bezeichnete die jeweils neuesten Kreationen der Mode einst als die „geheimen Flaggensignale der kommenden Dinge“ – wenn man sie nur zu lesen verstünde, könne man die Zukunft. Das gilt auch für die politische Mode. Politologen

und Kommentatoren behaupten denn auch, die Zukunft der Politik zu kennen, und malen die Parteienlandschaft neu. Aus dem Dreiparteienland von einst wurde ja tatsächlich mit den Grünen ein Vier-, dann mit der Linkspartei ein Fünfparteienland; nach den ersten Wahlerfolgen der Piratenpartei wurde von einem Sechsparteienland gesprochen, und dann kam auch noch die AfD. Man tat so, als ginge das immer so weiter, als sei nur das Werden und Wachsen von Parteien ein politisches Naturgesetz, nicht aber ihr Sterben. Womöglich hat sich die Adenauerzeit: Aus dem Zehn-Parteien-Gewusel im ersten Bundestag wurde ein Drei-Parteien-System. Noch spannender als das Auf und Ab des Parteiensystems ist der Blick auf die Zivilgesellschaft. Es gibt zwei davon: eine aufgeklärte, grundrechtsstarke Zivilgesellschaft und eine Parallelgesellschaft, die unter der Chiffre Pegida daherkommt. Pegida war der Laufsteg, auf dem sich diese Parallelgesellschaft präsentierte. Was Paris für die Mode ist, war Dresden ein paar Monate für die Ressentiments: Dort, aber nicht nur dort zeigte die deutsche Parallelgesellschaft ihre Übellauligkeit und ihren Furor. Angestachelt von

üppiger Berichterstattung, sparte sie nicht mit Gift und Galle gegen Muslime, Flüchtlinge, gegen die Fremden und das Fremde, gegen die demokratischen Parteien, die Medien, gegen angebliche Auswüchse der modernen Gesellschaft. Mittlerweile lässt das Pegida-Fieber nach, doch die Ressentiments bleiben und die AfD ist willig, der Parallelgesellschaft eine parlamentarische Heimat zu geben.

Zerrissen Die alten Parteien hatten sich damit eingerichtet, dass das radikale Potenzial der gesellschaftlichen Mitte, das fast überall in Europa Wahlerfolge feiert, in Deutschland parlamentarisch nicht zum Zuge kommt – und im Nichtwählerlager versank. In den Parlamenten hatte die stetig sinkende Wahlbeteiligung ja keine Folgen. Dabei teilt ein Riss die Bevölkerung. Eine Hälfte wählt, die andere nicht. Die nicht wählende ist natürlich nicht per se eine Pegida-Hälfte. Zu ihr zählen ganz viele, für die die soziale Welt immer weniger lesbar wird und die bei den etablierten Parteien inklusive der Linken keine Leihhilfe mehr finden. Pegida hat auch die Zivilgesellschaft wachgerüttelt; es gab viel mehr Gegen-demonstranten, als man dem angeblich politumdeuten Volk zugetraut hatte. Es zeigte sich ein Bewusstsein für die Werte einer offenen Gesellschaft – und die Bereitschaft, diese zu verteidigen. Das ist die gute Erkenntnis der vergangenen Monate.

Die Demokratie muss den Bürger ernst nehmen – den Bürger, der mitgestalten will, der das Gemeinwesen zu seiner Sache macht. Man darf im siebten Jahrzehnt der demokratischen Bundesrepublik an den Menschen glauben. Angst vor Radikalen muss man nicht haben – die Zivilgesellschaft ist stark genug. Beim Streit um das Bahnprojekt Stuttgart 21 brachte der Schlichter Heiner Geißler die verfeindeten Parteien dazu, miteinander zu reden. Daraus wurden Sternstunden für das Fernsehen: Alle Verhandlungen wurden übertragen, mit exorbitanten Zuschauerzahlen. Manche saßen neun Stunden am Stück vor dem Fernseher. Demokratie, zeigte sich, ist spannend, holt man sie aus den Gesprächsrunden der immer gleichen Redner. Bei der Schlichtung saßen Vertreter der internetgestärkten Zivilgesellschaft mit Vertretern der repräsentativen Demokratie am Tisch. Die Lehre: Demokratie bedeutet, den Bürger achten und beachten, auch wenn nicht Wahlen anstehen. 1949 sagte der Christdemokrat Konrad Adenauer dem Sozialdemokraten Carlo Schmid: „Was uns beide unterscheidet, ist nicht nur das Alter, es ist noch etwas anderes: Sie glauben an den Menschen, ich glaube nicht an ihn und habe noch nie an ihn geglaubt.“ Vielleicht wäre auch Adenauer heute nicht mehr so skeptisch.

Heribert Prantl |
Der Autor leitet das Ressort Innenpolitik der „Süddeutschen Zeitung“.

Ein Riss teilt die Bevölkerung: Eine Hälfte wählt, die andere nicht.

»Im Westen gibt es bis heute viel Gleichgültigkeit«

BURKHARD LISCHKA Der Sozialdemokrat wünscht sich mehr Interesse für ostdeutsche Lebenserfahrungen



Als ich als frisch ausgebildeter Jurist Anfang der 1990er Jahre unbedingt in den Osten wollte, hat mein Umfeld diesen Wunsch eher ratlos kommentiert: Eigentlich wusste keiner, warum ich das machen sollte. Mein damaliger Chef, der mir das Angebot gemacht hatte, nach dem Referendariat bei ihm anzufangen, dachte lange, das wäre meine Taktik, ein noch besseres Angebot rauszuholen und war dann richtig sauer, dass er mich auch mit tollen Konditionen nicht überzeugen konnte. Denn ich wollte in den Osten. Es gab da eine Neugier auf dieses Land, das mir total fremd war, obwohl ich nur zwei Stunden Fahrt entfernt wohnte. Ich dachte mir, dass dort bestimmt noch nicht alles so eingefahren sein würde wie im Westen. Als ich dann mit der Notarin, bei der ich eine Station meiner Notarsausbildung absolvieren sollte, ein erstes Treffen vereinbart hatte, warnte selbst sie als geborene Ostdeutsche mich: Sie meinte, als sie das erste

Mal in Hettstedt am Harz auf dem Markt gestanden habe, hätte sie geweiht. Ich fand es dann gar nicht so schlimm. Ich komme aus dem Sauerland – und sage immer, wer dort überlebt hat, der kommt überall klar. Am Anfang gab es viel Vorsicht im Umgang miteinander: Man hat schon aufgepasst, nicht die gleichen lockeren Sprüche zu machen wie zu Hause. Und ich habe mich aus bestimmten Diskussionen immer rausgehalten: über die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat war zum Beispiel. Da fehlte mir einfach die eigene Erfahrung und ich habe mich nicht in der Rolle gesehen, da mitzureden. Einige Westdeutsche haben das aber getan: Ich kann mich an eine Podiumsdiskussion über die Staatssicherheit erinnern, da kamen vier von fünf Teilnehmern aus den alten Bundesländern. Dass es vielen Ostdeutschen bitter aufgestoßen ist, wenn ihnen von Leuten, die nicht in der DDR gelebt haben, erklärt wurde, dass sie eigentlich nicht nur im falschen Land, sondern auch das falsche Leben gelebt haben, konnte ich immer gut verstehen. Es gab Situationen, da habe ich mich für manche Besserwisseri einiger Westdeutscher richtig geschämt. Für mich gab es damals viele Dinge, die mir fremd waren. Das gemeinsame Bürofrühstück etwa, jeden Tag um Viertel nach acht. Dass Chefs und Mitarbeiter da ganz zwanglos zusammensaßen und auch Privates besprochen haben, kannte ich aus mei-



Burkhard Lischka (50, SPD) gehört dem Bundestag seit 2009 an.

ner alten Heimat nicht. Heute weiß ich, dass die Arbeit im Osten eine ganz andere Bedeutung hatte. Das war nicht nur Mittel, um Geld zu verdienen und sich einen Lebensstandard zu sichern. Das war auch Gemeinschaftsgefühl, Zugehörigkeit. Und es war natürlich für viele, denen dieser Teil ihres Lebens im Zuge der Wende und des Umbruchs verloren ging, ein dramatischer Verlust. Der aber nicht überall gesehen wurde: Ich stelle häufig fest, dass es im Westen bis heute viel Gleichgültigkeit gegenüber dem Osten gibt. Gerade kurz nach der Wende gab es so einen Konsens, dass sich im Osten alles, im Westen aber im Grunde nichts zu ändern habe – und tat-

sächlich war es ja auch über weite Strecken so. Für die Ostdeutschen hat sich wirklich alles geändert: nicht nur das Rechts- und Wirtschaftssystem, auch der gesamte Alltag. Und viele Leute im Westen wollten nichts wissen über das, was die neuen Bundesbürger erlebt hatten. Inzwischen glaube ich aber, dass uns gar nicht mehr so viel trennt. Auch die alte Bundesrepublik ist ja nicht statisch geblieben. Als meine Frau und ich vor 17 Jahren unseren damals einjährigen Sohn in einer Kinderkrippe betrunken ließen, war mein altes Umfeld im Sauerland ein Stück weit entsetzt: So etwas war damals dort undenkbar. Heute ist das auch dort ein nicht ganz seltenes Modell. Einen Unterschied sehe ich aber bis heute, auch wenn man nichts pauschalisieren kann: Ostdeutsche sind ein bisschen direkter. Da, wo viele Westdeutsche vor allem bei politischen Aussagen ein bisschen rumschwärbeln, gibt's hier eine ziemlich direkte Ansage. Ich bin froh, dass ich zwei Seiten in mir trage. Das ist für mich persönlich ein riesiger Gewinn.

Aufgezeichnet von Susanne Kailitz |

Anzeige

Deutscher Bundestag

**Einladung zum
Tag der Ein- und Ausblicke**
6. September 2015, 9 bis 19 Uhr

Reichstagsgebäude, Paul-Löbe-Haus,
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus
www.bundestag.de/tea

6. September 2015

Tag der Ein- und Ausblicke

Deutscher Bundestag





Im Berliner Stasi-Archiv liegt allein die Hälfte der rund 111.000 Meter umfassenden Gesamtmenge an Unterlagen des DDR-Staatssicherheitsdienstes.

© picture-alliance/ZB

Kampf um die Stasi-Archive

AUFARBEITUNG Wie der Streit um das Erbe der DDR-Geheimpolizei die Debatte um die Diktatur beeinflusste

Es kommt nicht allzu oft vor, dass eine kleine Schar von Hausbesetzern Geschichte schreibt. Doch vor einem Vierteljahrhundert ist genau das geschehen. Am späten Vormittag des 4. September 1990 stürmten knapp zwei Dutzend Bürgerrechtler ein Gebäude im ehemaligen Stasi-Hauptquartier in der Ost-Berliner Normannenstraße. Um nicht gleich von alarmierten Wachleuten festgenommen zu werden, verbarrikadierten sich die Aktivisten

einandersetzung mit der Vergangenheit genutzt werden konnten. Gut ein Jahr später verabschiedete der gesamtdeutsche Bundestag dann mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) ein rechtsstaatlich geregeltes Verfahren für die Herausgabe von Akten. Das seitdem verfügbare Material – rund 1,3 Millionen Fotos, Tausende Filme, Tonträger und fast 180 Aktenkilometer mit Personendossiers über vier Millionen Ostdeutsche und zwei Millionen Westdeutsche – prägt nach wie vor den Blick auf die SED-Diktatur.

wahrgenommen würde, wenn im Spätsommer 1990 der Einigungsvertrag nicht noch im letzten Moment korrigiert worden wäre. Damals hätte es jedenfalls auch ganz anders kommen können: so wie es die Regierung von Helmut Kohl (CDU) geplant hatte. Sie wollte die Hinterlassenschaft der Stasi möglichst vernichten oder zumindest für die Dauer von 30 Jahren im Bundesarchiv in Koblenz wegzuschließen lassen. Einen weitgehend uneingeschränkten Zugriff auf das Wissen, das die allgegenwärtige DDR-Geheimpolizei meist heimlich und hinterwärts zusammentragen hatte, sollten lediglich der Bundesnachrichtendienst und der Verfassungsschutz erhalten. Besonders das empörte viele Ostdeutsche.

Hinzu kam, dass die Abgeordneten der ersten demokratisch gewählten Volkskammer der DDR bereits am 24. August die Aktenöffnung mit überwältigender Mehrheit beschlossen hatten. Selbst die SED-Nachfolgepartei PDS, in deren Reihen sich nicht wenige Stasi-Offiziere und Spitzel tummelten, unterstützte nach den Worten ihres Abgeordneten Uwe-Jens Heuer „dieses bedeutsame Anliegen“. Joachim Gauck (Bündnis 90) erklärte während der Debatte, ein entsprechendes Gesetz werde „Gesundungsprozesse“ in der Gesellschaft befördern. Angesichts des Verrats und der Niedertretung, die in endlos vielen Spitzelberichten dokumentiert sind, wies er aller-

dings auch auf die damit verbundenen Schmerzen hin. „Für Menschen, die unsere Geschichte haben“, erklärte Gauck, sei es aber besser, solche Schmerzen zu ertragen statt das Beschädigte zu leugnen. „Das kann doch auch etwas mit Würde zu tun haben.“

Doch die Bundesregierung konnte mit Begriffen wie „Würde“, „Schmerzen“ und „Gesundung“ nur wenig anfangen und lehnte es strikt ab, den Ost-Berliner Parlamentsbeschluss im Einigungsvertrag zu berücksichtigen. Dabei mag auch eine Rolle gespielt haben, dass in dem Politikbetrieb am Rhein die Furcht vor spektakulären Stasi-Enthüllungen umging. Unter anderem war inzwischen bekannt geworden, dass die Stasi-Hauptabteilung III im „Operationsgebiet“ Bundesrepublik eine halbe Million Telefonanschlüsse abgehört hatte, darunter die des Bundeskanzlers und die seiner Minister. In westdeutschen Publikationen wie der Illustrierten „Quick“ kursierten bereits Zitate von illegalen Mitschnitten. Emissäre der entmachteten Stasi-Generalität, die Kontakt mit westdeutschen Sicherheitskreisen aufgenommen hatten, heizten die Befürchtungen ganz bewusst an. Sie versprachen, alles zu tun, um kompromittierende Veröffentlichungen zu verhindern – verlangten im Gegenzug aber Straffreiheit und soziale Absicherung für ihre ehemaligen Kolle-

gen. Diese dürften „nicht zu permanenten Objekten von ‚Hexenjagden‘ gemacht werden“.

Die ostdeutschen Bürgerrechtler verfolgten ganz andere Interessen. Sie sprachen der bundesdeutschen Seite jedes Recht ab, über den Umgang mit den Unterlagen des „Mielke-Konzerns“ zu entscheiden. Sie wollten wissen, wie der Unterdrückungsapparat nach innen gewirkt hatte. „Meine Akten gehören mir!“, lautete das Motto bei der Besetzung der Stasi-Zentrale. In einer Erklärung zur Aktion hieß es apodiktisch: „Wir verhindern die Vernichtung oder Überstellung der Stasiakten. Wir arbeiten sie auf, nicht der Westen!“ Schließlich musste die Bundesregierung klein beigeben, zumal die Volkskammer plötzlich damit drohte, andernfalls den gesamten Einigungsvertrag gesatzten zu lassen.

Kohls Ängste Der gelehrte Historiker Kohl hat sich in seinen 2007 erschienen „Erinnerungen 1990-1994“ ausführlich zu diesem Ost-West-Konflikt geäußert. In der Tat habe er Bedenken gegen eine Öffnung gehabt: „Ich fürchtete, der ganze Unrat, der da hochkommen würde, könnte das Klima in Deutschland vergiften.“ Zwei Jahre später rechtfertigte sich sein früherer Innenminister Wolfgang Schäuble, der mit dem DDR-Staatssekretär Günther Krause (beide CDU)

den Einigungsvertrag ausgehandelt hatte, ähnlich. Schäuble sagte in einem Interview, er habe den Wiederaufbau der neuen Länder und damit die Zukunft Deutschlands insgesamt nicht mit den „Streitigkeiten der Vergangenheit“ belasten wollen. Rückblickend könne man sagen, dass sich das vereinigte Deutschland diese Form der Vergangenheitsbewältigung leisten konnte. Hätte die DDR wie Polen oder Tschechien alleine

den Weg in die Freiheit bewältigen müssen, so Schäuble weiter, wäre sie daran womöglich gescheitert. Tatsächlich hatte die Öffnung der ostdeutschen Geheimpolizei-Akten Modellcharakter und ist mehrfach nachgeahmt worden, um die Folgen einer Diktatur zu überwinden – nicht zuletzt in Polen und Tschechien. Der britische Historiker Timothy Garton Ash hat Deutschland deshalb als

„Weltmeister der Aufarbeitung“ bezeichnet. Seine halb ironisch, halb bewundernd gemeinte Formulierung lässt freilich außer Acht, dass es vor einem Vierteljahrhundert Spitz auf Knopf stand – und die Stasi-Unterlagen beinahe im Reißwolf gelandet wären.

Uwe Müller |

Der Autor war in den 1990er Jahren Ostdeutschland-Korrespondent der „Welt“ in Leipzig. Er ist derzeit Mitglied des Investigativteams der Zeitung.



Bürgerrechtler verlesen ihre Forderungen bei einer improvisierten Pressekonferenz am 6. September 1990 vor der besetzten Stasi-Zentrale in Ost-Berlin.

© picture-alliance/ZB

in der Abstellkammer eines Bürotraktes. Kurz darauf kündigten sie an, solange zu bleiben, bis ihre Forderung erfüllt worden sei. Und die hatte es in sich: Der zwischen der Bundesrepublik und der DDR mühsam ausgehandelte und schon unterschriebene „Vertrag über die Herstellung der deutschen Einheit“ sollte in einem entscheidenden Punkt nachgebessert werden.

Zusatzvereinbarung Nach einer Woche erhöhten die Eindringlinge, zu denen mit Bärbel Bohley auch das prominenteste Gesicht des „Neue Forum“ gehörte, den politischen Druck mit einem Hungerstreik. Die Aktion wurde in ganz Ostdeutschland mit Sympathie verfolgt. Die Medien berichteten im Tagesrhythmus, der Liedermacher Wolf Biermann und die Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl (CDU) schauten vorbei, Unterstützer organisierten Kundgebungen. Trotzdem sollte es noch bis zum Ende des Monats dauern, bevor die Bürgerrechtler mit einem spektakulären Erfolg abziehen konnten.

Am 28. September 1990, gerade einmal fünf Tage vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, wurde der Einigungsvertrag, so wie von den Besetzern gewünscht, um eine Zusatzvereinbarung ergänzt. Mit der Sonderklausel war die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Archive des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit geöffnet und in darin verwahrten Unterlagen zum Zwecke der politischen, historischen und juristischen Aus-

„Wir haben in Deutschland erstmals in der Welt das Archiv einer Geheimpolizei für die Gesellschaft geöffnet und den Gedanken der Transparenz staatlichen Handelns verankert“, sagt der Roland Jahn. Der frühere Regimegegner aus Jena, der 1983 aus der DDR zwangsausgebürgert wurde, ist nach Joachim Gauck und Marianne Birthler bereits der dritte Bundesbeauftragte für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes. Seit Anfang der 1990er Jahre haben in seiner Behörde fast zwei Millionen Personen einen Antrag gestellt. Noch 2014 wollten fast 68.000 Menschen wissen, was in ihren Akten steht. Fast immer geht es darum, Klarheit über die Vergangenheit zu schaffen. Die 1.600 Behördenmitarbeiter kümmern sich aber auch um Auskunftswünsche von Forschern und Journalisten, öffentlichen Stellen sowie von Gedenkstätten, Museen und Bildungseinrichtungen.

»Leuchtturm« Kaum jemand, der sich ernsthaft mit DDR-Geschichte auseinandersetzt, kommt an den Unterlagen im Stasi-Archiv vorbei. Deshalb gilt die Behörde, die in 14 früheren DDR-Bezirkshauptstädten Außenstellen unterhält und über einen Jahresetat von rund 100 Millionen Euro verfügt, auch als Leuchtturm in der sogenannten Erinnerungs- und Aufarbeitungslandschaft. Von seiner Strahlkraft profitiert nicht zuletzt eine Vielzahl von Einrichtungen und Initiativen – beispielsweise die Gedenkstätte in der ehemaligen zentralen Stasi-Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen, die Stiftung Berliner Mauer, die Erinnerungstätte im früheren Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde oder die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Vor diesem Hintergrund fällt es schwer sich auszumalen, wie die SED-Diktatur heute

Fast zwei Millionen Menschen haben einen Antrag auf Blick in ihre Akten gestellt.

»Alle Akten zu vernichten wäre nicht gut gewesen«

ANNETTE SAWADE Die SPD-Politikerin wurde von der Stasi verfolgt und verließ am 3. Oktober 1982 die DDR



Der 3. Oktober ist für mich ein ganz besonderer Tag. Nicht nur, weil vor 25 Jahren die Wiedervereinigung gesetzlich festgeschrieben wurde. Nein, auch weil ich am 3. Oktober 1982 die DDR verlassen habe. Als mein damaliger Mann und ich uns mit unseren Kindern und der Katze im Transportkarton am Bahnhof Friedrichstraße von den Ost-Freunden verabschiedet haben und gleich darauf von den West-Freunden begrüßt wurden – das war eine Situation, da bekomme ich immer noch Gänsehaut, wenn ich daran denke. Die DDR – das war nicht mein Land, nicht meine Regierung. Natürlich auch eine Folge der Prägung durch mein christliches Elternhaus. Mein Vater war Pfarrer und bei meiner Geburt schon 61. Seine Kinder aus erster Ehe lebten im Westen – so hatten wir enge Verbindungen nach dort, wenn auch nur einsei-

tig, was die Besuche anbelangt. Meine Schwester und ich waren nicht bei den Jungen Pionieren oder der FDJ und machten auch keine Jugendweine. Nur durch Bestleistungen in der Schule konnten wir die erweiterte Oberschule besuchen. Aber trotz eines Abiturs mit 1,0 erhielt ich keine Studienzulassung. Politisch unreif sei ich, sagte man meiner Mutter damals.

Dank eines privaten Kontaktes, habe ich einen Job als Hilfstierpflegerin im Tierpark Ostberlin ergattert. Später habe ich dann tatsächlich einen Studienplatz bekommen – in Chemie, nicht wie gewünscht in Biologie oder Medizin. Doch mir hat das Studium Freude gemacht. Aber eine Promotion wurde mir trotz des guten Diploms nicht ermöglicht. Was wir natürlich nicht wussten – aber ahnten: Die Stasi hatte uns schon länger im Blickfeld. In unserer Ostberliner Wohnung fanden zahlreiche Diskussionen und „Politfeiern“ auch mit Westberliner Gästen statt. Berichte darüber konnten wir später in unserer Akte nachlesen. Wir haben uns aber nicht beirren lassen und letztendlich gemacht, was wir für richtig hielten.

Als ich später meine Stasi-Akte gelesen habe ist mir schon mulmig geworden. Die Stasiakten haben uns tatsächlich verfolgt. Es wurde minutiös beschrieben, wann ich mich wohin



Annette Sawade (62, SPD) gehört dem Bundestag seit 2012 an.

bewegt habe und was ich getan habe. Es war einfach nur absurd. Was den Umgang mit den Stasiakten nach der Wende angeht: Alles zu vernichten, wäre nicht gut gewesen. Allerdings wurde auch selektiert. Bei bestimmten Leuten wurden die Akten nicht offen gelegt, was ich nicht in Ordnung finde. Außerdem waren unsere Akten, bevor wir sie erhielten, bereits gesichtet und ein großer Teil geschwärzt. Das hat mich

irritiert. Das bedeutet doch, dass schon wieder zensiert wurde. Möglicherweise um Leute zu schützen, aber wer durfte das bewerten? Ich selbst lebe inzwischen länger in Baden-Württemberg als ich vorher in der DDR gelebt habe. Mit den Baden-Württembergern bin ich von Anfang an sehr gut ausgekommen. Aber klar ist: Es gab und gibt natürlich Unterschiede. Am deutlichsten wird das bei der Frage der Gleichberechtigung. Als ich damals in Stuttgart gesagt habe, ich gehe Vollzeit arbeiten, waren sie verwundert. Nach dem Motto: Verdient denn ihr Mann nicht genug? Es kam ihnen nicht in den Sinn, dass ich mit meinem akademischen Abschluss arbeiten wollte und das für mich selbstverständlich war.

Ich bin in die Politik, und wegen der Ostpolitik von Willy Brandt, in die SPD eingetreten, weil ich etwas zurückgeben wollte, was mir die Bundesrepublik ermöglicht hat. Die Ausreise aus einem unfreien Staat, den Neustart in der Bundesrepublik und endlich die Chance, ohne Angst vor Repressalien politisch etwas bewegen zu können. Ich bin stolz darauf, dass mir gerade die Baden-Württemberger als einer Frau „aus dem Osten“ ihr Vertrauen gegeben haben und mich als eine ihrer Abgeordneten in den Bundestag gewählt haben.

Aufgeschrieben von Götz Hausding |

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Katja Falk aus Leipzig und Simone Kanz aus Stuttgart (beide Namen geändert) haben einander nie gesehen. Sie haben aber eine ziemlich klare Meinung übereinander. Sie könne nicht verstehen, sagt Kanz, wieso die Ostdeutsche zwei kleine Kinder habe und trotzdem 35 Stunden pro Woche arbeite. „Dann sind die ja beide den ganzen Tag in Fremdbetreuung. Dafür muss man doch keine Kinder bekommen.“ Umgekehrt stößt Kanz' Lebensmodell auf Unverständnis bei Falk: „Mit einem dreijährigen Kind den ganzen Tag daheim bleiben? Ich würde mich zu Tode langweilen. Und ich fände es ziemlich blöd, mich von meinem Partner finanzieren zu lassen. Zum Glück habe ich meinen Job und damit eigenes Geld.“

Vor 25 Jahren ist die Mauer gefallen. Aber wenn es um bestimmte Statistiken geht, erscheint auf der Deutschlandkarte plötzlich wieder das Bild zweier getrennter Staaten, ziemlich exakt dort geteilt, wo bis zum Herbst 1989 die innerdeutsche Grenze verlief. Und auch wenn ideologische Erwägungen weder für Katja Falk noch für Simone Kanz eine Rolle spielten, als sie sich für ein bestimmtes Lebensmodell entschieden: Mit den Parametern, die sie dafür gewählt haben, stehen sie exemplarisch für all das, was Deutschland auch heute noch trennt – jedenfalls wenn es um Familienmodelle geht.

Simone Kanz, gelernte Handelskauffrau, hat ihre Tochter mit 33 Jahren bekommen und ist nach der Geburt „völlig selbstverständlich“ daheim geblieben. Ab Herbst soll die Dreijährige in den Kindergarten gehen, ihre Mutter wird dann wieder arbeiten. „Aber nur zehn Stunden die Woche. Ich will mir erst einmal anschauen, wie sie die Betreuung dort verkraftet und flexibel sein, wenn es nicht so laufen sollte wie gewünscht.“ Finanziell ist das kein Problem: Kanz ist seit 14 Jahren verheiratet und ihr Mann „verdient so gut, dass wir mein Gehalt nicht brauchen“. Gern hätte die Familie weitere Kinder, „am liebsten noch zwei“. Und für die würde die Stuttgarterin wieder mehrere Jahre im Job pausieren. Auf das wachsende Angebot an Krippen- und Kitaplätzen in ihrer Heimat würde sie nicht zurückgreifen wollen: „Ich glaube nicht, dass eine Betreuung außer Haus für so kleine Kinder wirklich gut ist. Die brauchen doch eher die Geborgenheit daheim. Diese Nähe kann keine Erzieherin bieten, wenn sie sich gleichzeitig um fünf oder mehr Kinder kümmern muss.“

Für die Arzthelferin Katja Falk war es dagegen klar, dass sie nach der Geburt ihres Sohnes vor sechs Jahren nur zwölf Monate pausieren würde. „Länger hätte ich das nicht gewollt. Ich bin nicht so der Typ, der auf dem Spielplatz oder in der Krabbelgruppe Erfüllung findet. Außerdem wäre es finanziell dann ganz schön knapp geworden.“ Deshalb will sie auch sofort wieder arbeiten, wenn ihre im April geborene Tochter ein Jahr alt wird. Um Erziehung und Haushalt kümmert sie sich dann nahezu allein: Ihre Lebensgefährtin arbeitet als Gerüstbauer in Nordrhein-Westfalen und kommt nur am Wochenende nach Hause. „Dort verdient er mehr. Und für mich ist es kein Problem, unter der Woche alleinerziehend zu sein: Meine Eltern sind geschieden, ich kenne das nicht anders. Ich hätte nie im Leben auf Kinder verzichtet, nur weil unsere Rahmenbedingungen vielleicht nicht perfekt sind.“

Deutliche Unterschiede Keine dieser Aussagen dürfte Michaela Kreyenfeld zum ersten Mal hören. Die beiden Frauen verkörpern das, was die Soziologin und Leiterin der Forschungsgruppe „Lebenslauf, Sozialpolitik und Familie“ am Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock in ihren Erhebungen häufig verzeichnet. „Wenn es um den Bereich der Familie geht, sind die Unterschiede in den Einstellungen und Verhaltensweisen zwischen in

Zwei Lebenswelten

FAMILIE Wenn es um die Einstellungen zu Kinderbetreuung, Ehe und Erwerbstätigkeit von Müttern geht, ist Deutschland noch immer geteilt



Ab welchem Alter kann ein Kind in die Kita gehen? Wie viele Stunden sollte eine Mutter in der Woche arbeiten? Und müssen Mama und Papa eigentlich verheiratet sein? Fragen, auf die viele Frauen in Ost und West auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ganz unterschiedliche Antworten geben.

Ost- und Westdeutschland nach wie vor riesig.“ Das belegen auch sämtliche sozialwissenschaftliche Daten: So sind knapp 62,9 Prozent der ostdeutschen Mütter mit minderjährigen Kindern erwerbstätig und 59,7 der westdeutschen. Keine wirkliche Differenz. Riesige Unterschiede gibt es aber hinsichtlich des Erwerbsumfanges: So arbeitet in Westdeutschland nur jede vierte Mutter in Vollzeit, im Osten jede zweite. Im Osten sei es üblich, nach einem Jahr wieder in Vollzeit oder reduzierter Vollzeit von etwa 30 Stunden pro Woche einzusteigen, sagt Kreyenfeld. „Im Westen gehen dagegen die allermeisten Mütter in Teilzeit in ihren Job zurück und arbeiten dann 15

Stunden oder weniger pro Woche.“ Für diese Unterschiede gibt es hauptsächlich eine Erklärung: Angebot und Nachfrage nach institutioneller Kinderbetreuung. In Westdeutschland gibt es nach wie vor weniger Betreuungsplätze speziell für unter Dreijährige. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag zum Stichtag 1. März 2014 die Betreuungsquote bei unter Dreijährigen bei 27,2 Prozent – im Osten sind es 52 Prozent. An der Frage, ob eine frühe Betreuung für Kinder schädlich oder harmlos sei, würden sich auch ein Vierteljahrhundert nach der Wende die Geister scheiden, sagt Norbert Schneider, Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsfor-

schung. „Wenn wir fragen, wann und wie lange ein Kleinkind problemlos in einer Kita betreut werden kann, antworten uns westdeutsche Eltern, dass ab zwei Jahren etwa vier Stunden pro Tag ok seien. Ostdeutsche haben kein Problem damit, wenn anderthalbjährige Kinder sechs Stunden täglich betreut werden.“ Es gebe in Westdeutschland ein sehr starkes Mutterideal, das von Müttern fordere, „für eine bestimmte Zeit die eigenen Interessen und damit auch die Erwerbstätigkeit weitgehend ruhen zu lassen. Eine gute Mutter ist in dieser Lesart eine, die sich in Vollzeit kümmert – möglichst, bis die Kinder in die Schule kommen. Im Osten ist das kein

Leitbild.“ Genauso wenig übrigens wie die Idee, Eltern müssten zwangsläufig miteinander verheiratet sein: Längst wird in den neuen Bundesländern mehr als die Hälfte aller Kinder unehelich geboren. Im Westen dagegen erblickt die große Mehrzahl der Kinder das Licht der Welt in Familien, in denen Mutter und Vater verheiratet sind. Für diese Diskrepanz hat Forscherin Kreyenfeld zwei Erklärungen: Zum einen stelle die Ehe für die meisten ostdeutschen Frauen keine Voraussetzung zum Kinderkriegen dar, weil sie nicht auf die damit einhergehende materielle Absicherung angewiesen sind. Zum anderen spiele wohl die verbreitete Konfessionslosigkeit im Osten eine

Rolle. Das Zusammenleben ohne Trauschein sei hier vollkommen normal und gesellschaftlich in keiner Weise verpönt. Viele Wissenschaftler hätten kurz nach 1989 der „mächtigen These“ angehangen, Ost und West würden sich nun schnell angleichen, sagt Norbert Schneider, insbesondere, weil im Westen eine längst ausstehende Modernisierung einsetzen werde. „Ich habe daran nie geglaubt. Und wir sehen ja heute, dass wir es mit dauerhaften Divergenzen zu tun haben, die sich vorerst auch nicht auflösen werden.“

Blick in die DDR-Vergangenheit Um zu verstehen, warum die Einstellungen in Ost und West so hartnäckig differieren, wenn es um die Familie geht, hilft ein Blick in die Vergangenheit. In der DDR war eine Beschränkung von Müttern auf Haus- und Familienarbeit nicht gewollt; gemäß der Verfassung des sozialistischen deutschen Staates hatten alle arbeitsfähigen Männer und Frauen ein „Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit“. Das Lohnsteuersystem begünstigte die Vollzeitberufstätigkeit von Frauen, ein flächendeckendes System von Kinderbetreuungseinrichtungen stellte die praktische Vereinbarkeit von Job und Familie sicher. Gleichzeitig wurde eine frühe Elternschaft durch finanzielle Anreize gefördert. Mit der Einführung eines bezahlten Babyjahres Mitte der 1970er Jahre schnellte die Quote nicht ehelich geborener Kinder nach oben und blieb in den Folgejahren stabil. Der Grund: Die Regelung bevorzugte zunächst unverheiratete Frauen, weil sie die Freistellung schon beim ersten Kind in Anspruch nehmen konnten, Verheiratete erst beim zweiten. Im Westen dagegen war das Zusammenleben unverheirateter Paare bis 1973 verboten; Rechtsprechung und Familienpolitik setzten klar auf die Versorgung und das Ernährer-Hausfrauen-Modell. Das 1958 eingeführte Ehegattensplitting machte dieses Leitbild auch finanziell attraktiv. Inzwischen präferiert die Politik ein anderes Modell. Und auch die Rechtsprechung setzt etwa mit Urteilen zum Unterhalt klar darauf, dass auch Mütter kleiner Kinder arbeiten – und zwar mehr als nur in geringer Teilzeit. Nichteelich geborene Kinder sind denen verheirateter Eltern längst gleichgestellt. Man kann das durchaus so sehen: Das staatlich gewünschte Modell hat sich Richtung Osten verschoben. Doch die tradierten Rollenmodelle sind tief in den Menschen verankert; Gefühle und Werte ändern sich langsamer als Gesetze und Rechtsnormen.

Langsamer Wertewandel Dennoch sind Forscherinnen wie Michaela Kreyenfeld und Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, deutlich optimistischer als Norbert Fleischer, wenn es um die Wandlung der Familienbilder geht. In ihrer populären Brigitte-Studie kommt Allmendinger immer wieder zu dem Ergebnis, dass sich die Vorstellungen west- und ostdeutscher Frauen gar nicht mehr so stark unterscheiden: Sie alle würden sich Kinder und finanzielle Unabhängigkeit wünschen. „Sie wollen arbeiten und zwar mehr als Teilzeit. Und sie wollen ein partnerschaftliches Lebensmodell.“

Für eine größere Vielfalt an akzeptierten Modellen plädiert Norbert Schneider. Die fehle in Deutschland derzeit noch. „Wir haben im Moment kein positives Modell. Egal, wie Eltern leben: Ob in der klassischen Hausfrauenehe oder als Doppelverdiener-Paar: Sie laufen immer Gefahr, kritisiert zu werden. Mehr Akzeptanz für die Vielfalt der Lebensmodelle: Die würde vielleicht auch dafür sorgen, dass Frauen wie Katja Falk und Simone Kanz einander mit weniger Vorbehalten sehen würden. Denn bei allen großen Unterschieden eint sie eine Überzeugung: dass das Leben mit Kindern ein riesiger Gewinn ist, auf den sie nie mehr verzichten möchten.“ *Susanne Kailitz*

»Es ist für die Mütter schlicht eine ökonomische Notwendigkeit zu arbeiten«

SONJA STEFFEN Die SPD-Abgeordnete sieht in der Betreuungssituation von Kindern den letzten großen Unterschied zwischen Ost und West



Eigentlich hatte ich nur einen schönen Sommer an der Ostsee geplant, als ich 1995 nach Brandenburg ging. Ich bin in der Eifel geboren, habe in Köln Jura studiert und wurde dann von meiner Kanzlei „verschickt“, um Umschüler in Sachen öffentliche Verwaltung auszubilden. Damals hatte ich erst ein Kind, da erschien es mir ganz unproblematisch, meine Sachen zu packen und mich auf ein paar Monate am Meer einzustellen. Dass alles dann so ganz anders kommen würde, habe ich damals nicht geahnt.

Zuerst habe ich den Wechsel von West nach Ost gar nicht als so gravierend emp-

funden. Ich zog von einem Dorf in ein anderes, die Lebensumstände habe ich als sehr ähnlich empfunden. Die Mentalitätsunterschiede lagen eher am Nord-Süd-Gefälle: In der Eifel quatscht man gern, der Norddeutsche kann eher brummelig sein. Wirklich gravierende Unterschiede sind mir eigentlich erst aufgefallen, als ich der Liebe wegen blieb und noch zwei Töchter bekam. In Westdeutschland ist es ja bis heute häufig so, dass Frauen nach der Geburt ihrer Kinder höchstens halbtags wieder arbeiten. Das ist ein Riesenschied zu Ostdeutschland: Hier steigen die Frauen in Vollzeit wieder ein. Als in zwischen selbstständiger Anwältin blieb mir selbst auch gar nichts anderes übrig, als schnell wieder weiter zu arbeiten – und ich habe es immer als wohlthuend empfunden, deshalb nicht schräg angeschaut zu werden. Hier im Osten muss man sich da auch überhaupt keine Gedanken machen: Man meldet das Kind in der Kita an, fertig. Da muss man keine Sorgen haben, dass es eventuell keinen oder vielleicht nur einen Halbtagsplatz geben könnte.

Natürlich beneide ich manchmal diejenigen Frauen, die reduziert oder sogar überhaupt nicht arbeiten – ich glaube, das geht jeder Frau so, die versucht, Vollzeitjob und Familie unter einen Hut zu bekommen. Aber ganz ehrlich? Spätestens 13 Uhr daheim das Essen auf den Tisch bringen und dann die Kinder zum Sport oder zur Musikschule fahren zu müssen, wäre auch nicht mein Traum. Als in zwischen Alleinziehende könnte ich meinen und den Lebensunterhalt meiner Kinder so auch nicht bestreiten. Und ich finde auch überhaupt nicht, dass das sein muss. Hier im Osten gibt es eine tolle Ganztagsbetreuung mit gut qualifiziertem Personal. Die Kinder haben in der Kita oder später im Hort ganz viele Angebote, die ich dann nicht auf eigene Faust selbst organisieren muss. Das ist doch großartig! Ob wir damit im Osten Trendsetter sind, weiß ich nicht. Letztlich sehe ich in der Familienpolitik und der Betreuungssituation auch kleiner Kinder inzwischen den letzten großen Unterschied zwischen den beiden Landesteilen. Ich habe hier zum Beispiel noch nie jemanden getroffen, der das Be-

treuungsgeld in Anspruch genommen hätte. Wenn die Frauen in meinem Umfeld sich das durchrechnen, geben ihnen diese 150 Euro keine Wahlfreiheit. Es ist deshalb gut, dass das Bundesverfassungsgericht im Juli 2015 das Betreuungsgeld gekippt hat.



Sonja Steffen (51, SPD) gehört dem Bundestag seit 2009 an.

Wir müssen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die frühkindliche Bildung fördern. Und wir müssen die Kinderbetreuungsmöglichkeiten ausbauen. Mit dem Betreuungsgeld werden bildungs- und familienpolitisch völlig falsche Signale gesetzt. Ich glaube, ein großer Unterschied zwischen Ost und West besteht auch im Vertrauen gegenüber staatlichen Institutionen. Hier im Osten gibt es dieses Misstrauen, der Staat könne die Kinder irgendwie indoktrinieren, einfach nicht. Im Westen scheint das größer zu sein. Manchmal bin ich mir aber nicht sicher, ob das Argument, nur eine Mutter könne sich richtig gut um die Kinder kümmern, nicht auch vorge-schoben ist, um das eigene Lebensmodell zu rechtfertigen. Man hat da wohl das Gefühl, man müsse begründen, warum man als Mutter nicht oder nur reduziert arbeitet und schiebt dann gelegentlich vor, es ginge da rein ums Kindeswohl. Vielleicht ist im Westen aber auch dieser Individualisierungsdruck größer; das Bestreben, die Kinder nach einem Plan aufwachsen zu lassen und jede Ressource optimal zu nutzen. Ich finde es gut, wenn ein Kind in der Kita mal

eine Stunde ganz unbehelligt im Sandkasten spielt, anstatt nach einem durchdachten Konzept gefördert zu werden. Ich sehe einfach, dass wir hier im Osten schon stärker das leben, was im Westen auch kommen wird. Mehr als die Hälfte der Kinder in der Klasse meiner Tochter lebt in Familien, in denen sich die Eltern getrennt haben. Da ist es für die Mütter schlicht eine ökonomische Notwendigkeit zu arbeiten. Ich bin aber überzeugt, dass ihnen das gleichzeitig auch Freiheit gibt: Wer selbst für sich sorgen kann, ist einfach nicht gezwungen, in einer Beziehung auszuharren, die nicht mehr glücklich ist. Für die Selbstbestimmung der Frauen ist es meiner Meinung nach ein Glück, dass die traditionelle Versorgungsebene inzwischen zum Auslaufmodell geworden ist.

Aufgezeichnet von Susanne Kailitz





Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD, linke Reihe Mitte) mit iranischen Vertretern bei den Atomgesprächen zwischen dem Iran und der 5+1-Gruppe im Juli. Die Gruppe besteht aus den fünf ständigen UN-Sicherheitsratsmitgliedern China, Frankreich, Großbritannien, Russland und den USA – und Deutschland.

Abschied von der Sonderrolle

AUSSENPOLITIK Das vereinte Deutschland reagierte auf Krisen und Kriege in der Welt zunächst nur zögerlich

Es war im November 2011, als ein ungewöhnlicher Appell aufhorchen ließ. „Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit“, erklärte damals der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski in Berlin und forderte die Deutschen als wichtigste europäische Wirtschaftsmacht und Europas „unverzichtbare Nation“ auf, Reformen in der EU voranzutreiben: „Sie dürfen nicht versagen zu führen.“ Dass dies ausgerechnet der Vertreter eines Landes verlangte, das in der Vergangenheit unter dem Missbrauch deutscher Macht besonders gelitten hatte, machte Sikorskis Thesen provokant. Denn vor dem Begriff Führung in der EU sind deutsche Politiker in den inzwischen bald 25 Jahren seit der Wiedervereinigung meist zurückgeschreckt. Zu tief sitzt die Furcht, Gegenkräfte und das Gespenst eines „Vierten Reiches“ in Europa zu wecken. Britische und französische Ängste vor der Dominanz des Landes mit der größten Bevölkerung und der stärksten Wirtschaft in Europa hatten die Einheit nicht verhindern können. Doch Paris bestand als Preis dafür, dass die D-Mark abgeschafft wurde, die mancher Franzose als „Nuklearwaffe“ ansah. Der überzeugte Europäer Helmut Kohl (CDU) willigte als Kanzler ein, dass die gemeinsame Währung der politischen Union Europas zeitlich vorausging. Darin sehen viele Beobachter heute einen Konstruktionsfehler, der nur durch weitere Integration zu beheben sei.

Außenpolitisch lässt sich das Vierteljahrhundert seit der Einheit als ein Prozess verstehen, in dem die Bundesrepublik in mal kleineren, mal größeren Schritten und trotz mancher zwischenzeitlicher Rückschläge Abschied genommen hat von der deutschen Sonderrolle. Die bestand darin, die Verantwortung für die Weltordnung meist anderen zu überlassen. Die westlichen Partner und die Vereinten Nationen hatten das vereinte Deutschland nun gedrängt, mehr außenpolitische, auch mehr militärische Verantwortung zu übernehmen.

Auslandseinsätze Die größer gewordene Bundesrepublik reagierte auf Krisen und Kriege in der Welt zunächst zögerlich und widersprüchlich. Im Golfkrieg um Kuwait beteiligte sie sich nicht militärisch, sondern kaufte sich mit 20 Milliarden D-Mark frei. Die Zerfallskrise Jugoslawiens beschleunigte die Bundesregierung, weil die Europäische Gemeinschaft auf ihren Druck hin Slowenien und Kroatien anerkannte, ohne über die Möglichkeit militärischer Abschreckung zu verfügen. Erste Auslandseinsätze der Bundeswehr in Kambodscha und Somalia setzte die Bundesregierung trotz innenpolitischer Widerstände durch. Es war ausgerechnet dann die rot-grüne Bundesregierung, die neue Wege beschritt. Einer ihrer ersten Entscheidungen war der Einsatz deutscher Kampfflugzeuge im Kosovokrieg. Nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001 schickte sie deutsche Soldaten nach Afghanistan und zeigte sich

diplomatisch kreativ: Auf dem Petersberg in Bonn setzte sie einen inner-afghanischen Versöhnungsprozess mit internationaler Unterstützung auf Gleis. Das Nein von Rot-Grün zum Irakkrieg von US-Präsident George W. Bush bedeutete trotz politischer Risiken und diplomatischer Regelbrüche keinen Rückfall in die Zeit des Abseitsstehens. „Außenpolitisch vollzog sich ein gewaltiger Strategieumschwenk, man trug neue Verantwortung auf der internationalen Bühne, ging Risiken ein, lehnte jedoch Abenteuer ab“, bilanziert der Historiker Edgar Wolf.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) normalisierte nach 2005 die strapazierten Beziehungen zu den USA und übernahm gemeinsam mit der SPD noch mehr internationale Verantwortung, so beim Marineinsatz zur Sicherung der Küste vor dem Libanon oder der Bekämpfung von Piraterie am Horn von Afrika. Im zweiten Kabinett Merkel setzte dann Außenminister Guido Westerwelle (FDP) wichtige Akzente. Es war auch seinem Leitbild der „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ geschuldet, dass sich Deutschland im Jahr 2011 bei der Abstimmung über die Libyen-Resolution im UN-Sicherheitsrat als einziges westliches Land enthielt, was bei den Partnern Zweifel an der Verlässlichkeit weckte.

Drei Jahre später warteten dann Herausforderungen auf die deutsche Außenpolitik, die 2014 zum „Epochenjahr“ machen, wie Heinrich August Winkler konstatiert. Gemeint sind der Bruch der europäischen Friedensordnung durch den russischen Angriff auf die Ukraine und die Kampfansage an westliche Werte durch den islamistischen Terror, der in seiner besonders extremen Form „Islamischer Staat“ (IS) große Teile Syriens und des Iraks einnahm.

Noch vor der russischen Annexion der Krim hatten Bundespräsident Joachim Gauck, Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) Anfang 2014 für eine aktivere deutsche Außenpolitik geworben. Der Realitätscheck begann nur wenige Wochen später. Für die Einigkeit und Handlungsfähigkeit der EU, deren Mitgliedsländer auf sehr unterschiedliche historische Erfahrungen zurückblicken, bedeutete die russische Aggression gegen die Ukraine eine existenzielle Herausforderung. Vor allem dem deutschen Einsatz für einen Verhandlungsprozess mit den Konfliktpartnern und Berlins Vermittlung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten war es zu verdanken, dass bis heute Lösungswege für den Konflikt offen gehalten werden konnten und alle EU-Partner die Sanktionen gegen Moskau mittragen.

Auf die Attacke der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) gegen ganze Bevölkerungsgruppen und ihre überraschende Machtausdehnung reagierte die Bundesregierung dann nicht nur mit diplomatischen Mitteln. Sie brach mit dem Tabu, wonach es keine Waffenlieferungen in Krisengebiete geben soll, und schickte den kurdischen Peshmerga Ausrüstung und Ausbildungshilfe.

Die Verbündeten zeigten sich beeindruckt von Berlins Einsatz zur Stabilisierung der Ukraine, der Grundsatzentscheidung im Kampf gegen den IS und auch dem großen Engagement Deutschlands im Kampf gegen die Ebola-Seuche in Westafrika. Als US-Außenminister John Kerry im Oktober 2014 Berlin besuchte, pries er die Gastgeber für mutige Entscheidungen und lobte deren weltweite Führungsrolle („global leadership“). Auch Washington ist angewiesen auf stärkere Eigenleistungen seiner Verbündeten. Der „unipolare Moment“ am Ende des Kalten Krieges ist längst vorbei, als der „Weltpolizist“ USA den Globus dominierte. Zudem relativiert der Aufstieg der Schwellenländer die amerikanische Macht in einer nun „multipolaren Welt“ noch weiter.

Frustrierendes Paradox Nach eineinhalb Jahren lässt sich sagen: Die deutsche Außenpolitik hat ihr Versprechen eines stärkeren Engagements erfüllt, muss aber zugleich mit einem frustrierenden Paradox leben. In einer „Welt in Unordnung“ (Steinmeier) bringen gesteigerte Anstren-

gungen zwar die Achtung der Verbündeten ein, in vielen Fällen aber nicht die gewünschte Stabilisierung. Anlass zu Hoffnung gibt zumindest das Atomabkommen mit dem Iran, dessen Zustandekommen auch deutscher Einsatz ermöglichte. Es gleicht einer Wette darauf, dass der Iran das Ende der Sanktionen nutzen wird, um eine Region in Auflösung ein wenig sicherer zu machen.

Für das Verhältnis Deutschlands zu seinen EU-Partnern war das Ringen um das dritte Hilfspaket für Griechenland in diesem Juni ein entscheidendes Moment. Kritiker deuteten Deutschlands harte Haltung als Durchbruch eines nun nicht mehr verdeckten Hegemonialanspruchs über Europa, die Befürworter sehen einen Beitrag zur Rettung der EU und loben die Verteidigung von Regeln, ohne die der Euro nicht funktionieren könne. Zu welcher Seite die Historiker einmal neigen werden, hängt auch davon ab, wie das griechische Experiment ausgeht und ob Deutschland künftig in anderen europäischen Streitfällen Wege findet, sich kompromissfähiger zu zeigen und mehr Partner zu überzeugen, ohne seine eigenen Stärken zu beschädigen. Fest steht heute nur: Kritik muss die lange unwillige Führungsmacht in der EU immer ernst nehmen. Es muss sie aber notfalls auch aushalten.

Hans Monath

Der Autor ist Redakteur des „Tagesspiegels“.

Das Nein zum Irakkrieg bedeutete keinen Rückfall in die Zeit des Abseitsstehens.

Anzeige



Deutscher Bundestag

Medienpreis Politik des Deutschen Bundestages ausgeschrieben

Seit 1993 vergibt der Deutsche Bundestag einen Medienpreis Politik. Dieser würdigt hervorragende publizistische Arbeiten – sei es in Tages- oder Wochenzeitungen, in regionalen oder überregionalen Medien, in Printmedien, Online-Medien oder in Rundfunk und Fernsehen –, die zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen und zur Beschäftigung mit den Fragen des Parlamentarismus anregen. Die Auszeichnung ist mit 5.000 Euro dotiert und wird vom Präsidenten des Deutschen Bundestages verliehen.

- Der eingereichte Beitrag muss zwischen dem 1. Oktober 2014 und dem 30. September 2015 erschienen sein. Einsendeschluss ist der 5. Oktober 2015.
- Es werden sowohl Eigenbewerbungen als auch Benennungen durch Dritte berücksichtigt.
- Dem Bewerbungsschreiben sind zehn Exemplare der zur Auszeichnung vorge-schlagenen Arbeit bzw. Arbeiten und ein Lebenslauf des Autors bzw. Lebensläufe der Autoren beizufügen.

Die Auswahl der Preisträgerin oder des Preisträgers erfolgt durch eine unabhängige Fachjury aus sieben renommierten Journalistinnen und Journalisten.

Bewerbungen oder Rückfragen sind an folgende Adresse zu richten:

Deutscher Bundestag
Wissenschaftliche Dienste
Fachbereich WD 1 – Geschichte, Zeitgeschichte und Politik –
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (030) 227-38630, Fax: (030) 227-36464
Mail: vorzimmer.wd1@bundestag.de
Internet: www.bundestag.de/medienpreis

»Heimat ist da, wo die vertrauten Menschen sind«

FRANK HEINRICH Der gebürtige Siegener und heutige CDU-Abgeordnete zog 1997 als Offizier der Heilsarmee nach Chemnitz



1997 bin ich nach Chemnitz gekommen. Vorher habe ich mit meiner Familie in Freiburg gelebt. Der Umzug war nicht unsere Entscheidung: Als Offiziere der Heilsarmee wurden meine Frau und ich mit einem Dienstauftrag nach Sachsen geschickt. Ganz ehrlich: Am Anfang hat die Stadt uns nicht verückt. Wenn Sie damals die Zentralhaltestelle am Abend und bei Regen gesehen haben, war das kein Ort, an dem man sich spontan heimisch gefühlt hätte. Aber zum Glück kannten wir schon einige Menschen dort, ich war schon ganz früher

mal im damaligen Karl-Marx-Stadt gewesen. Deshalb hatten wir keine Schwierigkeiten, uns zu akklimatisieren. Ich bin sowieso immer der Meinung, Heimat ist da, wo die vertrauten Menschen sind. Heute ist Chemnitz schon lange unsere Heimat. Dass ich gebürtiger Westdeutscher mit Geburtsort Siegen bin, spielt hier eigentlich gar keine Rolle. Wir haben bei den beiden Bundestagswahlkämpfen, die ich bislang mitgemacht habe, vorher immer ein bisschen befürchtet, das könne ein Thema und vielleicht sogar eine offene Flanke sein. Aber dann bin ich auf der Straße vielleicht zweimal danach gefragt worden. Dass ich 2009 und 2013 für die CDU in Chemnitz Direktmandate geholt habe, spricht ja auch dafür, dass es da offenbar keine Berührungängste gibt. Wo ich aber tatsächlich noch einen Unterschied zwischen Ost und West sehe, ist die Wahrnehmung der Außenpolitik. Ich glaube, Bundestagsabgeordnete im Westen sind bislang nicht das gefragt worden, was bei mir immer mal wieder Thema ist: Warum sich denn Kanzlerin Merkel (CDU) so durch den US-Präsidenten bevormunden lässt. Hier gibt es schon so eine Tendenz, die Auslandseinsätze der Bundeswehr und der Nato-Partner mit einer gewissen Skepsis zu betrachten. Und nicht umsonst hat ja die Bewegung der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung



Frank Heinrich (51, CDU) gehört dem Bundestag seit 2009 an.

des Abendlandes“ mit ihrer starken Kritik an den USA in Sachsen so großen Zulauf. In Thüringen gibt es sogar die „Europäer gegen die Amerikanisierung des Abendlandes“. In meinen Bürgersprechstunden kommt das immer wieder auf den Tisch. Die Leute wollen auch wissen, warum die Wahrnehmung Russlands in den deutschen Medien und im Bundestag so kritisch ist. Mir wird häufig signalisiert, Putin sei längst nicht so böse, wie er immer dargestellt werde. Natürlich sind solche Unterhaltungen immer nur Momentaufnahmen und eignen sich

schlecht zur Verallgemeinerung. Und natürlich wissen die Leute, die zu mir kommen, in der Regel auch, dass ich mich selbst ja immer schwer getan habe mit der Zustimmung zu den Auslandsentsätzen der Bundeswehr. Ich war selbst Wehrdienstverweigerer. Ich hoffe, dass das Vertrauen, das mir wegen meiner Haltung bezüglich der Einsätze entgegen gebracht wird, auch die Herzen öffnet für mein Plädoyer für eine Lösung unserer akuten Flüchtlingsproblematik – auch wenn ich weiß, dass die Ressentiments in meiner Heimat gegenüber Asylsuchenden nicht klein sind. Als ehemaliger Pastor und Mensch in doch sehr privilegierten Lebensumständen kann ich mich mit den Katastrophen, wie sie auf dem Mittelmeer wieder und wieder passieren, nicht abfinden. Ich habe deshalb eine Schülerprojektwoche zum Thema Asyl gemacht, bei der junge Chemnitzer mit einer Flüchtlingsfamilie und ihrem Paten ins Gespräch kommen konnten. Ich habe einen syrischen Flüchtling gefragt, ob es nicht schwer war, sein Land zu verlassen. Er sagte: „Wenn in Deiner Straße Bomben fallen, ist es leicht, die Heimat zu verlassen.“ Natürlich vermisse seine Familie vieles in Damaskus. „Aber wir wissen auch, dass es das, was wir vermessen, nicht mehr gibt.“ Diesen Austausch brauchen wir, um einander verstehen zu können.

Aufgezeichnet von Susanne Kalitz



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Die Bilder bleiben unvergessen: Im Sommer 1997 schufen bis zu 30.000 Soldaten der Bundeswehr zusammen mit unzähligen zivilen Helfern entlang der Oder, um ein Brechen der vom Jahrhunderthochwasser bedrohten Deiche zu verhindern. Der gemeinsame Einsatz von Soldaten aus Ost und West wurde zum Sinnbild der „Armee der Einheit“ und weckte bei vielen Deutschen vielleicht erstmals ein tieferes Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit und Solidarität. „An den Deichen der Oder hat die deutsche Nation im Jahre sieben der Einheit ihre Bewährungsprobe bestanden“, meinte der damalige brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) in einer Rede vor dem Bundestag. Der Beitrag der Bundeswehr zur inneren Einheit Deutschlands ist stets gerne betont worden. Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU), der die Eingliederung der Soldaten der Nationalen Volksarmee der DDR (NVA) in die Bundeswehr zu verantworten hatte, bezeichnete sie als „Schrittmacher der Einheit“. Sein späterer Amtsnachfolger Peter Struck (SPD) attestierte der Truppe, sie habe gezeigt, „was erreichbar ist, wenn Deutsche aus Ost und West aufeinander zugehen und sich mit Tatkraft einer neuen gemeinsamen Aufgabe zu stellen.“ Sie sei „von Anfang an ein Vorbild und Vorreiter“ bei der Verwirklichung der inneren Einheit gewesen.

Auflösung der NVA Doch ganz so ungegrübelt ist das Bild der „Armee der Einheit“ nicht, denn für viele Berufssoldaten der NVA bedeutete die Einheit auch ein Ende ihrer militärischen Karriere. Am 3. Oktober 1990 werden zunächst rund 90.000 NVA-Soldaten und 47.000 Zivilangestellte in die Bundeswehr eingegliedert. Die Vorstellung des DDR-Verteidigungsministers Rainer Eppelmann (CDU), die NVA für eine Übergangsphase neben der Bundeswehr bestehen zu lassen, scheitert am Nein aus Bonn. „Ein Staat – eine Armee“, hält ihm sein West-Kollege Stoltenberg entgegen. Die nun gesamtdeutschen Streitkräfte wachsen über Nacht auf eine Stärke von annähernd 600.000 Mann an. Deutschland hat sich jedoch im Zwei-Plus-Vier-Vertrag verpflichtet, seine Armee bis Ende 1994 auf maximal 370.000 Soldaten abzurufen.

Rund 60 Prozent der ehemaligen NVA-Offiziere und -Unteroffiziere scheiden in den ersten Monaten zwar freiwillig aus der Bundeswehr aus. Generäle und Admiräle werden von der Bundeswehr prinzipiell nicht übernommen, da ihnen eine zu große ideologische Nähe zum SED-Regime attestiert wird. Etwa 12.000 Offiziere und ebenso viele Unteroffiziere aber streben eine Karriere in jener Armee an, die noch kurze Zeit vorher schlichtweg als „der Feind“ galt.

6.000 Offiziere und 7.800 Unteroffiziere werden zunächst für zwei Jahre als Zeitsoldaten übernommen. Etwa 90 Prozent von ihnen stellen schließlich einen Antrag auf Übernahme als Berufssoldaten. Von den Offizieren wird schließlich jedoch nur jeder zweite in den Streitkräften verbleiben. Etwa 20 Prozent werden nach ihrer Überprüfung durch die Stasi-Unterlagenbehörde wegen Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit vorzeitig entlassen, die übrigen wegen fehlender Eignung. Im Jahr 1998 beziffert das Verteidigungsministerium die Zahl der in die Bundeswehr integrierten NVA-Soldaten mit 11.000.

Für Verärgerung bei ehemaligen DDR-Soldaten sorgte auch der Umstand, dass ihr Sold vorerst nur 60 Prozent von dem eines West-Soldaten betrug. Die Offiziere wurden zudem meist nur mit einem niedrigeren Dienstgrad übernommen, weil die Struktur der NVA eine gänzlich andere war und eine wahre Flut an höheren Offizieren hervorgebracht hatte. Dass die Bundeswehr trotz dieses schwierigen, letztlich aber erfolgreichen Prozesses als „Schrittmacher

Seite an Seite

BUNDESWEHR Die Truppe galt als Schrittmacher der Einheit. Heute bezeichnen sie Kritiker als Armee einer ostdeutschen Unterschicht



Soldaten beim Stapeln von Sandsäcken während der Oderflut 1997

© picture-alliance/opa

der Einheit“ angesehen wird, liegt nicht zuletzt auch an der Wehrpflicht. Häufig dienten Wehrpflichtige Seite an Seite mit den bislang noch fremden „Brüdern“ aus Ost und West.

Neue Aufgaben Inzwischen hat sich das Bild der deutschen Streitkräfte jedoch grundlegend geändert. Von den ehemals anvisierten 370.000 Soldaten sind durch die mehrfachen Reformen lediglich 180.000 geblieben. Und aus der ehemaligen Verteidigungs- und Bündnisarmee ist eine Einsatzarmee geworden, die weltweit zusammen mit ihren internationalen Partnern operiert – auch in Kampfeinsätzen. Neben diesem Aufgabenwechsel stellt die Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 den zweiten gravierenden Einschnitt dar. Kritiker warnen vorab, dass das Leitbild vom „Bürger in Uniform“ Schaden nehmen werde und die Truppe zu einer Armee der Unterprivilegierten werden könnte. Bereits zwei Jahre zuvor hatte der Historiker

Michael Wolffsohn von der Bundeswehr-Universität München eine „Ossifizierung“ angeprangert. Rund 30 Prozent der Soldaten komme aus den neuen Ländern, in denen aber nur 20 Prozent der Deutschen leben. Und der Bundestagabgeordnete Peter Hettlich (Bündnis 90/Die Grünen) präsentierte Zahlen, nach denen fast jeder zweite der 6.400 Soldaten, die im Kosovo oder in Afghanistan im Einsatz sind, aus dem Osten stammt. „Vor allem in den sozial niederen Stufen sind Ostler überrepräsentiert“, monierte der Leipziger Abgeordnete. Auch die Linksfraktion hält der Bundesregierung regelmäßig vor, der freiwillige Wehrdienst und der zivile Bundesfreiwilligendienst seien zum Notnagel für Arbeitslose und perspektivlose Jugendliche aus dem Osten geworden. Zumindest bei den freiwillig Wehrdienst leistenden bestätigen sich die Befürchtungen jedoch nicht. So meldete das Verteidigungsministerium im Oktober 2011, dass von den 4.589 Einberufenen 897, also

19,5 Prozent, aus den neuen Ländern einschließlich Berlin kommen. Nach Studien des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr verfügen rund 43 Prozent der Wehrdienstleistenden über die Hochschulreife und weitere 30 Prozent über die Mittlere Reife. Damit liegt ihr Bildungsniveau sogar über dem Bundesdurchschnitt. Das Institut bestätigt aber zugleich, dass die Bereitschaft unter den potenziellen Bewerbern für eine Karriere als Zeit- oder Berufssoldat in Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit höher ausfällt als in denen mit niedrigeren Quote. Diesen Befund kann man bedauern, aber eine Lösung des Problems böte nur die Rückkehr zur Allgemeinen Wehrpflicht. Dies ist aber politisch nicht gewollt, nicht zu finanzieren und macht auch militärisch keinen Sinn. Wehrpflichtige wird in Deutschland jedenfalls niemand in einen Auslandseinsatz schicken. Egal, ob sie aus dem Osten oder dem Westen des Landes kommen. **Alexander Weinlein**

So sehen die Nachbarn auf Deutschland

AUSLAND Berichte aus Frankreich, Polen und den Niederlanden



„Ich liebe Deutschland so sehr, dass ich froh bin, dass es zwei davon gibt.“

Der Satz, der dem Schriftsteller François Mauriac zugeschrieben wird, trifft die Haltung vieler Franzosen nach 1945. Als im November 1989 die Mauer fiel, hielt sich die Begeisterung im Nachbarland jedoch in Grenzen. In einer am 3. Oktober 1990 veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos gaben nur 37 Prozent an, sich über die Wiedervereinigung zu freuen. 27 Prozent zeigten sich besorgt und 32 Prozent gleichgültig. Auch Präsident François Mitterrand reagierte abwartend. „Es muss dringend verhindert werden, dass die wilden Pferde der Freiheit durchgehen und die Kutsche im Graben landet“, beschrieb die Zeitung „Le Monde“ die vorsichtige Haltung des sozialistischen Staatschefs, der im Dezember 1989 noch die sterbende DDR besuchte. Einen Monat später äußerte Mitterrand im Gespräch mit der damaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher die Sorge, dass Deutschland sich in Europa „mehr Boden als Hitler sichern könnte.“

In Frankreich herrschte Angst, dass ein wiedervereinigtes Deutschland mit plötzlich 80 Millionen Einwohnern zu stark werden könnte. „Achtung!“ titelte das Magazin der Zeitung „Le Figaro“ im Herbst 1990 auf Deutsch. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg war damals noch präsenter als heute: 48 Prozent der Franzosen fiel im Oktober 1990 als deutsche Persönlichkeit Adolf Hitler ein, nur 25 Prozent nannten Helmut Kohl. Jahrzehnte später hat sich der Blick auf die Deutschen gewandelt. Laut einer Ifo-Umfrage aus dem Jahr 2012 sind der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung die Ereignisse, die die Franzosen am stärksten mit Deutschland verbinden – deutlich vor dem Zweiten Weltkrieg. Vier Fünftel gaben an, ein eher positives Bild von Deutschland zu haben. Allerdings herrscht mehr Respekt als Sympathie für den Nachbarn. Das liegt wohl auch an den Qualitäten, die die Franzosen den Deutschen zuordnen: An erster Stelle stehen Ernsthaftigkeit und Strenge. **Christine Longin**

Die Autorin ist freie



Polens Blick auf seinen westlichen Nachbarn ist ein doppelter: Beim Wort „Deutschland“ denken die Polen an „Mercedes“, Wohlstand und Technik, und zugleich an „Auschwitz“ – an das KZ-System, das die Deutschen nicht nur aufgebaut, sondern auch nach Polen exportiert haben. Vor 1989 hatten viele Polen den Eindruck, das attraktive Westdeutschland sei das „echte Deutschland“, der SED-Staat dagegen ein unter Zwang errichtetes „rotes Preußen“. Oder, wie es ein polnischer Witz ausdrückte, „Der Dumme Rest (DDR)“. Die Meinung, die Mauer werde eines Tages fallen, war damals in Polen verbreiteter als in Deutschland.

So haben viele Polen, insbesondere Anhänger der Solidarność-Bewegung, die Einigung Deutschlands als natürlichen Vorgang empfunden, vergleichbar der Wiederherstellung Polens nach den Teilungen. Das Ende der von Moskau gestützten Diktaturen wurde als gemeinsame Befreiung gesehen. Nach 1989/90 prägte der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski das Wort von der deutsch-polnischen „Interessengemeinschaft“. Der

Schriftsteller Andrzej Szczypiorski verkündete: „Unser Weg nach Europa führt über Deutschland.“

Damals traten viele Befürchtungen allmählich in den Hintergrund. Wenn es sie gab, bezogen sie sich auf eine denkbare deutsche Dominanz, auf mögliche deutsch-russische Sonderbeziehungen oder auf die deutschen Vertriebenen, ihre Rechtsansprüche und das von ihnen propagierte Gesellschaftsbild.

Zwar gelten die Deutschen in Polen traditionell als fleißig und gründlich, aber zugleich als Menschen ohne Phantasie und Esprit. Dass viele Deutschen ein schlechtes Bild von Polen hatten und andererseits wenig über ihr Nachbarland wussten, wurde ihnen von vielen Polen lange übel genommen. Seitdem hat sich das Verhältnis aber beidseitig gebessert. Laut der Umfrage „Deutsch-polnisches Barometer“ bewerteten 2015 rund 66 Prozent der Polen die Beziehungen als „eher gut“ bis „sehr gut“, allerdings in jüngster Zeit wieder mit sinkender Tendenz. **Gerhard Gnauck**

Der Autor ist Korrespondent der „Welt“ in Warschau.



Am 21. Juni 1988 geht vom gewonnenen EM-Halbfinale der Niederlande gegen Westdeutschland vor allem ein Bild um die Welt. Torschütze Ronald Koeman wischt sich mit deutschem Nationaltrikot den Hintern ab. Ein Scherz? Vielleicht.

Tatsächlich haben in den späten 1980er Jahren wie Koeman viele Niederländer eine besonders schlechte Meinung von ihren deutschen Nachbarn. Selbst junge Menschen, die den Krieg und die deutsche Besatzung nicht mitgemacht haben, sind antideutsch. Eine Umfrage des Clingendael Instituts für Internationale Beziehungen unter niederländischen Jugendlichen stellt 1993 fest, dass mehr als die Hälfte der Jugendlichen ein negatives Deutschlandbild haben. 71 Prozent der Befragten finden Deutsche dominant, mehr als die Hälfte Deutsche arrogant, und nur 19 Prozent sehen Deutschland als ein friedliebendes Land.

Ton Nijhuis, Direktor des Duitsland Instituut an der Universität von Amsterdam, sieht den Grund für diese Aversion vor allem im Selbstbild der Niederländer. Als kleiner Nachbar hätten sie sich immer

schon am größeren Nachbarn und wichtigstem Absatzmarkt für Handel gemessen und gerieben. Nach den Weltkriegen sei ein Gefühl von zumindest moralischer Überlegenheit gewachsen.

Obwohl Ministerpräsident Lubbers 1989 eine deutsche Wiedervereinigung kritisch sieht und sich zunächst der abwehrenden Haltung Frankreichs und des Vereinigten Königreiches anschließt, sehen die meisten Niederländer die Wende positiv. Dieser Trend setzt sich seitdem durch.

Mit der EU-Osterweiterung rückt man noch weiter zusammen. Niederländische Medien berichten heute nicht nur mehr über deutsche Themen, sondern betonen auch auf einmal die Gemeinsamkeiten mit Deutschland. In den vergangenen Jahren sei ein neues, von Ressentiments befreites Verhältnis zwischen den Niederlanden und Deutschland entstanden, stellt der Historiker Jacco Pekelder fest. Nicht nur Berlin ist hipp, ganz Deutschland ist mittlerweile beliebtestes Feriendland der Niederländer. Das antideutsche Gefühl wird wohl nur im Fußball weiterleben. **Britta Behrendt**

Die Autorin ist freie Journalistin in Den Haag.

»Man muss klar sagen: Hier wurden nicht zwei Armeen fusioniert«

ROBERT HOCHBAUM Aus Sicht des CDU-Politikers verlief das Miteinander zwischen ehemaligen NVA-Soldaten und alten Bundeswehrkräften nach der Wiedervereinigung problemlos



Meine zwölf Jahre als Zeitsoldat bei den Feldjägern waren 1983 vorbei. Insofern habe ich den Übergang von Teilen der NVA in die Bundeswehr nur noch als Reserveoffizier miterlebt, aber doch intensiv beobachtet und mich später als Abgeordneter und Mitglied im Verteidigungsausschuss auch immer wieder mit dem Thema beschäftigt. Man muss klar sagen: Hier wurden nicht zwei Armeen fusioniert. Die NVA wurde abgewickelt und ein Teil von ihr – sowohl personell als auch materiell – ging in die Bundeswehr über. So wurden etwa die modernsten Militärflugzeuge (MiGs) übernommen, aber auch klimatisierte Aufsätze für LKWs, über die die Bun-

deswehr seinerzeit nicht verfügte. Von den NVA-Soldaten wurde ein geringer Teil übernommen und natürlich erstmal durchleuchtet, inwieweit sie systemnah oder gar Politoffiziere waren. Galten sie als politisch unbedenklich konnten sie – im Regelfall ein oder zwei Dienstgrade herabgesetzt – in der Bundeswehr weitermachen. Das Miteinander zwischen ehemaligen NVA-Soldaten und alten Bundeswehrkräften verlief weitgehend problemlos. Es waren schließlich alle Soldaten, und Soldaten haben ihre eigenen Prinzipien. Soldaten dienen und sind es gewohnt, in einer Befehlshierarchie zu leben. Außerdem hatten die NVA-Soldaten eine gute und solide Ausbildung. Leider wurden in den vergangenen Jahren aber Unterschiede zwischen den ehemaligen „West-“ und „Ost“-Soldaten, vor allem im Versorgungsbereich, immer deutlicher. Eine Problematik, der ich mich in meiner parlamentarischen Arbeit seit Jahren besonders widme. Es sollte ja die „Armee der Einheit“ sein. Vieles haben wir in den vergangenen Jahren dazu erreicht. Einiges, wie zum Beispiel die Anpassung der Hinzuverdienstgrenzen nach dem

Ausscheiden, ist noch zu erledigen. Was die Entwicklung der Bundeswehr zur Freiwilligenarmee angeht, so habe ich damit durchaus meine Probleme. Ja, im Herzen war ich gegen die Abschaffung der Wehrpflicht. Zum einen – das mag etwas altmodisch erscheinen – bin ich der Meinung, dass es niemandem schadet, in seinem Leben auch einmal etwas zu tun, zu dem man nicht unbedingt freiwillig bereit ist. Ich finde, die Zeit des Wehrdienstes war für viele eine wichtige und einmalige Erfahrung für das ganze Leben. Zudem ist es gut, selbst etwas für die Sicherheit seines Landes zu tun, denn die Welt ist im Grunde nicht sicherer geworden als beispielsweise zu Beginn der 1990er Jahre. Dass damals die Wende für viele Menschen in der DDR Probleme mit sich brachte, habe ich selbst hautnah erfahren. Anfang 1990 wurde deutlich, dass in der DDR so etwas wie ein Arbeitsamt-System aufgebaut werden sollte. Man rechnete nun mit Arbeitslosen, die betreut werden müssen. Ich war damals beim Arbeitsamt Karlsruhe tätig und habe meinem Chef schon sehr früh gesagt: Falls einmal Mitarbeiter für

den Osten gebraucht werden, würde ich das gerne machen. Und so kam man nur wenige Wochen später auf mein Angebot zurück und ich wurde in die Region Dessau geschickt, um die dortigen Mitarbeiter entsprechend auszubilden. Das war noch vor der Währungsunion und mit Sicherheit

der interessanteste Abschnitt meiner beruflichen Tätigkeit.

Da mir meine Arbeit mitten in der Aufbruchsstimmung sehr gut gefiel und ich zu den Menschen vor Ort einen sehr guten Draht fand, habe ich mich nach der Wiedervereinigung entschlossen, im Osten der Republik zu bleiben. Daher habe ich mich damals als Leiter der Arbeitsamts-Geschäftsstelle in Auerbach im Vogtland erworben und den Zuschlag bekommen. Es war eine schwierige, aber vor allem eine sehr erfüllende und sinnvolle Aufgabe. Ich wollte die Menschen beim Übergang von der alten in die neue Zeit, vom alten ins neue System unterstützen.

So haben wir die vielen Menschen, die aus ganz normalen Beschäftigungsverhältnissen heraus plötzlich auf der Straße standen, versucht, in neue Arbeit zu integrieren oder geholfen über die Zeit zu kommen, bis es wirtschaftlich wieder vorwärts ging. Bei vielen hat es geklappt – sie haben wieder Arbeit gefunden. Aber es gab auch Verlierer der Wende. Vor allem Ältere, die es trotz aller Unterstützungen nicht geschafft haben. Das sollte man nicht vergessen.



Robert Hochbaum (61, CDU) sitzt seit 2002 im Bundestag.

© Büro Hochbaum

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Weißer Rauch und klare Seen

UMWELT Die Deindustrialisierung in Ostdeutschland war für die Natur ein Segen. Aber einige Altlasten bleiben noch lange

Das Dreieck zwischen Bitterfeld, Leipzig und Halle gehörte vor 1990 zu den schmutzigsten Regionen Europas. Hier ballte sich die Chemie-Industrie der DDR, Kraftwerke verbrannten schwefelhaltige Braunkohle zur Stromerzeugung, und der Abbau der Kohle im Tagebau hinterließ tote Mondlandschaften. Das hatte auch Folgen für die Menschen: So hatten Kinder in Bitterfeld drei Mal so häufig mit Bronchitis zu kämpfen wie anderswo. Darüber wurde eisern geschwiegen, denn eine Anordnung des Ministerrats der DDR von 1982 machte Umwelthinformationen zur Verschlussache. Doch die Probleme stanken als schwefelgelbe Rauchwolken zum Himmel, schlugen sich als schmutziger Staub auf der Wäsche nieder, schlierten in giftigen Regenbogenfarben auf schäumenden Flüssen. Umweltaktivist Michael Bender, der heute bei der Grünen Liga in Berlin arbeitet, erinnert sich: „Das konnte einfach jeder schmecken, sehen, riechen, dass es so nicht weitergeht. Auch ohne offizielle Informationen wusste man, dass das nicht gesund sein kann.“

Es war nicht allein Ignoranz, die die DDR-Führung dazu brachte, die massiven Umweltprobleme auszublenden und geheim zu halten. Cord Schwartau vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung aus Westberlin stellte 1989 fest: „Im RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) sind viele Rohstoffe nicht zu bekommen, weil der RGW auf vielen Gebieten technologisch rückständig ist und auch RGW-Länder harte Währung haben wollen. Ohne Umstieg auf Erdöl und -gas aber bleibt nur die Braunkohle als Rohstoff, deren Nutzung ökologisch katastrophale Folgen hat.“

Dreckschleudern abgeschaltet Viele Belastungen im Chemie-Dreieck waren schon in der DDR-Zeit Altlasten. Im Ersten Weltkrieg hatten Betriebe hier Benzin für die kaiserliche U-Boot-Flotte produziert und aus Braunkohle Kunststoffe gemacht. Die DDR führte das dann mangels Alternativen fort. Die Leiter und Mitarbeiter der Betriebe sahen die Probleme tagtäglich. Sie entwickelten auch Pläne, wie durch Sanierung der Anlagen, Abwasserreinigung und Rauchgasentschwefelung die Produktion sauberer und effektiver werden könnte. Doch diese Maßnahmen hätten hunderte Millionen DDR-Mark gekostet. Allein für das Bitterfelder Chemiekombinat zum Beispiel 850 Millionen. Geld, das die Betriebe von der Zentralen Plankommission nie bekamen. Erwirtschaftete Gewinne gingen in den Staatshaushalt, durften nicht selbst investiert werden.



Der Braunkohletagebau in Cospuden bei Leipzig wurde nach der Wende eingestellt, geflutet und zu einem Naherholungsgebiet mit sauberem See ausgebaut. © picture-alliance/ZB

Seit 1990 hat sich die Umweltsituation deutlich gebessert, allein durch das Abschalten der größten Dreckschleudern. Schwartau hatte vorhergesagt, dass durch Schließung von 25 Prozent der Industriebetriebe die Luft- und Wasserbelastung um die Hälfte reduziert werden könnte. So geschah es, zugleich wurden Zehntausende Menschen arbeitslos. Heute beträgt die Industrieproduktion im ehemaligen DDR-Gebiet noch rund 20 Prozent im Vergleich zur Wendezeit. Durch den Bau von Kläranlagen, die Umstellung auf Erdgasheizungen und Filteranlagen an den Schornsteinen sind Bitterfeld, Wolfen und Leipzig wieder lebenswerte, grüne Städte mit sauberer Luft.

Wo noch Braunkohle den Strom erzeugt, kommt weißer Rauch aus den Schornsteinen, immer mehr Solaranlagen und Windräder liefern umweltfreundliche Energie. Engagierte Naturschützer in Leipzig sorgten in der Wendezeit zum Beispiel dafür,

dass der Tagebau Cospuden nicht weiter an die Stadt heranrückte und wertvolle Auwälder vernichtet. Stattdessen ist seine einstige Grube heute Naherholungsgebiet und Badesee für die Bürger.

Problematische Altlasten Über diese Entwicklung freut sich auch der Biologe und Wasserexperte Ernst Paul Dörfner: „Also erst einmal können wir aufatmen, wenn wir an der Mulde, der Saale, der Elbe stehen, steigt uns nicht mehr der Gestank in die Nase.“ Andererseits gibt er zu bedenken: „Die ökologischen Probleme, die wir in der DDR hatten, sind nicht wirklich gelöst, sondern zu einem großen Teil exportiert worden.“

Längst nicht alles konnte in 25 Jahren bereinigt werden. Einige Altlasten im Osten Deutschlands werden noch die nächsten Generationen beschäftigen. In den Tagebaugebieten der Lausitz etwa wurden unvorstellbare 13 Milliarden Kubikmeter

Wasser abgepumpt, das entspricht einem Drittel des Inhalts des Bodensees. Wenn die Gruben nicht mehr entwässert werden, füllt das wiederkehrende Grundwasser die klaffenden Wunden der Landschaft. Es dringt durch die einstigen Abraumhalden und löst daraus Stoffe, die es zu Säure werden lassen. Und wenn es auf Verseuchungen im Boden stößt, schwemmt es sie aus, nimmt sie mit, auch saubere Orte.

Jörg Frauenstein beobachtet für das Umweltbundesamt (UBA) die Altlasten: „Wir haben zum Beispiel unter dem Standort Bitterfeld eine riesige Schadstofffahne mit verschiedensten Stoffen, die sich weiträumig über den Untergrund verbreiten.“ Nun müsse dafür gesorgt werden, dass diese Stoffe nicht weiterwandern. Der Kalibergbau in Thüringen entlässt auch heute noch massenhaft sein salziges Abwasser in die Werra. Etwaige Umweltschäden bezahlen Bund und Land. Ein Skandal, finden Umweltschützer wie Ange-

lika Kell vom Ökolöwen in Leipzig: „Wenn ich mir die Mitteldeutsche Braunkohle AG oder die Laubag ansehe: Die Kohleunternehmen greifen Bodenschätze ab, die sich über Jahrmillionen gebildet haben, und die realen Kosten, der Naturverbrauch, das Umsiedeln der Dörfer, das Absenken des Grundwassers, das wird umgelegt auf die Allgemeinheit.“

Zu den schweren, bis heute spürbaren Altlasten gehört auch der Uranabbau der Wismut AG. Im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht wurde der Süden der DDR zur weltweit viertgrößten Produktionsstätte von Uran. Rund um Schneeberg, Zwickau, Ronneburg, Königstein und Freital waren radioaktiv strahlende Abraumhalden und Gewässer die Folge. Mit einem enormen Sanierungsaufwand von bislang sechs Milliarden Euro konnten viele der Probleme schon eingedämmt werden. Bei Ronneburg zeugt heute nur noch das Gelände der Bundesgartenschau von den alten Halden.

Die Sanierung ist aber erst zu zwei Dritteln abgeschlossen, wie Frauenstein sagt.

Neue Lebensräume Abseits der Industriegebiete hatte die DDR zugleich Inseln mit Lebensräumen für bedrohte Tier- und Pflanzenarten, die im Westen Deutschlands schon ausgestorben waren. Prominenteste sind wohl Seeadler, Roter Milan, Biber oder Sonntau. Weniger dichte Besiedlung und die großflächig wirtschaftende Landwirtschaft, die kleine Flecken verschonte, machten diese Wunder möglich. In den wenigen Monaten zwischen Mauerfall und Deutscher Einheit gelang es Umweltschützern in Ost und West gemeinsam, große, wertvolle Flächen unter Schutz zu stellen.

Fünf Nationalparks, sechs Biosphärenreservate und drei Naturparks konnten von Rügen bis zum Erzgebirge ausgewiesen werden. Hatte die alte Republik 1990 fast 1,5 Prozent ihrer Landesfläche für den Naturschutz reserviert, waren es in der DDR nur etwas über ein Prozent. Mit den neuen Schutzgebieten wurden es 4,5 Prozent. Landschaften ohne menschliche Bewirtschaftung entwickeln ungeahntes Eigenleben. So siedeln sich Wolfsrudel auf einstigen Truppenübungsplätzen an. Jedoch fällt es den Ländern bei schlechter Kassenlage immer schwerer, ihre Schutzgebiete auch zu pflegen und gegen Begehrlichkeiten von Land- und Forstwirten zu bewahren.

Gesamtdeutsche Sorgen Trotz wieder sauberer Luft und klarem Wasser verschwinden heute zudem viele Tiere und Pflanzen aus der Landschaft außerhalb der Naturreservate. Die Ursache sehen Umweltschützer in der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West.

So musste früher eine vielfältige Landwirtschaft fast alle Produkte selbst erzeugen. Heute werden Futtermittel importiert, dafür fast nur noch lukrative Pflanzen wie Raps, Getreide und Mais angebaut. Dadurch sind die 500 Wildbienenarten gefährdet, die nicht mehr ganzjährig Blüten finden, vielen Vogelarten fehlen Futter und Brutplätze. Auch die nebenberufliche Landwirtschaft in den Dörfern mit Teichen, Obstwiesen und Kleintierhaltung lohnt nicht mehr. Mit ihr verschwinden Vogelarten wie die Schwalben, Hausrotschwanz und viele Wiesenschneider. Neue breite Straßen ohne Alleebäume zerschneiden die Landschaft und behindern Wildtiere bei ihrer Wanderung. Heutige Umweltbelastungen sind weniger sichtbar als der alte Quäl aus Schornsteinen. Der wachsende Autoverkehr bringt Lärm und Feinstaub mit sich, die intensive Landwirtschaft belastet Böden und Wasser. Dörfner sieht noch viele ungelöste Probleme, deutschlandweit, von Nitrat und Pestiziden im Grundwasser bis zum Artenrückgang. Sein Fazit lautet: „Es liegt noch viel Arbeit vor uns.“

Susanne Harmsen

Die Autorin ist freie Journalistin.

»Die Umwelteinflüsse waren verheerend«

ULRICH FREESE Der Gewerkschafter aus dem Ruhrgebiet erlebte in der Lausitz eine Braunkohleregion im Umbruch



Bergbau- und Energiewirtschaft in meiner Lausitzer Heimat. Als ich zum ersten Mal die Kraterlandschaften sah, die der Braunkohletagebau hinterlassen hatte, da war mir klar, dass die Akzeptanz dieses Wirtschaftszweigs außer bei den Bergbau- und Energiearbeitern nahezu bei null lag. In der DDR wurden jährlich 300 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert, zu einem hohen Preis für die Bewohner der umliegenden Dörfer.

Die Umwelteinflüsse waren verheerend, jedes Jahr wurden Dörfer weggebaggert und ihre Bewohner ohne große Auswahlmöglichkeiten in Plattenbausiedlungen verpflanzt. Auch bei Politikern war eine Ablehnung des Bergbaus spürbar. Wer diskutieren wollte, dass Braunkohleförderung für die strukturelle Entwicklung der Region existenziell war, hatte es in diesen Tagen schwer.

Ich kann mich an den Tag im August 1990 erinnern, an dem in Espenhain bei Leipzig die Kohleschwele rei stillgelegt wurde. Da hatten die Besucher buchstäblich ein lachendes und ein weinendes Auge, weil mit der Fabrik zwar Arbeitsplätze verschwanden, man aber gleichzeitig ein sichtbares Signal zugunsten der Umwelt erkannte. Inzwischen erfährt die Kohle in der Lausitz viel Zustimmung. Die Fördermengen sind in der Region von 200 Millionen auf heute 60 Millionen Tonnen gesunken. Die Tagebaue und Kraftwerke wurden so modernisiert, dass die Umweltbelastungen erträglich sind. Und wer umgesiedelt werden muss, der wird anständig entschädigt. Natürlich sind die Umsiedlungen heute genauso wie früher ein schmerzlicher Prozess. Niemand will sei-

ne Heimat verlieren; aber wenn es keine Arbeitsplätze mehr gibt, bedeutet das für viele eben auch den Verlust ihres Zuhauses. Dass nun so viele so schnell wie möglich ein Ende der Braunkohle wollen, stößt auf mächtiges Unverständnis. Die Menschen in der Lausitz wissen, was es für sie bedeutet, wenn die Energiewende gelingen sollte wie geplant. Die Braunkohle sichert hier direkt und indirekt rund 23.000 Arbeitsplätze. Deshalb kämpft man um den Erhalt der Braunkohleförderung.

Ich schätze, dass wir noch etwa 35 bis 40 Jahre Braunkohle fördern werden, erst dann kann, wenn überhaupt, grüner Strom ausreichend gespeichert werden. Ein Ende der Kohle vor dem Jahr 2050 würde einer Region, die immer noch versucht, die Veränderungen von 1989 zu verkraften, einen



Ulrich Freese (64, SPD) gehört dem Bundestag seit 2013 an.

weiteren Strukturbruch zumuten. Deshalb waren wir entschieden gegen die Pläne des Wirtschaftsministers, nach denen Kohlekraftwerke, die mehr als 20 Jahre laufen, ab 2017 zusätzliche CO₂-Emissionszertifikate kaufen sollten. Für die Lausitz mit den Kraftwerken hätte dies einen Kahl-schlag bedeutet.

Kurz nach der Wende verfestigte sich hier das Gefühl: „Wir werden geopfert.“ Aber wer sich mit der Geschichte der Lausitz beschäftigt, der weiß, es war immer eine ländliche und arme Region mit dörflichen Strukturen. In den großen Kombinat, die in der DDR gegründet wurden, arbeiteten zwar Zehntausende, deshalb waren auch die umliegenden Städte enorm gewachsen. Aber mit dem radikalen Umbruch verschwanden mit den Arbeitsplätzen auch die Menschen.

Viele waren enttäuscht, weil nach der Wende auch großes Engagement nicht den erhofften Erfolg hatte. Wir haben uns sehr um Unternehmen bemüht, aber die gingen lieber in Ballungszentren, wo es Flughäfen und eine bessere Infrastruktur gab. Heute liegen unsere Hoffnungen bei der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg und dass es gelingt, durch Forschung und Entwicklung Unternehmen anzusiedeln. Es gab und gibt viele Anstrengungen, aus den ehemaligen Tagebaugebieten touristische Magnete zu machen. Aber da muss man realistisch sein: Die Lausitz wird niemals Urlaubsziel Nummer eins werden. Aber sie kann ein attraktives Angebot für diejenigen sein, die sich auch einen Zweit- oder Dritturlaub leisten können und wollen. Aufgezeichnet von Susanne Kalitz

Die grüne Lebenslinie

GRÜNES BAND Artenreichtum auf früherem Todesstreifen

Die jahrzehntelange Teilung Deutschlands hat am ehemaligen Grenzstreifen einen einzigartigen Naturraum entstehen lassen. Weitgehend ungestört von menschlichen Aktivitäten, wurden auf dem streng abgegrenzten und überwachten, aber brachliegenden Gelände zahlreiche Tier- und Pflanzenarten heimisch.

Schon Mitte der 1970er Jahre, also lange vor der politischen Wende 1989, erkannten Naturschützer in Bayern, dass auf und entlang dem rund 1.400 Kilometer langen sogenannten Todesstreifen ein Refugium entstanden war und setzten sich nach der Revolution in der DDR für den Erhalt dieses speziellen Lebensraumes ein. So entstand 1989, vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) maßgeblich mit initiiert, das Projekt „Das Grüne Band“.

Mehr als 1.200 Tier- und Pflanzenarten der „Roten Liste der gefährdeten Arten“ fanden an der ehemaligen Demarkationslinie einen Rückzugsraum, so etwa seltene Vögel wie das Braunkehlchen und der Schwarzstorch, aber auch Fischotter. Der scharf bewachte Grenzstreifen zwischen Ost- und Westdeutschland war zwischen 50 und 200 Metern breit. Um die eigentlichen Grenz-anlagen herum befanden sich Brachflächen, aber auch Wald, Flüsse, Feuchtgebiete und Moore.

Bund, Länder, Kommunen und Umweltverbände setzten sich in den vergangenen Jahren für den Erhalt der Flächen ein, die durch Bauprojekte und die Agrarwirtschaft nach wie vor bedroht sind. Seit 2003 wird die Idee des Biotopverbundes entlang dem früheren „Eisernen Vorhang“ auch über Deutschland hinaus als europäische Initiative fortgeführt. Das „Grüne Band Europa“

erstreckt sich auf einer Länge von rund 12.500 Kilometern von Russland und Norwegen im Norden über die Küstenregion der baltischen Staaten und Polen quer durch Deutschland und im Süden über den Balkan bis nach Griechenland und in die Türkei. Um den neuen Geist der friedlichen Kooperation zu dokumentieren, übernahm 2002 der frühere sowjetische Präsident Michail Gorbatschow die Schirmherrschaft über den größten Biotopverbund Europas.

Das Grüne Band soll die Natur erhalten, aber zugleich Menschen über Grenzen hinweg verbinden und deutlich machen, dass ein vereintes Europa nicht nur ein gemeinsames kulturelles, sondern auch ein Naturerbe umfasst. Angestrebt wird die Aufnahme ist das Weltnaturerbe der Unesco. Der Bundestag beschloss 2004, das Grüne Band als „einzigartigen Biotopverbund und als Erinnerungsstätte der deutschen Teilung“ zu sichern. Im November 2005 wurde das Naturschutzprojekt als „Nationales Naturerbe“ anerkannt. Damit einher geht die Verpflichtung „gesamtsstaatlich repräsentative Naturschutzflächen im Eigentum des Bundes nicht zu privatisieren, sondern in Naturschutzhände zu geben, die die Flächen nach anspruchsvollen naturschutzfachlichen Vorgaben betreuen und entwickeln.“ Heute besteht die Aufgabe vor allem darin, Lücken zwischen den Biotopen zu schließen. Rund 85 Prozent der Fläche gelten als intakt, der übrige Teil ist durch Straßen, Siedlungen oder landwirtschaftliche Nutzung beeinträchtigt. Laut BUND entstanden die derzeit 26 „großen Löcher“ überwiegend schon Anfang der 1990er Jahre. Claus Peter Kosfeld





Das Ufo an der Spree ähnelt dem am Rhein

UMZUG Der Wechsel des Bundestages von Bonn nach Berlin hat den Arbeitsalltag im Parlaments- und -Regierungsviertel nicht wirklich verändert

Blick auf das Paul-Löbe-Haus. Im Hintergrund ist das Reichstagsgebäude zu sehen.

© picture-alliance/Westend61

Norbert Blum, Arbeitsminister unter Kanzler Helmut Kohl, war einer der prominentesten Gegner des Regierungsumzugs nach Berlin. Als er am 20. Juni 1991 in der zwölfstündigen Debatte des Bundestages seine Argumente für einen Verbleib der Regierung in Bonn vorbrachte und für eine Aufteilung der Funktionen zwischen beiden Städten warb, sagte er, der „Nationalstaat, den wir uns wünschen“, sei europäisch eingebunden und regional gegliedert. Und dann warnte er mehr als er fragte: „Passt in eine solche bundesstaatliche Lösung eine alles dominierende Hauptstadt?“ Das dominierende Berlin! Das war eines der immer wiederkehrenden Schreckgespenster in der Debatte, die mit dem Fall der Mauer begonnen hatte. Die einen hatten wirklich Angst davor, dass der alte, preußisch geprägte Nationalstaat mit seiner Hauptstadt im Osten und all seinen Schattenseiten wiederkehrte. Die anderen benutzten das Argument als Keule gegen die Berlin-Befürworter, waren selbst aber oft von ganz anderen Sorgen und Wünschen getrieben.

Bequem eingerichtet Das galt für Politiker aus Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, die das Familienleben im Wahlkreis mit dem Mandat in Bonn verbinden konnten, ohne zu Dauerpendlern zu werden. Ebenso für Journalisten, die Häuser in Bonn oder dessen grünem Umland besaßen, die sich auch räumlich in der Bonner Republik eingerichtet hatten. Das Auto brauchte man im Wesentlichen, um morgens ins Büro zu kommen. Der öffentliche Nahverkehr war in der 300.000-Einwohner-Stadt nicht das vorherrschende Mittel der Bewegung. Vielen reichte auch das

Fahrrad, um aus Godesberg, Kessenich oder der Bonner Nordstadt dahin zu kommen, wo das Kanzleramt stand, das auswärtige Amt, die Zentralen der Parteien und die Büros der Abgeordneten sowie der Journalisten. Alles fand sich auf ein paar Quadratkilometern am südlichen Ende der Bonner Innenstadt. Auch ein Großteil der täglichen Termine war zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu erledigen. Um das zu verteidigen, führten viele lieber große historische Argumente an als die Mitgliedschaft im Tennisclub oder das zu drei Vierteln abbezahlte Reihenhaus in Mекkenheim, von dem aus sich das Regierungsviertel in gemütlichen 20 Autominuten erreichen ließ. Was würde aus dieser Idylle werden, wenn man erst aus den Schluchten der Millionenstadt allmorgendlich anreisen müsste, um den Schreibtisch zwischen dem geschichtsbeladenen Reichstag und den Baustellen der neuen Hauptstadt zu erreichen?

Gemischte Stimmung Andere, sowohl altegediente Bonner als auch solche, die noch nicht lange da waren, blickten allerdings mit Vorfreude auf den Wechsel und betrachteten ihn als Aufbruch und die einzig richtige politische Entscheidung. So gemischt war die Stimmung im Regierungsviertel am westlichen Rheinufer in den 1990er Jahren. Eineinhalb Jahrzehnte nach dem Umzug kann man sagen: So viel anders geht es im Berliner Regierungsviertel nicht zu. Horrorszenerarien blieben Phantasiegebilde. Der wesentliche Unterschied ist vermutlich, dass die meisten mit der S-Bahn- oder dem Bus ins Büro fahren statt mit dem Auto, weil erstens der öffentliche Nahverkehr in Berlin besser funktioniert als mancher Nörgler behauptet, und es zweitens mit dem Auto schlicht länger dauert.

Das Fahrrad spielt auch an der Spree eine große Rolle. Wer damit nicht aus Charlottenburg oder vom Prenzlauer Berg an den Schreibtisch rollt, benutzt es doch oft, um vom Büro zur Bundestagsdebatte unter der Reichstagskuppel, ins Kanzleramt oder eines der Abgeordnetenengebäude, in die Parteizentralen oder Ministerien zu kommen. Von letzteren ist übrigens keines so weit vom Kern des Regierungsviertels entfernt, wie es in Bonn das Verteidigungsministerium war. Vom Rhein auf die Hardthöhe zu kommen war ohne Auto schwierig. Räumlich unterscheidet sich das Bonner Ufo, Glashaus, die Käseglocke – oder wie immer das Regierungsviertel genannt wurde – nicht wirklich von dem in Berlin. Für die Arbeitsweise gilt das ebenso. Auch die Berliner Wege sind kurz, man trifft sich gezielt oder auch per Zufall auf dem Bürgersteig mit den Gesprächspartnern. Der Einfluss der Städte auf die Arbeit im Regie-

> STICHWORT

> Bonn-Berlin-Gesetz Das Gesetz von 1994 regelt, dass jedes Ministerium mit Hauptsitz in Berlin auch einen Dienstsitz in Bonn hat und umgekehrt.

> Arbeitsplätze Die Zahl der Ministeriumsmitarbeiter in Berlin wächst und liegt derzeit bei rund 10.500. In Bonn sind es 6.900 und damit 14 Prozent weniger als 2012.

> Kosten Die Kosten des doppelten Regierungssitzes lagen zuletzt bei rund 7,7 Millionen Euro pro Jahr. Den größten Teil machen die zirka 18.800 Dienststreifen aus, die mit 4 Millionen Euro zu Buche schlagen.

rungsviertel ist begrenzt. Sind die Abgeordneten in Sitzungswochen in der Hauptstadt, haben sie meist bis in den Abend Termine, Ausschusssitzungen, Beratungen, Bundestagsdebatten. Sie lernen nur ausnahmsweise die Hochhäuser Hohenschönhausens oder die sozialen Probleme im Wedding kennen. Wirklich verändert hat ihren Arbeitsalltag das Internet mit seinen neuen und revolutionären Kommunikationsformen. Nicht der Umzug. Vor 24 Jahren war die Aufregung groß, als der Bundestag mit einer ganz knappen Mehrheit entschied, dass das wiedervereinigte Deutschland schon bald von seiner alten Hauptstadt Berlin aus regiert werden solle. Heute hat nicht nur die Macht der Gewohnheit dafür gesorgt, dass es darüber kaum noch Aufregung gibt. Das 1994 verabschiedete Bonn-Berlin-Gesetz fiel günstig aus für die Stadt am Rhein und sicherte ihr den Verbleib von mehr als der Hälfte aller Mitarbeiter der Bundesregierung in Bonn zu. Die Entscheidungen fallen zwar in den Kopfteilen der Ministerien, die in Berlin sitzen. Aber weite Teile der Bäume sind noch in Bonn.

Ritueller Ruf Rituell fordern Berliner Politiker – meist im Sommerloch –, dass nun endlich auch der Rest der Regierung nach Osten ziehe. Ebenso regelmäßig wehren vor allem Politiker aus Nordrhein-Westfalen das ab. Ein Spielchen, um dessen Ausgang alle wissen. Doch am Gesetz vorbei schiebt sich immer mehr Personal vom Rhein an die Spree. Formal wird es wenn nicht immer, so doch noch sehr lange bei einer Aufteilung zwischen Bonn und Berlin bleiben. Tatsächlich neigt sich die Waage längst zugunsten Berlins. Eckart Lohe

Der Autor ist Parlamentskorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Immer noch ein bisschen Hauptstadt spielen

BONN Die Bundesstadt lebt bisher gut mit ihrer neuen Rolle

Die große Angst vor Berlin, vor der Zentralisierung der Regierung und dem endgültigen Wegzug der gesamten Regierungsverwaltung an die Spree – all das wird gerade im kleinen Bonn geprobt. Dort hat die Stadtverwaltung vor kurzem beschlossen, die meisten Bürgerämter in verschiedenen Stadtteilen Bonns zu schließen und alles im zentralen Bürgeramt im Stadthaus Bonns zu konzentrieren. In Zeiten knapper Kassen seien mehrere Dienstsitze einfach nicht mehr zu bezahlen, heißt es lapidar als Begründung.

Und auch etliche Stadtbibliotheken sollen geschlossen und in einer Zentralbibliothek im neu gebauten „Haus der Bildung“ konzentriert werden – aus Kostengründen. Eine Rechnung, die es in sich hat. Denn im großen Maßstab bei der Zusammenarbeit zwischen Bonn und Berlin – oder, sagen wir es deutlicher: zwischen Berlin und Bonn, zwischen Hauptstadt und Bundesstadt – darf vom Rhein her gesehen natürlich das nicht gelten, was die Stadt Bonn sich gerade selbst verordnet hat: Eine Zentralisierung der Verwaltung aus Kostengründen. Und die belaufen sich für den Bund auf gut 20 Millionen Euro im Jahr. Vor allem durch die vielen Dienstreisen von Ministerialen vom Rhein an die Spree und wieder zurück.

Doch die Macht des Faktischen hinterlässt immer deutlichere Spuren am Image Bonns als Bundesstadt. Schon seit etlichen Jahren zeichnet sich ab, dass der „Rutschbahn-Effekt“ Bonner Ministerialbeamter nach Berlin unaufhaltsam ist. Heute sind bereits 62 Prozent der insgesamt rund 20.000 Stellen in den Bundesministerien in Berlin und nur mehr 38 Prozent in Bonn, wie der aktuelle Teilungskostenbericht aufführt. Und der Trend setzt sich fort: Das Innenministerium hat jetzt 1.162 Stellen in Berlin und 201 in der Bundesstadt. Im Finanzministerium gibt es zur Zeit in Berlin bereits 1.595 Stellen, in Bonn sind es 377. Ressortchef Wolfgang Schäuble (CDU) will in der zweiten Jahreshälfte weitere 128 Dienstposten der Abteilung Zoll, Umsatzsteuer und Verbrauchsteuern nach Berlin holen. Im Gegenzug wird in Bonn zum 1. Januar 2016 eine neue Oberbehörde eingerichtet, die Generalzolldirektion mit etwa 200 Bediensteten. Damit schafft der Bund die fünfte große Behörde der Finanzverwaltung in Bonn. Verteidigungs- und Justizministerium haben ebenfalls oberbehördliche Dependancen geschaffen – neben dem Bundeskartell-

amt, dem Bundesrechnungshof und weiteren kleineren Bundesbehörden. Die „Umzugsbeauftragte“ der Bundesregierung, Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD), soll prüfen, wie es weitergeht. Doch der Trend ist klar: In Berlin wird regiert, in Bonn künftig immer mehr verwaltet.

Die Stadt ist in letzten 25 Jahren gut damit gefahren. Mit den Firmenzentralen von Telekom und Post hat sie zwei deutsche unternehmerische Schwergewichte nach dem Weggang von Regierung und Parlament an Land ziehen können, das Forschungszentrum Caesar und die Fachhochschule Bonn/Rhein Sieg garantieren neben der Universität selbst Spitzenforschung. Nicht zu vergessen die Deutsche Welle und der UN-Campus mit dem gerade erst eröffneten World Congress Center (WCCB) und die Rolle Bonns im Nord-Süd-Dialog: Das Entwicklungsmministerium hat immer noch seinen Hauptsitz in Bonn. In Fußweite entsteht gerade der Neubau für hunderte Entwicklungsexperten der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ, die wiederum mit den vielen in Bonn ansässigen Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten können.

Deshalb ist Bonn auch heute wie kaum eine andere Stadt im Visier von Immobilieninvestoren und Pensionsfonds: Überall entstehen neue Bürogebäude. Und natürlich sind die privaten Häusle-Preise in der Stadt nicht gefallen. Der Bonus als „Bundesstadt“ ist somit ein Segen und Fluch zugleich. Vor allem, weil es die Stadt in den vergangenen Jahren nicht geschafft hat, vom üppigen Leistungsangebot der früheren Hauptstadt herunterzukommen. Gäbe es sonst eine eigene Oper? Und ein Beethoven-Orchester, das analog der Angestelltenzahl in der höchsten Gehaltskategorie A musiziert? Eine Museumsmeile mit städtisch finanziertem Kunstmuseum und eigener U-Bahn? Das alles steigt in einer Zeit wachsender kommunaler Verschuldung die Bauchschmerzen und Sparzwänge. Wo aber soll gespart werden? Zum Glück ist der Traum einer großen Festspielhalle zum 250. Geburtstag Ludwig van Beethovens im Jahr 2020 vorerst ausgeträumt. Der Hauptsponsor, die Deutsche Post, stieg erst vor kurzem aus. Denn noch nicht einmal geschenkt kann sich das mit 1,7 Milliarden Euro verschuldete Bonn heute eine solche Spielstätte leisten. Christoph Birnbaum

Der Autor ist freier Journalist in Bonn.



Idylle am Rhein: Blick auf die Bonner Innenstadt, darüber das ehemalige Parlamentsviertel

© picture-alliance/Hartwig Lohmeyer/Joker

»Die ostdeutschen Bürgerrechtler hatten weniger Berührungängste«

HANS-CHRISTIAN STRÖBELE Durch den Umzug des Parlaments nach Berlin ist die Politik näher dran an den Fragen der Wiedervereinigung



Ich bin in Halle (Saale) geboren, habe aber die sowjetische Besatzungszone schon verlassen, bevor die DDR gegründet wurde. Deshalb habe ich keine Erinnerungen an den Staat, die über ein paar Besuchseindrücke von Schulreisen nach Berlin, auch nach Ost-Berlin, hinausgehen würden. Woran ich mich aber sehr gut erinnere, sind die Flüchtlingskinder, die ich als Jugendlicher in Westdeutschland kennen ge-

lernt habe. Die waren mit ihren Familien aus der DDR oder den früheren Ostgebieten gekommen – und wurden von uns nicht immer gut behandelt. Im Grunde waren die Ost-Flüchtlinge damals so ungerne gesehen wie die Flüchtlinge heute: Sie wurden als fremd wahrgenommen, wir machten uns über ihre Art zu reden lustig. Man erkannte sie auch schnell, Frauen trugen oft schwarze Kopftücher. Für die Westdeutschen waren sie Konkurrenz – auf dem Arbeits- und auf dem Wohnungsmarkt. Damals gab es ja Zwangseinquartierungen, da bekam man Post von der Gemeinde und es wurde mitgeteilt, dass in den zwei Zimmern, die man im Haus noch frei hatte, ab Montag vier Personen wohnen würden. Für Begeisterung hat das nicht gesorgt. Dennoch sehe ich einen entscheidenden Unterschied: Die Ressentiments gegen Flüchtlinge heute haben eine deutlich

rasstisere Färbung. Man fragt, was die hier wollen; sie werden vielerorts für weniger wert gehalten. Dass man nach all den Jahrzehnten heute immer noch so eine Angst vor Fremden hat: Ja, das finde ich frustrierend.

Meine interessantesten Kontakte zu ehemaligen DDR-Bürgern hatte ich dann in der Politik, als Bündnis 90 und die Grünen zusammengingen. Ich habe die früheren Bürgerrechtler in Bündnis 90 als sehr selbstbewusst wahrgenommen. Das lag nicht nur, aber auch daran, dass Bündnis 90 im Herbst 1990 in den Bundestag gewählt wurden, die Grünen aber nicht. Es gab auch ein anderes Politikverständnis: Diese Ostdeutschen hatten klare Forderungen: dass es etwa eine neue Verfassung geben sollte. Sie hatten unter hohem persönlichen Einsatz für die Demokratie gekämpft, für Ideale, die vielen von uns

Westdeutschen in die Wiege gelegt worden waren. Und sie wollten sich vielem, was im Bundestag damals üblich war, nicht einfach unterwerfen: etwa, dass Parla-



Hans-Christian Ströbele (76, Bündnis 90/Grüne), saß bereits 1985-1987 im Bundestag und gehört ihm seit 1998 wieder an.

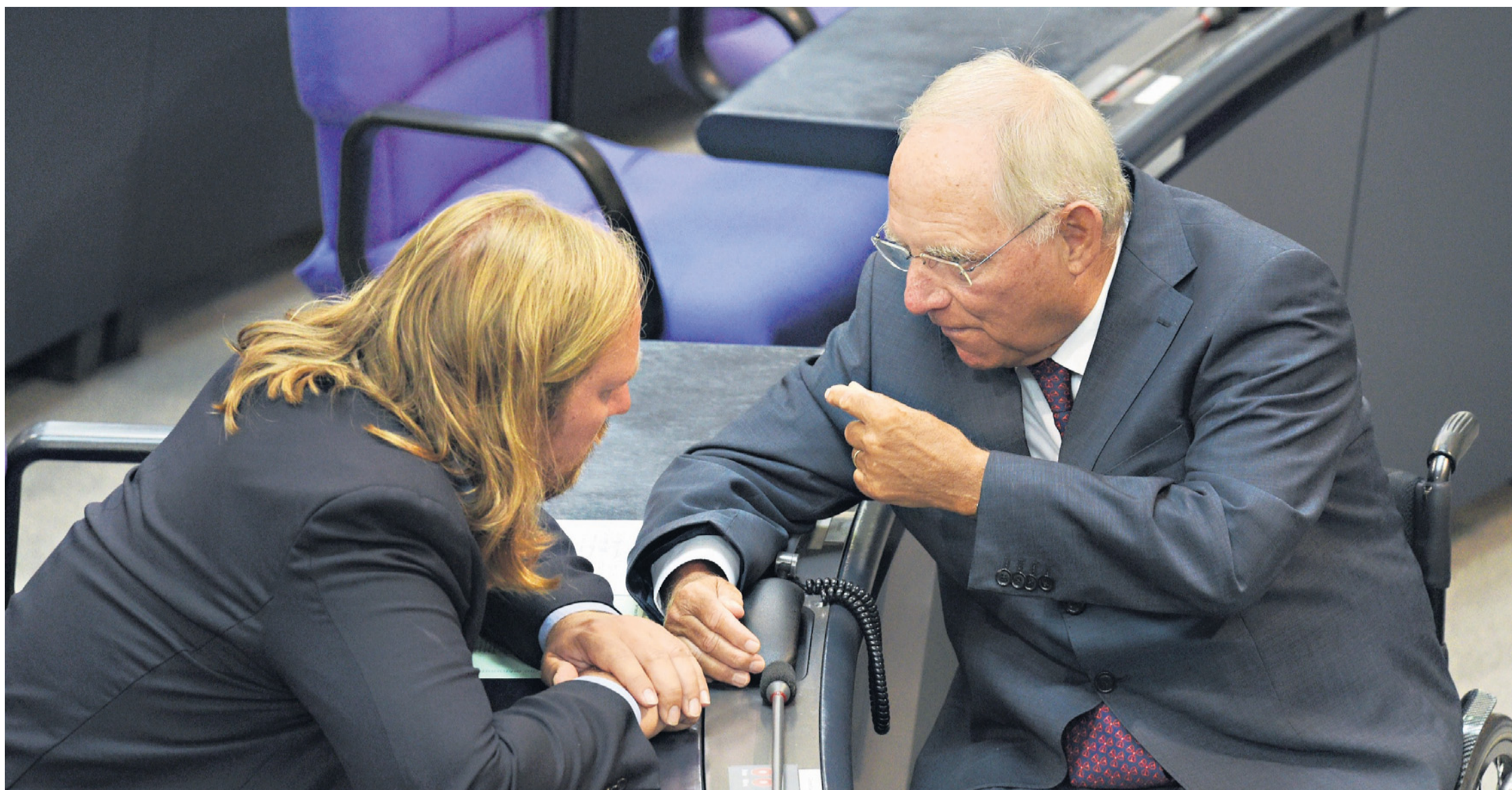
ment verschiedener Fraktionen nicht auch Sachen gemeinsam machten. Wir Grüne waren ja selbst am Anfang, als wir in den Bundestag kamen, häufig beschimpft worden, wenn wir ans Rednerpult gingen oder man hatte uns ignoriert. Bei den Bürgerrechtlern aus dem Osten gab es viel geringere Berührungängste, einige von ihnen haben im Lauf der Jahre ja auch die Parteizugehörigkeit gewechselt. Ich kann mich jedenfalls an gute Gespräche mit ostdeutschen CDUlern erinnern, die mit ihren westdeutschen Kollegen niemals möglich gewesen wären.

Durch den Umzug des Parlaments nach Berlin waren wir dann an vielen Fragen der Wiedervereinigung viel näher dran als in Bonn. Wenn man vor Ort den Leuten erklären soll, warum sie nur deshalb weniger Gehalt oder Rente bekommen, weil ihr Arbeitsplatz im Osten der Stadt liegt, werden

einem einige Ungerechtigkeiten ganz anders bewusst als aus der Distanz. Mein Wahlkreis ist einer von nur zweien, der frühere Ost- und Weststadteile Berlins vereint. Da ist zwar vieles zusammen gewachsen. Aber eine Sache hat sich erstaunlicherweise erhalten: Wenn Eltern eine Schule für ihre Kinder suchen, würden Kreuzberger nicht in Friedrichshain suchen und Friedrichshainer nicht in Kreuzberg. Da gibt es bestimmte Erwartungen an Disziplin oder Strenge von Lehrern, die man offenbar nicht aufgeben will.

Aufgezeichnet von Susanne Kailitz





Wirbt für das Griechenland-Paket bis zum Schluss: Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) im Zwiegespräch mit dem Grünen-Fraktionsvorsitzenden Anton Hofreiter

© picture-alliance/dpa

Das Prinzip Hoffnung

HAUSHALT I Große Mehrheit im Bundestag für Griechenland-Hilfe. Erleichterungen beim Schuldendienst möglich

Griechenland ist zum dritten Mal aus seiner Schuldenkrise gerettet worden. Garantien, dass diesmal in Athen alles glatt gehen wird, will aber selbst die Bundesregierung nicht mehr abgeben. Vielmehr gab es in der Bundestagsdebatte vor der Abstimmung über das dritte Griechenland-Hilfspaket am 19. August deutliche Ansagen, dass das Land mehr braucht als neue Kredite: „Es wissen doch am Ende alle: Griechenland wird nicht in der Lage sein, die hohe Schuldenlast zurückzahlen“, stellte der Vorsitzende der Grünen-Fraktion, Anton Hofreiter, fest. Dennoch überlagerte das Prinzip Hoffnung, mit der Regierung in Athen einen neuen Versuch zu wagen, die Krise ohne einen milliardenschweren Schuldenschnitt zu überwinden.

63 Neinstimmen aus der Union In namentlicher Abstimmung votierten 453 Abgeordnete für das dritte Griechenland-Paket (18/5780, 18/5788), 113 waren dagegen. Außerdem gab es 18 Enthaltungen. Da viele Unionsabgeordnete das Hilfspaket zuvor öffentlich kritisiert hatten, war das Abstimmungsverhalten der Fraktion

mit großer Spannung erwartet worden. Mit 63 Stimmen war die Zahl der Nein-Sager aber nur unwesentlich höher als bei der letzten Abstimmung am 19. Juli. Es gab drei Enthaltungen. Allerdings blieben 17 Unions-Abgeordnete der Sitzung fern. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte auf eine Wortmeldung verzichtet und ihrem

»Es ist unabdingbar, dass der IWF weiterhin an Bord bleibt.«

Wolfgang Schäuble (CDU)

Finanzminister das Feld überlassen. Wolfgang Schäuble (CDU) warb mit einer sehr nachdenklichen Rede, in der er auch auf die Bedenken der Kritiker einging, um Zustimmung für das Paket. Vor dem Hintergrund der Maßnahmen Griechenlands für eine verbesserte Haushaltsplanung, eine größere Steuergerechtigkeit, Privatisierungen, eine Rentenreform sowie eine Modernisierung des Arbeitsmarktes und der Verwaltung stellte er fest: „Natürlich gibt es nach den Erfahrungen der zurückliegenden Monate und Jahre keine Garantien, dass das alles funktionieren wird. Und Zweifel sind immer erlaubt. Aber angesichts der Tatsache, dass das griechische Parlament einen Großteil der Maßnahmen bereits beschlossen hat, wäre es unverantwortlich, die Chance für einen neuen Anfang in Griechenland jetzt nicht zu nutzen.“ Ziel der Reformmaßnahmen, deren Verwirklichung regelmä-

ßig überprüft werde, sei es, „dass Griechenland möglichst schnell wieder auf eigenen Beinen stehen kann“. Der Minister verwies darauf, dass Griechenland ab 2016 wieder einen wenn auch noch kleinen Primärüberschuss von 0,5 Prozent erwirtschaften könne, der bis 2018 aber auf 3,5 Prozent steigen könne.

Schäuble bezeichnete es als „unabdingbar, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) mit seiner besonderen Expertise für Staatsschuldenkrisen weiterhin an Bord bleibt“. Dies wolle auch die Euro-Gruppe, und der IWF wolle im Herbst über die Teilnahme an einem neuen Programm entscheiden. Die grundsätzliche Bereitschaft sei da, auch wenn die Einschätzung der griechischen Schuldentragfähigkeit zwischen Euro-Gruppe und IWF auseinander gehe. Schäuble erklärte, bedeutsamer als die weiter angestiegene Schuldenstandsquote im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt sei die Betrachtung der jährlich zu leistenden Dienste für Zins und Tilgung, die sogenannte Bruttofinanzierungsbelastung, die unter 15 Prozent liegen solle. Diese 15 Prozent würden von Griechenland bis weit in die 2020er Jahre eingehalten werden können. Er sehe begrenzten Spielraum in der Frage der Laufzeiten der griechischen Kredite. Ein Schuldenschnitt lehnte der Finanzminister jedoch als „nicht möglich“ ab, das verhindere die europäischen Verträge.

Für die größte Oppositionsfraktion Die Linke lehnte deren Vorsitzender Gregor Gysi das Hilfspaket ab. 54 der 86 Milliarden dienten der Rückzahlung von Alt-schulden. „Da macht man neue Schulden, um alte Schulden zu begleichen, und aus dem Kreislauf kommt man nicht mehr heraus.“ Statt die Pleite-Banken mit Erstattung der Guthaben in die Insolvenz gehen zu lassen, würden sie mit 25 Milliarden gestützt. Für die dringend benötigten Investitionen gebe es nichts. Die Sparmaßnahmen führten zu einer Kaufkraftreduzierung, und die Mehrwertsteuererhöhung auf 23 Prozent belaste den ärmeren Teil der Bevölkerung. Die Wirtschaft werde dadurch geschwächt. „Ich verstehe diese Logik nicht“, kritisierte Gysi.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, zeigte sich von Gysis Rede „maßlos enttäuscht: Wenn Sie mit Nein stimmen, fallen sie Ihrer Schwesterpartei Syriza in den Rücken.“ Griechenland habe den Willen, Reformen umzusetzen, sagte Oppermann, der den Abbau von Steuerprivilegien ausdrücklich begrüßte und wie Schäuble darauf hinwies, dass es Finanzhilfen nur Zug um Zug mit Reformen gebe. Wenn Athen die Reformen erfolgreich um-

setze, werde es weitere Schuldenerleichterungen geben können, sagte Oppermann. Hofreiter stimmte dem Hilfspaket zu, übte jedoch zugleich scharfe Kritik an der Regierung, die in den Verhandlungen mit dem Grexit gedroht habe. Eine Regierung, die so agiere, „schadet dem Zusammenhalt in Europa“. Hofreiter sprach sich strikt gegen

einen Grexit aus. Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) warb um Zustimmung für das Paket und stellte die Schuldenkrise in Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik: Europa habe womöglich noch schwerere Aufgaben zu lösen. Von den Kritikern redete Klaus-Peter Willsch (CDU): „Wenn man zwei Mal mit Anlauf mit dem Kopf gegen die Wand gelaufen ist, dann sollte man gucken, ob es nicht irgendwo eine Tür gibt. Und die Tür heißt Grexit“, urteilte er. Griechenland werde es nicht schaffen im Euro. Die von Finanzminister Schäuble vorgenommene Neudefinition der Schuldentragfähigkeit bezeichnete Willsch zudem als „ziemlich gefährlich“. Damit sei es möglich, durch beliebige Verlängerung von tilgungsfreien Zeiträumen die Schuldentragfähigkeit herzustellen. In Wirklichkeit würden Schenkungen vorgenommen. **Hans-Jürgen Leersch** ■

»Griechenland wird es nicht schaffen im Euro.«

Klaus-Peter Willsch (CDU)

»Weitsichtiger Architekt der neuen Ostpolitik«

EGON BAHR Persönliche Freundschaften sind in der Politik eher rar, doch es gibt sie. Als ein herausragendes Beispiel für eine solche Freundschaft galt die zwischen Willy Brandt und Egon Bahr. In seinen 1989 erschienenen „Erinnerungen“ schrieb der frühere Bundeskanzler und langjährige SPD-Chef drei Jahre vor seinem Tod, Bahr sei als „deutscher Patriot mit Sinn für internationale Verantwortung einen weiten Weg gegangen, und wir haben uns dabei nie aus den Augen verloren“. Es sei selten, fügte Brandt hinzu, „dass Freundschaft die Belastungen des politischen Geschäfts über so viele Jahre hinweg überdauert.“ Brandt wiederum beherrschte selbst Bahrs Erinnerungen an den Mauerfall von 1989. Er habe damals im Fernsehen gesehen, wie die Menschen auf der Mauer tanzten, erzählte Bahr einmal dieser Zeitung: „Mein erster Gedanke war: Das ist der Anfang vom Ende der DDR. Der zweite war: Schade, dass das mein Vater nicht mehr erlebt hat. Willy Brandt rief an und fragte: ‚Weißt Du, was los ist?‘ ‚Ja‘, ‚Stauente, was?‘ ‚Ja‘, ‚Hätte nicht geglaubt?‘, ‚Nein.‘“

Durchlässiger gemacht Dabei hatten beide entscheidend daran gearbeitet, die Mauer durchlässiger zu machen. Brandt hatte als Regierender Bürgermeister von West-Berlin 1960 den damaligen Journalisten Bahr zum Pressesprecher des Senats gemacht; unter dem Eindruck des Mauerbaus im folgenden Jahr erarbeiteten beide Grundgedanken dessen, was später als „neue Ostpolitik“ in die Geschichte eingehen und Brandt 1971 den Friedensnobelpreis einbringen sollte. „Unsere Methodik war: Will man etwas erreichen, muss man sich dem zuwenden, von dem man es erreichen will. Das heißt, dem Osten nicht den Rücken zuwenden, sondern Zusammenarbeit anbieten“, berichtete Bahr. 1966 folgte er Brandt ins Auswärtige Amt und 1969 ins Bonner Kanzleramt, verhandelte in Moskau über den 1970 geschlossenen Gewaltverzichtsvertrag und den 1972 unterzeichneten Grundlagenvertrag mit der DDR, galt als ein Vordenker der Entspannungspolitik und war als Bundesmi-



Egon Bahr (1922 - 2015)

nister für besondere Aufgaben Brandts ständiger Berater in der Ost- und Deutschlandpolitik. Später war Bahr zwei Jahre Entwicklungshilfeminister unter Kanzler Helmut Schmidt (SPD) und danach bis 1981 SPD-Bundesgeschäftsführer; dem Bundestag gehörte er von 1972 bis 1990 an. Bis zuletzt politisch aktiv, starb der in Thüringen geborene Sozialdemokrat mit 93 Jahren vorvergangene Woche an einem Herzinfarkt.

»Wahrung des Friedens« Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) würdigte Bahr als „einen weitsichtigen Architekten der neuen Ostpolitik“. In einem Beileidschreiben an Bahrs Ehefrau verwies Lammert darauf, dass der SPD-Politiker 1963 den Ausdruck „Wandel durch Annäherung“ geprägt habe „als ein epochenmachendes Motto und die treffgenaue Beschreibung eines Politikverständnisses“, das stets mit Bahrs Namen verbunden bleiben werde. Gemeinsam mit Brandt habe Bahr seinerzeit gegen manche Skepsis und Widerstände eine neue Ära der bundesdeutschen Außenpolitik eingeleitet.

„Die Wahrung des Friedens war sein politisches Leitmotiv, nach dem er als Abgeordneter und Minister gehandelt hat“, schrieb Lammert. Er erinnerte zugleich daran, dass Bahr sich bis zuletzt rege an der politischen Debatte beteiligt und sie mit seinen Erfahrungen immer wieder bereichert habe. Dabei sei er nicht müde geworden, daran zu erinnern, dass der Frieden keine Selbstverständlichkeit sei, sondern man ihn wahren und sichern müsse. „Dieses Vermächtnis einer großen Persönlichkeit der deutschen Nachkriegspolitik“ werde nachwirken, fügte der Bundestagspräsident hinzu. Egon Bahr, heißt es in dem Schreiben Lammerts weiter, habe sich „um das friedliche Zusammenwachsen Deutschlands und Europas, um die Demokratie und um unser Land verdient gemacht“. **Helmut Stoltenberg** ■

Blitzschnelle Soforthilfe

HAUSHALT II Europäischer Stabilitätsmechanismus überweist 26 Milliarden Euro nach Athen. Internationaler Währungsfonds soll mit ins Boot geholt werden

Nach der Abstimmung im Bundestag und Zustimmung der anderen Euro-Länder zum dritten Griechenland-Hilfspaket ging alles blitzschnell. Schon einen Tag darauf wies der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) eine milliardenschwere Soforthilfe an. Weitere Hilfen des dritten Pakets werden aber nur Zug um Zug gewährt. Nur wenn Griechenland sein ehrgeiziges Reformprogramm umsetzt, erhält das Land weitere Hilfen. Die erste Kontrolle steht im Oktober an, und dann könnte auch der Internationale Währungsfonds (IWF), der noch Bedenken gegen die Beteiligung an dem von der Eurogruppe und der Europäischen Zentralbank mit Griechenland ausgehandelten Paket, wieder mit in das Boot kommen. Im Antrag der Bundesregierung (18/5780, 18/5788) auf Zustimmung zum dritten Griechenland-Paket wird der noch nicht gedeckte Finanzbedarf Griechenlands in der Programmperiode von August 2015 bis August 2018 auf bis zu 86 Milliarden Euro

bezieht. „Hiervon werden 54,1 Milliarden Euro für den Abbau von Zahlungen zurückständen, 7,6 Milliarden Euro zum Aufbau von Reserven und bis zu 25 Milliarden Euro für die Rekapitalisierung von Banken benötigt“, schreibt die Regierung. Bedarfsminderungen wie rund zwei Milliarden Euro aus Haushaltsprimärüberschüssen sowie 6,2 Milliarden Euro aus Privatisierungserlösen seien in der Summe bereits berücksichtigt.

Laufzeit 32,5 Jahre Zur Ausgestaltung der Griechenland-Hilfe heißt es, diese werde in Form eines Darlehens gewährt, das bis zu 86 Milliarden Euro betragen könne, „abzüglich einer erwarteten Beteiligung des IWF“. Die maximale durchschnittliche Laufzeit der Darlehenstranchen soll 32,5 Jahre betragen. Die erste Tranche wurde – wie von der Bundesregierung – angekündigt – am 19. August 2015 vom ESM-Direktorium nach Beteiligung der nationalen Parlamente beschlossen. Der Auszahlungsbetrag von 26 Milliarden Euro besteht aus zwei Sub-Tranchen: 16 Milliarden wurden insbesondere für die kurzfristig anstehenden Rückzahlungsverpflichtungen Griechenlands gegenüber externen Gläubigern verwendet. Zehn Milliarden Euro sind

für die Rekapitalisierung und Abwicklung von Banken vorgesehen. Eine zweite Tranche für Maßnahmen zur Rekapitalisierung oder Abwicklung von Banken in Höhe von bis zu 15 Milliarden Euro werde nach der ersten Programmüberprüfung und nicht später als zum 15. November 2015 bereitgestellt, erläutert die Bundesregierung. Voraussetzung sei, dass der geplante Bankenstresstest abgeschlossen worden sei.

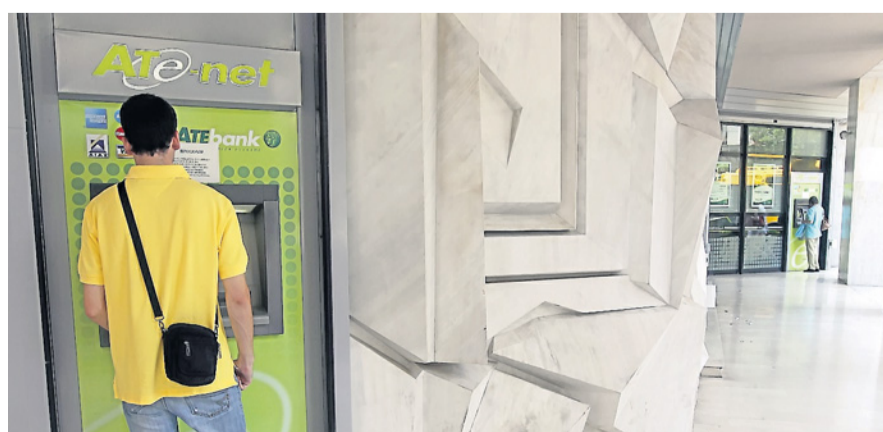
Zur bisher ablehnenden Haltung des Währungsfonds schreibt die Regierung: „Der

IWF hat in seiner Erklärung darauf hingewiesen, dass die Schuldentragfähigkeit Griechenlands zurzeit nicht gegeben sei und aus seiner Sicht nur über erhebliche Schuldenerleichterungen hergestellt werden könne.“ Allerdings habe der IWF die Vereinbarungen mit Griechenland auch als wichtigen Schritt nach vorne bezeichnet und erwarte von der griechischen Seite eine Konkretisierung von Maßnahmen zur Erreichung der mittelfristigen Haushaltsziele sowie konkretere Maßnahmen zur Stärkung des Vertrauens in den Bankensek-

tor. Damit könne es gelingen, „robustes und nachhaltiges Wirtschaftswachstum wiederherzustellen“.

„Die Eurogruppe hält die weitere Beteiligung des IWF für unabdingbar und begrüßt die Bereitschaft des IWF, seinem Direktorium eine Fortsetzung der Finanzhilfe zu empfehlen, wenn die volle Ausarbeitung der vom IWF genannten Konditionalität zur Konsolidierung des Staatshaushalts und zur Stabilisierung des Finanzsektors erfolgt ist sowie eine Vereinbarung über mögliche Maßnahmen zur Schuldenerleichterung mit dem Ziel der Verbesserung der Schuldentragfähigkeit erzielt wurde“, schreibt die Regierung in dem Antrag. Es werde davon ausgegangen, dass die Schuldentragfähigkeit mit Hilfe eines weitreichenden und glaubwürdigen Reformprogramms und zusätzlicher Maßnahmen ohne einen Schuldenschnitt erreicht werden könne.

Zur Entwicklung der griechischen Staatsverschuldung heißt es, die EU-Kommission gehe in einem Basisszenario davon aus, dass die Staatsverschuldung in diesem Jahr 196 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrage und im nächsten Jahr auf 201 Prozent steigen werde. Bis 2020 werde ein Rückgang auf 175 Prozent und bis 2022 auf 160 Prozent erwartet. **hle** ■



Es gibt wieder Geld an den griechischen Bankautomaten.

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Ein Gutes hat die lange Zitterpartie um eine Rettung Athens vor dem Staatsbankrott: Die dringend notwendige Diskussion um eine grundlegende Reform der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist neu entfacht. Im Zentrum steht die Frage: Wie kann angesichts der immensen Staatsschulden die Euro-Zone insgesamt besser geschützt werden? Mit neuen Konzepten will vor allem die Europäische Union verloren gegangenes Vertrauen bei den Menschen zurückgewinnen. Doch ob das gelingen wird, ist mehr als unklar. Zum einen, weil die Konzepte alle sehr verschieden sind. Zum anderen, weil es bei dem Thema um Macht geht. Wer soll in der EU der Zukunft das Sagen haben – die EU-Kommission oder die nationalen Staats- und Regierungschefs?

Die Kritiker Europas sind in dieser Frage genauso uneins, wie die Politiker, die sich um den Euro und seine Zukunft sorgen. Die einen beklagen, dass im Zuge der Griechenland-Rettung seit Jahren fundamentale Regeln der Währungsunion durch die Mitgliedstaaten der Euro-Zone selbst und die EU-Kommission sträflich missachtet wurden. Sie fordern daher eine Rückkehr zum „Konsens von Maastricht“ – eine strikte Haushaltsdisziplin und die Einhaltung der „No-bailout-Klausel“. Sie schließt eine Haftungsunion grundsätzlich aus. Die anderen meinen, dass das Maastrichter Regelwerk selbst einer dringenden Überarbeitung unterworfen werden müsse und fordern energische Schritte hin zu einer „echten“ politischen Union – mit einer weitgehenden Zentralisierung finanz- und haushaltspolitischer Entscheidungen und einer grenzüberschreitenden Solidarität für in Not geratene Mitgliedstaaten.

Höchste Zeit Den Weg einer Vertiefung der Union wollen die fünf Spitzenrepräsentanten der EU gehen. Anfang Juni stellte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zusammen mit Ratspräsident Donald Tusk, Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem, dem Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz den sogenannten „Fünf-Präsidenten-Bericht“ vor. Der vollmundige Titel: „Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion“. Gleich vorweg heißt es, es sei „höchste Zeit“, das Fundament der Einheitswährung zu verstärken, da „das über Jahrzehnte errichtete Gebäude nur teilweise fertig gestellt“ sei. Der Euro-Raum müsse sich „von einem System der Regeln und Leitlinien für die nationale Wirtschaftspolitik“ wandeln zu einem „System weiter gehender Souveränitätsteilung im Rahmen gemeinsamer Institutionen“.

Was genau wollen Juncker und Co.? Zum einen eine „echte Wirtschafts- und Währungsunion“, wie sie jüngst auch François Hollande gefordert hat. Der französische Staatspräsident will ein Parlament für die 19 Euro-Mitgliedstaaten schaffen, einen eigenen Haushalt und eine gemeinsame „Wirtschaftsregierung“. Außerdem sind nach Ansicht der EU-Spitzen weitere Schritte hin zu einer „Finanzunion“ notwendig. Als Prioritäten nennen sie insbesondere die Vollendung der Bankenunion und ein gemeinsames europäisches Einlagensicherungssystem. Des Weiteren fordern sie die Schaffung einer „Fiskalunion“, um die öffentlichen Haushalte zu stabilisieren. Vor allem sollte die EU in den Augen von Juncker, Tusk und Co. künftig auch über eigene finanzielle Möglichkeiten verfügen, um eine aktive Wirtschaftspolitik betreiben zu können. Stichwort: EU-Steuer. Und zu allem wollen sie langfristig die „Politische Union“ vorantreiben – mit „wahrer politischer Rechenschaftspflicht, Legitimität und einer Stärkung der Institutionen (als)

Die Euro-Baustelle

EUROPA Im Zuge der Griechenland-Krise ist die Debatte über eine Reform der Wirtschafts- und Währungsunion neu entfacht. Doch die Hürden sind hoch



Die Euro-Skulptur vor der früheren Zentrale der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main wird derzeit repariert. Nach Ansicht vieler Experten hat auch die Gemeinschaftswährung selbst eine Instandsetzung dringend nötig. © picture-alliance/rdpa

Grundlagen für die drei anderen Unionen“, wie es dem Bericht heißt. Das alles soll in drei Stufen erreicht werden. In der ersten Phase sollen die bestehenden EU-Verträge bis zum Sommer 2017 – nach den Wahlen in Frankreich und Deutschland und dem britischen Austrittsreferendum – „bestmöglich genutzt werden“, um die Wettbewerbsfähigkeit und die strukturelle Konvergenz in der EU zu fördern und eine „verantwortungsvolle“ Haushaltspolitik zu verwirklichen. In einer

zweiten Stufe sollen dann „konkrete, weitreichende Maßnahmen“ vereinbart werden, wozu unter anderem eine stärkere Koordinierung beziehungsweise Zentralisierung der Wirtschaftspolitik sowie die Schaffung entsprechender Institutionen gehören würde. Unter anderem ist im Bericht die Rede von einem „europaweiten Schatzamt“ mit eigenem Budget. Bis spätestens 2025 soll die Währungsunion in allen genannten Schritten verwirklicht und „ein Hort der Stabilität und des

Wohlstands für alle Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedstaaten, die eine gemeinsame Währung miteinander teilen“, sein. Das klingt zu schön, um wahr zu sein. Sicher ist bis jetzt nur eines: Gewinner wird bei diesem Konzept in jedem Fall die EU-Kommission sein. Sie könnte weitreichend in die einzelnen Politiken der Nationalstaaten eingreifen. Dass Europa und allen vora die Währungsunion sich ändern muss, meint auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble

(CDU). Europa könne in der globalisierten Welt nicht als loser Verbund stets neu und mühsam sich zusammenraufender Nationalstaaten bestehen, sondern es müsse integriert, stark und einig sein, schrieb er vor wenigen Wochen in einem Gastbeitrag für die „FAZ“. Schäuble zielt jedoch auf etwas anderes als Juncker. Eine gemeinsame EU-Wirtschaftsregierung mit einem eigenen Budget, zu dem womöglich auch noch die Ausgabe eigener Eurobonds als Schuldscheine gehört, um Krisenstaaten zu hel-

fen, lehnt der überzeugte Europäer ab. Er sieht zudem in den Regierungen der Nationalstaaten wenig Neigung, Macht abzugeben. Erst vor kurzem hat Schäuble eine teilweise Entmachtung der EU-Kommission ins Gespräch gebracht. Er wirft ihr vor, ihre Befugnisse im Zuge der Griechenland-Krise häufig überschritten zu haben. Ihre Funktion als „Hüterin der Verträge“ sei mit ihren immer stärkeren politischen Aktivitäten nicht vereinbar.

Zwei Geschwindigkeiten Bereits 1994 hatte Schäuble – zusammen mit dem CDU-Außenpolitiker Karl Lamers – den Plänen für eine gemeinsame Wirtschaftsregierung die Idee eines „Europas der zwei Geschwindigkeiten“ entgegengestellt. Die, die können und wollen – also neben Deutschland und den Niederlanden vor allem die skandinavischen EU-Länder und Frankreich – sollen voran gehen, die anderen später dazu stoßen. Nach diesem Muster wurde 1985 das Schengen-Abkommen geschlossen. Auch die Währungsunion besteht aus einer solchen Kerngruppe, zu der heute 19 der 28 EU-Staaten gehören. Und der europäische Fiskalpakt wurde ebenfalls nicht von allen EU-Staaten verabschiedet, sondern als völkerrechtlicher Vertrag zwischen 25 Staaten geschlossen.

2013 tauchten die gleichen Gedanken über ein Kerneuropa wieder auf. Dieses Mal in einem Papier der beiden EU-Kommissare Pascal Lamy (Frankreich) und Günter Verheugen (Deutschland). Es ging dabei stets um die gleiche Frage: Braucht Europa nicht nur eine gemeinsame Währung, sondern auch eine gemeinsame Politik, gar eine gemeinsame Regierung? Doch davor stellen die Vertreter eines Kerneuropas „die Verträge“, die dafür ausgehandelt werden müssten und die ihrer Ansicht nach eine klare deutsch-französische Handschrift tragen sollten. Die EU-Kommission sollte ihrer Ansicht nach zwar die künftigen Grundlinien der Wirtschaftspolitik in der Eurozone verabschieden, diese müssten jedoch „jährlich durch die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone auf einem Gipfel gebilligt“ werden. Folgerichtig kann sich der deutsche Finanzminister einen künftigen EU-Finanzminister bestenfalls als EU-Haushaltskommissar vorstellen, der nationale Haushalte prüft und zurückweisen kann, wenn sie den gemeinsam vereinbarten Regeln nicht entsprechen.

Ungewisser Ausgang Mit einem Problem haben die Reformer beider Lager zu kämpfen: Alle Ideen für einen grundlegenden Umbau der EU müssen von allen 28 EU-Staaten gebilligt und die Änderungen ratifiziert werden. In einigen Ländern sind dafür sogar Volksabstimmungen mit höchst ungewissem Ausgang nötig. Schon der Verfassungsvertrag von 2000 war daran gescheitert. Und die Stimmung der Bevölkerung in den meisten Mitgliedstaaten spricht derzeit nicht dafür, dass sie auf absehbare Zeit für einen großen europäischen Integrationsvertrag votieren würden. Auch in Detailfragen müssen die Blaupausen der EU-Kommission erst den Beweis antreten, dass ihre Pläne mehrheitsfähig sind. Beispiel Bankenunion: Besonders eine mögliche europäische Einlagensicherung für Banken, die automatisch eine Vergemeinschaftung von Bankverlusten bedeuten würde, stößt auf massiven Widerstand – gerade in Deutschland. Kosten für Bad Banks, heißt es hierzulande, sollten lenie überlassen werden, die sie in erster Linie verursacht haben, also den Gläubigern der Banken und den nationalen Aufsehern. Die einzige Ausnahme sollte für den Fall gelten, dass die Solvenz eines Staates in Gefahr gerät.

Christoph Birnbaum
Der Autor ist freier Wirtschaftsjournalist in Bonn.

»Europäische Steuerzahler müssen auf jeden Fall zahlen«

BANKEN Die Rekapitalisierung der griechischen Geldinstitute könnte bis zu 25 Milliarden Euro kosten. Im Oktober soll ein Stresstest den tatsächlichen Kapitalbedarf ermitteln

Ein turbulenter Sommer neigt sich in Griechenland dem Ende zu. Doch seit Alexis Tsipras nach nur wenig mehr als sechs Monaten im Amt des Ministerpräsidenten vorgezogene Parlamentswahlen für den 20. September angekündigt hat, ist klar, dass auch der Herbst kaum Beruhigung bringen wird. Die Wahlen könnten zwar eine deutlichere Klärung der politischen Kräfteverhältnisse bringen als alle anderen Abstimmungen seit 2009. Sie werden aber kaum etwas an der Höhe der Rechnung ändern, die die Griechen für das fehlgeschlagene Vabanquispiel der Regierung Tsipras werden bezahlen müssen. Das betrifft nicht zuletzt die Kosten für die Sanierung der griechischen Banken. Als Tsipras Ende Januar die Regierungsverantwortung in Athen übernahm, hatte der Bankensektor des Landes eine Phase der Stabilisierung auf niedrigem Niveau hinter sich. Die von griechischen Unternehmern beklagte „Kreditklemme“ dauerte zwar an, aber wenigstens hatten die vier „systemrelevanten“ Banken des Landes nicht unter einem massenhaften Kapitalabfluss zu leiden. Nach dem Ende der Regierung Tsipras sieht das anders aus: Ein Ende der im Juli verhängten Kapitalverkehrskontrollen ist nicht absehbar, und die Kosten der nötig gewordenen abermaligen Rekapitalisierung

der Banken stehen nicht fest. Zwar hat die Regierung eine stufenweise Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen in Aussicht gestellt, doch über den Zeitraum gibt es keine Klarheit. Abgesehen von einigen Erleichterungen – beispielsweise ist es Eltern von im Ausland studierenden Kindern nun gestattet, Geld für Studiengebühren zu überweisen – bleibt das griechische Bankensystem ein in sich geschlossener Kreislauf. Um weitere Kapitalabflüsse zu verhindern, müssen Auslandsüberweisungen begründet und genehmigt werden. Griechische Firmen, die Rohstoffe, Maschinen oder andere Güter im Ausland kaufen wollen, müssen sich jede Transaktion im Umfang von mehr als 150.000 Euro von einer Kommission des Finanzministeriums genehmigen lassen. Kleinere Transaktionen werden von den Banken geprüft. Viele Geschäftsleute klagen darüber, dass die Entscheidungen in beiden Fällen viel zu langsam gefällt werden. „Es ist eine ziemlich bürokratische Prozedur, die viele Probleme schafft“, urteilt der ehemalige Finanzminister Filippos Sachinidis, ein enger Weggefährte des früheren griechischen Regierungschefs Giorgos Papandreou. Dass die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen einen großen Einfluss auf die Wirtschaft hat, hält nicht nur er für ausgemacht: „Wir



Warteschlange vor einer Filiale der griechischen Nationalbank: Die Griechen können nur 60 Euro täglich beziehungsweise 300 Euro pro Woche abheben. © picture-alliance/Robert Geiss

steuern nicht nur 2015, sondern wohl auch 2016 auf eine Rezession zu.“ Eine weitere Baustelle im ohnehin nur eingeschränkt funktionierenden Bankensystem ist die anstehende Rekapitalisierung der Institute, die einen zweistelligen Milliardenbetrag kosten wird. Der stellvertretende EU-Kommissionspräsident Valdis Dombrovskis versicherte unlängst, durch die neuen europäischen Regelungen zur Abwicklung oder Sanierung von Banken sei sichergestellt, dass es nicht die europä-

ischen Steuerzahler sein werden, die für die Rekapitalisierung zahlen müssen. Das ist jedoch Augenwischerei. Zwar ist inzwischen für die Rettung oder Abwicklung angeschlagener Banken eine sogenannte Haftungskaskade beschlossen worden, die der Praxis der Privatisierung von Gewinnen bei Sozialisierung aller Verluste einen Riegel vorschieben soll. Laut Haftungskaskade müssen für die Sanierung einer Bank erst die Eigentümer beziehungsweise Anteilseigner der jeweiligen Bank und danach die

Inhaber von Guthaben mit mehr als 100.000 Euro zahlen, bevor die Steuerzahler herangezogen werden. Diese Regel soll auch bei der Neuausstattung der griechischen Banken mit Kapital gelten – doch ein Blick darauf, wer die Eigentümer griechischer Banken eigentlich sind, die nun zahlen sollen, zeigt: Die Mehrheit der Anteile an griechischen Banken gehört inzwischen dem hellenischen Bankenrettungsfonds HFSF, also dem griechischen Staat – und der kann ohne Finanzhilfen der Eurozone nichts unternehmen, um die klammern Banken zu sanieren. „Die Aussage des stellvertretenden EU-Kommissars, dass die Steuerzahler nicht zur Kasse gebeten werden, ist bestenfalls unklar, eigentlich aber unsinnig. Die Steuerzahler müssen auf jeden Fall zahlen“, sagt daher ein Bankenfachmann aus Athen, der nicht genannt werden möchte.

Wie hoch der Kapitalbedarf der vier griechischen Banken des Landes tatsächlich ist, soll nach Abschluss der unter Aufsicht der Europäischen Zentralbank durchgeführten sogenannten „Stresstests“ im Oktober feststehen. Sachinidis spricht von „10 bis 25 Milliarden Euro“, die nötig werden könnten. Parallel dazu müssten die Kunden aber davon überzeugt werden, dass ihr Geld bei griechischen Banken (wieder) si-

cher ist. Derzeit gibt es kaum Guthaben bei griechischen Banken, die die gegen Ausfälle versicherte Summe von 100.000 Euro übersteigen. Nur Unternehmen, die das Geld als jederzeit verfügbares operatives Kapital benötigen, verfügen notgedrungen über höhere Guthaben. Der starke Anstieg von nicht mehr bedienten oder ausfallgefährdeten Krediten („non performing loans“) bei griechischen Banken ist ein weiterer Unsicherheitsfaktor. Ein Großteil sind Immobilienkredite, deren Besitzer sich in scheinbar guten Zeit Geld geliehen haben, um den Kauf eines Hauses oder einer Wohnung zu finanzieren, ihre Schulden nun aber nicht mehr zurückzahlen wollen oder können. Zwangsversteigerungen solcher Immobilien waren bisher fast nicht möglich. Die EU will nun, dass sich das ändert – doch auch das ist noch ein langer Weg.

Michael Martens
Der Autor ist Korrespondent der FAZ in Athen.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

AUFGEKEHRT

Trump macht weiter Tempo

Bei vielen Langstreckenläufen gehören die Tempomacher zum Inventar. Ihre Rolle ist simpel: Sie sollen dafür sorgen, dass das Rennen nicht zu gemächlich verläuft. Auch in US-Vorwahlkämpfen für die Präsidentschaftswahlen gibt es Tempomacher, auch wenn diese sich wohl gar nicht als solche verstehen. Kandidaten, die so unglaublich unwählbar sind, dass ihre Funktion vor allem darin zu bestehen scheint, groteske Sachen zu sagen und den 24/7-Nachrichtenstrom des inzwischen quasi niemals endenden Vorwahlkampfes am Köcheln zu halten. Die aussichtsreicheren Kandidaten hängen meist im Windschatten rum und können sich um den Aufbau einer schlagkräftigen Organisation kümmern, während sich die Tempomacher im medialen Laufwind abrackern. Irgendwann, meist wenn ihnen die finanzielle Wahlkampf-Puste ausgeht, räumen sie normalerweise das Feld.

Was passiert, wenn so ein Tempomacher aber genügend monetäre Ausdauer hat, zeigt sich aktuell im Vorwahlkampf der Republikaner. Immobilien-Milliardär Donald Trump, der wohl quartalsirren unter den nicht wenigen quartalsirren „Konservativen“, denkt gar nicht daran, den Weg frei zu machen. Er läuft vielmehr seine ganz eigene, mit sexistischen Sprüchen und fremdenfeindlichen Resentiments gespickte Strecke – und die übrigen Kandidaten müssen hinterher. Das ist gut für den Mann mit der legendären Frisur, der sich auch oder vermutlich vor allem als Marke versteht. Schlecht ist es für jene Republikaner, die ernsthaft hoffen, das Weiße Haus zu erobern. Denn die Demokraten können sich abseits des ganzen Trump-Republikaner-Zirkusses für das eigentliche Finale aufwärmen. *Sören Christian Reimer*

VOR 25 JAHREN...

Unterschriften für die Einheit

12.9.1990: Zwei-plus-Vier Vertrag unterzeichnet Die Wiedervereinigung war nicht nur eine innerdeutsche Angelegenheit. Vielmehr hatte sie eine außenpolitische Komponente, die weit komplizierter war. Denn der Weg zur Einheit führte über die Zustimmung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs. Dafür gab es brisante Fragen zu klären: Gehört das geeinte Deutschland weiter der Nato



Gelöste Miemen bei der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags in Moskau

an? Welche Auswirkungen hat die Einheit auf die Grenzverläufe Mitteleuropas? Und was geschieht mit den ausländischen Truppen auf deutschem Boden? Nach einer diplomatischen Großoffensive und vier Verhandlungsrunden zwischen den beiden deutschen Staaten, den USA, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich kam es zum Durchbruch: Am 12. September 1990 unterzeichneten die sechs Außenminister in Moskau den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Darin erkannte Deutschland die europäischen Grenzen, insbesondere die Oder-Neiße-Grenze zu Polen, an – bislang war dies seitens der Bundesrepublik nur unter Vorbehalt geschehen. Außerdem wurde vereinbart, dass die sowjetischen Truppen bis 1994 aus Ostdeutschland abziehen. Besonders schwierig war die Frage nach der Bündniszugehörigkeit. Während Moskau eine Neutralität Deutschlands nach Schweizer Vorbild forderte, lehnten vor allem Bonn und Washington das ab: Die Deutschen wollten selbst darüber entscheiden. Schließlich gab die Sowjetunion nach, ließ sich aber Sicherheitsgarantien geben: So verpflichtete sich Deutschland im Zwei-plus-Vier-Vertrag unter anderem, seine Streitkräfte auf 370.000 Mann zu beschränken. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: 25 JAHRE EINHEITS-BESCHLUSS DER VOLKSKAMMER



Lothar de Maizière (CDU), der letzte Ministerpräsident der DDR, erinnert an die Rolle der ersten frei gewählten Volkskammer.

»Ein beiseitiger Ort der Selbstdemokratisierung«

Wenn man davon absieht, dass die Feierstunde am 23. August ein paar Meter nach Südwesten verrückt war und in einem bestuhnten Rohbau stattfand: Vieles trug dazu bei, dass die Erinnerung an eine historische Nacht vor einem Vierteljahrhundert sehr leicht fiel. Großformatige Bilder an einer Wand des Rohbaus des Berliner Schlosses zum Beispiel. Sie zeigten die Abgeordneten der Volkskammer, wie man sie kannte und kennt: Sabine Bergmann-Pohl, nachdenklich. Gregor Gysi, gestikulierend. Lothar de Maizière, beschwichtigend. Vor allem aber die Gästeliste der Veranstaltung ließ die Sitzung der Volkskammer der DDR, in der der Beitritt zur Bundesrepublik zum 3. Oktober 1990 beschlossen wurde, plastisch werden. Mehr als 120 ehemalige Abgeordnete waren der Einladung der Ost-Beauftragten Iris Gleicke (siehe Seite 2) auf die Schloss-Baustelle gefolgt, an den Ort, an dem die Volkskammer der DDR einst stand. Unter den Gästen war auch Bundespräsident Joachim Gauck, der bei der Gelegenheit mit dem Mythos aufräumte, er habe als einer von zwei Abgeordneten des Neuen Forums für den Beitritt ge-

stimmt. Tatsächlich, gestand er, „war ich bei der Abstimmung gar nicht dabei.“ Wie sich jene, die dabei waren, einen Schlagabtausch um den Beitritt an sich, aber auch um das richtige Datum lieferten, ließen Schauspieler des Maxim-Gorki-Theaters in einer szenischen Lesung wiederaufleben. Das Highlight: Die DSU, eine Art Ost-Ableger der CSU, forderte den Beitritt noch am selben Tag. Der 3. Oktober setzte sich vor allem durch, weil er vor dem 41. Geburtstag der DDR am 7. Oktober lag, den die Mehrheit nicht mehr begehren wollte. Bis früh um 3 Uhr wurde in der Nacht zum 23. August 1990 gerungen, dann stand der Beschluss. „Ich glaube, das ist ein wirklich historisches Ereignis“, verkündete damals Volkskammer-Präsidentin Sabine Bergmann-Pohl. In den Reden anlässlich des Jubiläums blieb es nicht bei Besinnlichkeit. Trotz aller Wiedersehensfreude der Abgeordneten, trotz aller Tatscheilen über grau gewordene Köpfe – ja, es wurde wirklich viel geherzt an diesem Tag – wurde kritische Reflexion laut. Zu verdanken war das vor allem Jens Reich. Der Mitgründer des Neuen Forum erklärte noch ein-

mal, warum er damals mit Nein, also gegen den Beitritt, gestimmt hatte. Mit seinem feinsinnigen Humor, den man fast vergessen hatte, klang es beinahe, als wolle der 76-Jährige noch einmal Überzeugungsarbeit leisten: Ohne auch nur den Entwurf des – noch gar nicht geschrieben – Einigungsvertrags zu kennen, habe man „die Katze im Sack“ kaufen müssen, sagte Reich. Das gelte auch, wenn richtig sei, was Lothar de Maizière (CDU), der letzte Ministerpräsident der DDR, in seiner Rede zuvor gesagt hatte: Der Verkäufer sei ja „kein Räuber“ gewesen – ein Zitat, das auf Wolfgang Thierse zurückgeht. Insgesamt, so Reich, „waren nicht nur wir Laiendarsteller, sondern auch die Profi-Truppe in Bonn schuld an einem gewissen Tohuwabohu.“ Ex-Ministerpräsident de Maizière erinnerte daran, dass die erste und einzige frei gewählte Volkskammer eins der fleißigsten Parlamente der Geschichte war. In der kurzen Zeit ihres Bestehens verabschiedete sie 164 Gesetze und 93 Beschlüsse und ratifizierte drei Staatsverträge. Und: „Sie war ein beiseitiger Ort der Selbstdemokratisierung“, betonte de Maizière. *Jeannette Goddar*

LESERPOST

Zur Ausgabe 33-34 vom 10. August 2015, Thema „Russland“: Seit Jahrzehnten lese ich „Das Parlament“. Noch nie habe ich einen derartigen Tonfall in der Zeitung wie im Editorial dieser Ausgabe wahrgenommen. Dort wird über den russischen Präsidenten Wladimir Putin entwürdigend und beleidigend geschrieben, wie allein der Satz verdeutlicht: „Der Präsident gefällt sich in der Rolle als ein von Testosteron gesteuerter russischer Bär.“ Wie soll mit einer derartig kruden Sprache jemals wieder zu einem vernünftigen Miteinander gefunden werden? *Erich Mayer, Erlangen*

Endlich einmal eine in sich geschlossene Dokumentation über Russland sowie die Stellung dieses Landes, Politik, Wirtschaft, Völkerrecht sowie innerstaatliche Konflikte. Dafür sage ich Dank. Vermisst habe ich eine Analyse des russischen Bankensystems, die Rolle der Banken, ihr Verhältnis zum Staat sowie internationale Geschäftsbeziehungen, insbesondere die Rolle der Sberbank, Russlands größter Staatsbank. *Wolfgang Schröder, Schöneiche*

Welcher Automatismus soll denn wirken, wenn der Autor Gerd Koenen auf Seite 1 schreibt: „Dass Deutschland in

dem Stresstest, den der unerklärte Krieg gegen die Ukraine ... bedeutet, eine Schlüsselrolle spielt und spielen soll, ist unvermeidlich.“ Wer bestimmt eigentlich, welche Rolle Deutschland spielen soll? Deutschland ist zwar das mächtigste Land in Europa, aber ist kein und will bestimmt auch kein Hegemon sein. Bei der derzeitigen Lage der Europäischen Union werden allerdings fast alle europäischen Problemlösungen von Deutschland erwartet. Mehr Verantwortung übernehmen? Ja, aber nur in Verbindung mit anderen EU-Staaten. Mit Alleingängen macht man sich keine Freunde. *Hans-Dieter Seul,*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 14. September.

SEITENBLICKE



Tag der Ein- und Ausblicke

OFFENE TORE Einen Blick hinter die Kulissen des Parlaments bietet der Deutsche Bundestag am Sonntag, 6. September. Erneut öffnet der Bundestag dann für den „Tag der Ein- und Ausblicke“ von 9 bis 19 Uhr seine Tore. Interessierte Besucher können dabei zahlreiche Facetten des parlamentarischen Alltags entdecken. So werden sich auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes die im Bundestag vertretenen Fraktionen präsentieren und zum Gespräch bitten. Diskussionen zu aktuellen Themen werden zudem von den jeweiligen Fach-Ausschüssen angeboten. Auch die Institution Parlament wird gewürdigt. Auf den Besuchertribünen im Plenarsaal werden die Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen des Deutschen Bundestages ihre Aufgaben und die Abläufe im Parlament erläutern. Die Verwaltung wird sich beim „Tag der Ein- und Ausblicke“ ebenfalls präsentieren. Im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus werden beispielsweise Führungen durch die Bibliothek und das Archiv angeboten. Ein Kinderprogramm wird ebenfalls geben. Der letzte Einlass ist um 18 Uhr. Der Besuch ist kostenlos. *scr*

Mehr Informationen zum „Tag der Ein- und Ausblicke“ im Netz auf www.bundestag.delte

PERSONALIA

-Manfred Wende † Bundestagsabgeordneter 1969-1976, SPD
Am 3. August starb Manfred Wende im Alter von 87 Jahren. Der Rundfunkredakteur schloss sich 1962 der SPD an. Wende, Direktkandidat des Wahlkreises Waiblingen, engagierte sich im Ausschuss für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen.

-Ernst-Reinhard Beck Bundestagsabgeordneter 2002-2013, CDU
Am 31. August wird Ernst-Reinhard Beck 70 Jahre alt. Der Oberstudiendirektor aus Reutlingen schloss sich 1968 der CDU an und war dort von 1979 bis 1983 CDU-Kreisvorsitzender. Im Bundestag engagierte sich der Direktkandidat des Wahlkreises Reutlingen im Verteidigungsausschuss. Der Oberst der Reserve war von 2003 bis 2009 Präsident des Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr. Beck ist Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung.

-Manfred Lischewski Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU
Am 2. September begeht Manfred Lischewski seinen 75. Geburtstag. Der promovierte Chemiker aus Halle/Saale trat 1990 der CDU bei. Der Direktkandidat des Wahlkreises Halle engagierte sich vorwiegend im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, an dessen Spitze er von 1994 bis 1998 stand.

-Josef Klein Bundestagsabgeordneter 1972-1976, CDU
Am 5. September vollendet Josef Klein sein 75. Lebensjahr. Der promovierte Philologe und Universitätsprofessor trat 1966 der CDU bei, war von 1979 bis 1984 Ratsherr in Stolberg und von 1969 bis 1973 Mitglied des Kreistags Aachen. Klein gehörte dem Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau an.

-Rudolf Bindig Bundestagsabgeordneter 1976-2005, SPD
Am 6. September wird Rudolf Bindig 75 Jahre alt. Der Diplom-Kaufmann aus Weingarten trat 1967 in die SPD ein, gehörte von 1973 bis 1993 dem Landesvorstand in Baden-Württemberg an. Bindig engagierte sich überwiegend im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Von 1988 bis 2006 gehörte er dem Europarat und der WEU an und amtierte von 2002 bis 2006 als Vizepräsident des Europarats.

-Wolfgang Weiermann Bundestagsabgeordneter 1987-2002, SPD
Am 8. September vollendet Wolfgang Weiermann sein 80. Lebensjahr. Der Maschinenbauer aus Dortmund wurde 1955 SPD-Mitglied. Von 1969 bis 1987 war er Ratsherr seiner Heimatstadt. Weiermann, stets Direktkandidat des Wahlkreises Dortmund II, arbeitete vorwiegend im Wirtschaftsausschuss mit.

-Klaus Breil Bundestagsabgeordneter 2009-2013, FDP
Klaus Breil wird am 9. September 70 Jahre alt. Der Unternehmensberater aus Bernried ist Vorsitzender des FDP-Kreisverbands Weilheim-Schongau und gehört dem Landesvorstand seiner Partei in Bayern an. Von 1996 bis 2002 war er Mitglied des Kreistags von Weilheim-Schongau und gehört diesem wieder seit 2008 an. Breil engagierte sich im Wirtschaftsausschuss.

-Ingrid Matthäus-Maier Bundestagsabgeordnete 1976-1982, FDP, 1983-1999, SPD
Am 9. September begeht Ingrid Matthäus-Maier ihren 70. Geburtstag. Die Verwaltungsrichterin schloss sich 1969 der FDP an, trat 1972 an die Spitze des Bundesvorstands der Jungdemokraten und war bis 1982 Mitglied des FDP-Bundesvorstands. Nach dem Koalitionswechsel ihrer Partei im Herbst 1982 trat sie der SPD bei. Deren Bundesvorstand gehörte sie von 1995 bis 1999 an. Von 1979 bis 1982 hatte Matthäus-Maier den Vorsitz des Finanzausschusses inne und amtierte von 1988 bis 1999 als finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion sowie als deren stellvertretende Vorsitzende. Von 1999 bis 2008 war sie Mitglied im Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau und leitete die Bank von 2006 bis 2008. Seit 2012 ist Matthäus-Maier Präsidentin der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments.

-Kurt Falthauer Bundestagsabgeordneter 1980-1995, CSU
Am 13. September vollendet Kurt Falthauer sein 75. Lebensjahr. Der promovierte Volkswirt schloss sich 1964 der CSU an, war von 1987 bis 1999 Kreisvorsitzender in München-West und gehörte viele Jahre dem CSU-Landesvorstand an. Von 1974 bis 1980 und von 1998 bis 2008 war er Mitglied des Bayerischen Landtags und amtierte von 1998 bis 2007 als bayerischer Finanzminister. Der langjährige finanzpolitische Sprecher seiner Bundestagsfraktion engagierte sich vorwiegend im Finanzausschuss. *bmh*



Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundesminister der Finanzen:

Eine schwierige Entscheidung



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundesminister

Die Entscheidung über ein weiteres Hilfsprogramm für Griechenland fällt nicht leicht. Die Debatten zu den Hilfen für Griechenland waren und sind aus guten Gründen streitig. Es gibt beachtliche Gründe dafür und es gibt beachtliche Gründe dagegen – ökonomische und politische; das ist unbestritten. Das liegt an der unvollständigen Konstruktion der Währungsunion, der eben eine gemeinsame Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik fehlt. So konnten einzelne Euro-Länder Entscheidungen auf Kosten der Gemeinschaft treffen, weil Verantwortung und Haftung immer wieder auseinanderzufallen drohten.

Im Zuge der Euro-Krise haben wir die Währungsunion seit 2010 stabiler gemacht: mit den neu eingeführten Regeln für den Stabilitäts- und Wachstumspakt, mit dem sogenannten Six-Pack, und mit dem Fiskalpakt. So ist es gelungen, Verantwortung und Haftung näher zusammenzuführen. Mit der Bankenunion haben wir den Teufelskreis zwischen Staatsschulden und Bankenrisiken durchbrochen. Mit gezielten Reformprogrammen haben wir die Wachstumskräfte in der Währungsunion gestärkt. Das war erfolgreich: in Irland, in Portugal, in Spanien und in Zypern. Es hat bis zum letzten Jahr auch in Griechenland funktioniert. Da-

bei war Griechenland von Anfang an ein außergewöhnlich schwieriger Fall.

Vor dem ersten Programm hatte Griechenland 2009 ein Haushaltsdefizit und ein Leistungsbilanzdefizit von jeweils 15 Prozent – vor der Euro-Krise. Dazu kamen und kommen die schwierigen institutionellen Rahmenbedingungen, schwache Strukturen der Verwaltung und der Justiz, hohe Sozialleistungen und ein überdimensionierter Beamtenapparat. Trotzdem war Griechenland bis Ende vergangenen Jahres auf gutem Weg. Griechenland hatte Wachstum; es hatte im vergangenen Jahr eine höhere Wachstumsrate als die meisten anderen Länder der Euro-Zone. Griechenland hatte einen Handelsbilanzüberschuss, einen Primärüberschuss, und auch die Arbeitslosigkeit begann zu sinken.

– Sie ging zurück. Sie war vorher so hoch, Herr Kollege. Das ist in Krisen so. Ich kann Ihnen einmal die Zahlen aus anderen Ländern sagen. Griechenland war auf einem guten Weg, auf einem besseren, als viele zu hoffen gewagt haben.

Nun ist auch wahr: Die Wiedergewinnung tragfähiger öffentlicher Finanzen als Voraussetzung für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und Arbeitsplätze erfordert von der Bevölkerung in jedem Fall erhebliche Anpassungsleistungen. Je länger die Anpassungsleistungen dauern, umso schwieriger ist es auch für eine Bevölkerung, dafür den politischen Konsens und den sozialen Konsens aufrechtzuerhalten. Aber sie sind unverzichtbar, insbesondere wenn man Mitglied in einer Währungsunion ist. Die Entscheidung, ob man solche Anpassungsleistungen zu tragen bereit und in der Lage ist, liegt ausschließlich im jeweiligen Land. Aber für die Mitgliedschaft in der Währungsunion sind sie unverzichtbar.

Das Problem des griechischen

Ministerpräsidenten war, dass er vor und nach der letzten Wahl versprochen hatte, genau diese Entscheidung zu vermeiden. Er hatte versprochen: Griechenland bleibt in der Euro-Zone, ohne Reformen, ohne Programm. Dies hat sich als ein nicht haltbares Versprechen herausgestellt. Jetzt muss er das Gegenteil von dem machen, was er versprochen hatte. Darüber ist die Einheit seiner Partei ganz offensichtlich schweren Belastungen ausgesetzt.

Erst als die Unausweichlichkeit der Entscheidung klar war, haben sich die Verantwortlichen in Griechenland für einen neuen Anfang entschieden. Wenn der Ministerpräsident im Parlament und öffentlich gesagt hat – ich zitiere –, dass Griechenland jetzt all das umstürzen müsse, was Griechenland in diese Krise geführt habe, um dauerhaft zu Wachstum und Beschäftigung zu kommen, dann ist das von seiner Seite die Bestätigung, dass es richtig war, Griechenland die Notwendigkeit, diese Wahl zu treffen, deutlich vor Augen zu führen. Dazu hat die Euro-Gruppe, dazu hat Deutschland beigetragen. Das ist im Interesse Griechenlands und im Interesse Europas.

Die Vereinbarung der Staats- und Regierungschefs vom 12. Juli 2015 enthält die Rahmenbedingungen. Danach haben die Institutionen die Vereinbarungen mit der griechischen Regierung erarbeitet. Die Institutionen sind die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds. Früher haben wir diese Einrichtungen Troika genannt, jetzt nennen wir sie Institutionen. Sie haben die Vereinbarungen mit der griechischen Regierung erarbeitet, das sogenannte Memorandum of Understanding, und abgeschlossen. Auf dieser Grundlage hat die Euro-Gruppe am vergangenen Freitag völlig einmütig einen Beschluss vorbereitet, für den ich im Deutschen Bundestag um Zustimmung ersuche.

Das Programm für die nächsten drei Jahre sieht Finanzhilfen von bis zu 86 Milliarden Euro vor. Die

erste Tranche soll 26 Milliarden Euro betragen. Sie dienen der Ablösung der schon im Juli beschlossenen Brückenfinanzierung zur Bedienung der fällig gewordenen auswärtigen Verbindlichkeiten – mit über 12 Milliarden Euro –; etwas mehr als 3 Milliarden Euro werden für die Erfüllung aufgelaufener Zahlungsverpflichtungen in Griechenland zur Verfügung gestellt, damit die griechische Wirtschaft wieder in Schwung kommen kann. Denn wenn Rechnungen nicht bezahlt werden, dann kommt die Wirtschaft nicht in Schwung.

Darüber hinaus werden Griechenland 10 Milliarden Euro auf einem gesonderten Konto beim ESM für die Bankenrekapitalisierung bereitgestellt; denn die zügige Rekapitalisierung der Banken in Griechenland ist wiederum notwendig, damit die Kapitalverkehrskontrollen schrittweise aufgehoben werden können. Auch das ist wichtig, damit die griechische Wirtschaft wieder Fuß fasst.

Die weiteren im Programm vorgesehenen Tranchen werden Zug um Zug mit erfolgreichen Programmüberprüfungen in den kommenden Jahren gezahlt. Diese Konditionalität mit Überprüfungen ist Bestandteil und Bedingung eines jeden europäischen Stabilisierungsprogramms. Die Institutionen werden die Umsetzung der Auflagen alle drei Monate überprüfen. Auf der Grundlage dieser Überprüfungen wird in der Euro-Gruppe bzw. im Board des Europäischen Stabilitätsmechanismus über die jeweiligen Auszahlungen beschlossen, wobei der Deutsche Bundestag jeweils im Rahmen des ESM-Finanzierungsgesetzes über die Entscheidungen informiert oder daran beteiligt wird – so wie das in unserer Gesetzgebung beschlossen und geregelt ist. Die erste Überprüfung soll im Oktober 2015 stattfinden.

Ziel der Reformmaßnahmen ist, dass Griechenland wirtschaftlich möglichst schnell wieder auf eigenen Beinen stehen kann. Deshalb ist es erforderlich, dass Griechenland ab 2016 wieder Primärüberschüsse erwirtschaftet. Ich will daran erinnern: Griechenland hatte im vergangenen Jahr einen Primärüberschuss. Wir hatten die

Aussicht, dass in diesem Jahr ein ansteigender Primärüberschuss entstehen würde. Das ist leider durch die Entwicklungen der letzten acht Monate unmöglich geworden. Aber ab dem kommenden Jahr soll wieder ein kleiner und dann ansteigender Primärüberschuss erwirtschaftet werden: 0,5 Prozent im kommenden Jahr, 1,75 Prozent in 2017 und ab 2018 ein Primärüberschuss von 3,5 Prozent.

Die Reformmaßnahmen betreffen insbesondere eine verbesserte Haushaltsplanung, eine größere Steuergerechtigkeit, eine Modernisierung der Arbeits- und Produktmärkte und der öffentlichen Verwaltung, eine Privatisierungsstrategie und eine Rentenreform. Insgesamt sieht das Programm zahlreiche und umfangreiche Einzelmaßnahmen vor, von denen ein Großteil – das ist das Neue – bereits vorab im griechischen Parlament verabschiedet worden ist. Wichtige konkrete Reformmaßnahmen umfassen unter anderem die Liberalisierung des Energiemarkts, die Abschaffung von Steuerbegünstigungen, die Bekämpfung von Korruption in der Verwaltung, den Umbau des Renten- und Gesundheitswesens, die Wiederherstellung von Liquidität und Kapitalausstattung angeschlagener Banken, den Umgang mit notleidenden Krediten und die Einrichtung eines Privatisierungsfonds.

Bei den Bankenrekapitalisierungsmaßnahmen, die sich in dem Programm, im Rahmen der 86 Milliarden Euro belaufen können – je nachdem, was durch die europäische Bankenaufsicht als Notwendigkeit ermittelt wird –, ist si-

Fortsetzung auf nächster Seite

Denn wenn Rechnungen nicht bezahlt werden, dann kommt die Wirtschaft nicht in Schwung.

Die Entscheidung über ein weiteres Hilfsprogramm für Griechenland fällt nicht leicht.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlament fernsehen als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

chergestellt, dass über die ersten 10 Milliarden Euro hinaus zunächst der tatsächliche Bedarf durch einen Stresstest der europäischen Bankenaufsicht ermittelt wird. Darüber hinaus ist Voraussetzung, dass die Programmüberprüfung im Oktober 2015 erfolgreich abgeschlossen wird. Darüber hinaus wird das Bail-in-Instrument für Anleihegläubiger ersterrangiger Schuldtitel gelten. Die Beteiligung von Einlegern bleibt vor Inkrafttreten der Bankenrestrukturierungsrichtlinie ausgeschlossen.

Für das den Banken zur Verfügung zu stellende Kapital, also bis zu 25 Milliarden Euro, sollen entsprechende Anteile an den unabhängigen Privatisierungsfonds übertragen werden. Dieser Privatisierungsfonds soll bis Ende 2015 unter der Aufsicht der relevanten europäischen Institutionen seine Arbeit aufnehmen. Den ersten Entwurf dafür muss Griechenland schon im Oktober 2015 vorlegen. In diesen Fonds sollen während der Laufzeit des Programms – über die im MoU vereinbarten Privatisierungen hinaus – werthaltige Vermögenswerte transferiert werden, die sich im Wert entwickeln sollen, damit sie nach Abschluss der Privatisierung zusätzlich zur Schuldenreduzierung und zur Förderung von Investitionen in Griechenland beitragen können.

Für die Bundesregierung ist unabdingbar, dass der Internationale Währungsfonds mit seiner besonderen Expertise bezüglich Staatsschuldenkrisen weiter an Bord bleibt. Die Euro-Gruppe teilt diese Auffassung, und sie hat dies in ihrer Erklärung vom Freitag ausdrücklich niedergelegt. Der Internationale Währungsfonds wird seinerseits über eine weitere Beteiligung nach einer Überprüfung des Programms im Herbst entscheiden.

Man muss daran erinnern: Das

eigentliche Programm des Internationalen Währungsfonds hatte eine Laufzeit bis Ende März kommenden Jahres. Durch die Nichtbedienung einer Zahlung Ende Juni, Anfang Juli dieses Jahres an den IWF ist das Programm außer Kraft getreten. Deswegen hat der IWF schon bei den Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs am 12. Juli 2015 erklärt, dass ein neues Programm für den IWF notwendig ist und dass der IWF darüber erst im Oktober 2015 nach einer ersten Programmübersicht – im Lichte der eingetretenen Verzögerungen bei der Bedienung von IWF-Verbindlichkeiten – nach IWF-Regeln entscheiden wird. Aber seine grundsätzliche Bereitschaft zu einer weiteren Beteiligung hat der IWF erklärt, und er hat Maßnahmen spezifiziert, die jetzt auf den Weg gebracht werden müssen.

Der IWF hat zwei zusätzliche Punkte – hinsichtlich der Rentenreform und der Banken-Governance – genannt, die bis Oktober 2015 geklärt werden müssen – auch das ist einvernehmlich – und die dann auch in das europäische Programm übernommen werden sollen, damit wir eine völlige Identität der Konditionalität von ESM-Programm und IWF-Programm haben werden.

Des Weiteren gehört zu diesen Maßnahmen natürlich auch die gemeinsame Beurteilung, dass die Schuldentragfähigkeit gegeben ist. Da haben wir im Augenblick die Situation, dass die europäischen Institutionen – Kommission und EZB – zu der Einschätzung gekommen sind, dass die Schuldentragfähigkeit bei konsequenter Umsetzung der Programmvereinbarungen und durch Maßnahmen zur Schuldenerleichterung ohne einen Schuldenschnitt erreicht werden kann.

Zwar werden die bisher vereinbarten Zielwerte für die Schulden-

standsquote aufgrund der Verwerfungen der vergangenen Monate erst deutlich später erreicht werden können – das ist unbestreitbar –, aber in jedem Fall wird die Schuldenstandsquote schon während der Programmlaufzeit bis 2018 ihren Kulminationspunkt überschreiten, ab dem sie dann wieder zurückgeht. Denn die Schuldenstandsquote geht in dem Augenblick zurück, in dem der Überschuss höher ist, und deswegen hängt das davon ab, wie sich das Wachstum entwickelt und die Reduzierung der Haushaltsdefizite erfolgt. Der Kulminationspunkt muss also noch vor 2018 erreicht werden, sodass die Schuldenstandsquote dann wieder rückläufig ist.

Der Verschuldungsgrad ist im internationalen Vergleich extrem hoch, obwohl es Länder gibt – ich nenne nur Japan –, die eine viel höhere Schuldenstandsquote haben. Deswegen hat man in den vergangenen Jahren international mehr und mehr darauf abgehoben, dass die entscheidende Größe für die Schuldentragfähigkeit eigentlich nicht der Schuldenstand ist, sondern die Frage: Liegt der jährlich zu leistende Dienst für Zins und Tilgung, die sogenannte Bruttofinanzierungsbelastung pro Jahr, unterhalb von 15 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistungskraft oder nicht? Diese Beurteilung wird gemeinsam von Internationalem Währungsfonds und europäischen Institutionen mit zugrunde gelegt. Diese 15 Prozent werden – jedenfalls nach den heutigen, noch vorläufigen Zahlen – bis weit in die 2020er-Jahre hinein eingehalten werden können. Ob das für die gesamte Programmlaufzeit der Fall sein wird, muss man im Oktober 2015 im Lichte der dann zu aktualisierenden Zahlen beurteilen. Deswegen bin ich ganz zuversichtlich, dass wir im Oktober

2015 zu einer gemeinsamen Beurteilung der Schuldentragfähigkeit kommen werden.

Dementsprechend werden wir, wenn es dann notwendig ist, noch einen begrenzten Spielraum in der Frage der Laufzeit der Kredite haben, vielleicht auch in der Frage von tilgungsfreien Perioden. Aber auch da sind ja die bisherigen Laufzeiten und die tilgungsfreien Perioden schon so umfangreich, dass der Spielraum für weitere Schuldenerleichterungen ein begrenzter ist; das muss man immer wieder sehr klar sagen. Wiederum ist auch klar, dass ein Schuldenschnitt nicht möglich ist. Er ist nach den europäischen Verträgen, nach übereinstimmender Beurteilung aller Fachleute und nach der Erklärung der Staats- und Regierungschefs für die Mitglieder der Europäischen Währungsunion nicht zulässig.

Es war bereits in der Erklärung vom Juli dieses Jahres enthalten, dass der IWF erst im Oktober 2015 über seine Beteiligung an einem neuen Programm entscheiden wird. Aber unter der Voraussetzung der entsprechenden Änderungen im Rentensystem und der Banken-Governance und unter der Voraussetzung, dass eine Einigung über die Schuldentragfähigkeit erzielt wird, hat die Generaldirektorin des IWF am vergangenen Freitag zugesagt, sich im Oktober 2015 in den IWF-Gremien für eine weitere finanzielle Beteiligung des Internationalen Währungsfonds einzusetzen. Genau in dieser Form wurde bei allen bisherigen europäischen Programmen die Beteiligung des IWF vereinbart; denn der IWF entscheidet unabhängig.

Die Zusage seiner Generaldirektorin, dass man sich für eine weitere Beteiligung einsetzen wird, ist von den Gremien des IWF in der Vergangenheit, wenn die Voraussetzungen erfüllt waren, immer honoriert worden. Es besteht nicht der geringste Zweifel daran, dass das auch in diesem Jahr der Fall sein wird. Die Euro-Gruppe ihrerseits hat entsprechend der Position der Bundesregierung klar gesagt, dass eine weitere Beteiligung des Internationalen Währungsfonds an diesem Programm auch finanziell unverzichtbar ist.

Mit all den Vereinbarungen im MoU und mit den Erklärungen der Euro-Gruppe sind also die Beschlüsse des Europäischen Gipfels vom 12. Juli 2015 umgesetzt. Alle Beteiligten waren sich einig, dass in den letzten Wochen ein grundsätzlicher Wandel in Griechenland zu verzeichnen ist. Dass das zu Auseinandersetzungen innerhalb der dortigen Regierung tragenden Kräfte führt, spricht für die Ernsthaftigkeit des Wandels; wenn es ohne Auseinandersetzung ginge, dann wäre das irgendwie überraschend. Aber weil dieser Wandel

wirklich offensichtlich ist und mit Händen zu greifen war – viele haben gesagt, man glaubt fast, dass man in einer anderen Welt lebt; wie gesagt, die meisten Prior Actions sind inzwischen vom griechischen Parlament beschlossen worden –, waren wir uns unter den Finanzministern am Freitag völlig einig, dass wir auf dieser Grundlage den Abschluss eines Hilfsprogramms empfehlen können und empfehlen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich gibt es nach den Erfahrungen der zurückliegenden Monate und Jahre keine Garantien, dass das alles funktionieren wird, und Zweifel sind immer erlaubt. Aber angesichts der Tatsache, dass das griechische Parlament einen Großteil der Maßnahmen bereits beschlossen hat, wäre es unverantwortlich, die Chance für einen neuen Anfang in Griechenland jetzt nicht zu nutzen.

Wenn Griechenland zu seinen Vereinbarungen steht und wenn das Programm entschlossen und vollständig umgesetzt wird, dann kann die griechische Wirtschaft in den nächsten Jahren wieder wachsen. Die Chance ist gegeben. Ob sie genutzt wird, entscheiden allein die Griechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen oft Entscheidungen treffen, bei denen es gute Gründe dafür und gute Gründe dagegen gibt; das ist Politik. Es ist nicht so, dass immer alle Argumente nur dafür sprechen.

Bei den meisten Entscheidungen ist es übrigens so, dass man zum Zeitpunkt der Entscheidung nicht ganz sicher sein kann, wie sich das in der Rückschau in einigen Jahren darstellen wird; wir können zukünftige Entwicklungen nicht antizipieren. Deswegen müssen wir die Argumente sorgfältig abwägen. Insofern sage ich mit allem Ernst: Wir haben uns alle Mühe gemacht, unserer Verantwortung für Europa, für europäische Solidarität gegenüber Griechenland, aber natürlich auch gegenüber dem Souverän in jedem anderen Mitgliedstaat und gegenüber den Steuerzahlern in allen Ländern der europäischen Währungsunion gerecht zu werden.

Wir wissen – darin sind wir uns alle einig –, wir brauchen aus vielen, vielen Gründen ein starkes, ein handlungsfähiges Europa, und das geht nicht ohne Verlässlichkeit, ohne Vertrauen, und das erfordert Solidarität. Ich glaube, dass ich sagen kann, dass ich nicht weniger als irgendjemand sonst um diese Entscheidung gerungen habe. Weil das so ist, kann ich Sie alle mit voller Überzeugung bitten: Stimmen Sie dem Antrag des Bundesfinanzministeriums zu.

(Anhaltender Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)



Der Plenarsaal während der Sitzung

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

Deutschland hat bisher keinen einzigen Euro gezahlt



Gregor Gysi (*1948)
Wahlkreis Berlin-Treptow – Köpenick

Bevor ich zur Euro-Krise und zu Griechenland komme, einige wenige andere außenpolitische und innenpolitische Bemerkungen:

Gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Onlineplattform netzpolitik.org wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats und Preisgabe von Staatsgeheimnissen eingeleitet.

Anzeigenerstatter war der Verfassungsschutz, und Gutachter darüber, dass das Staatsgeheimnisse sind, war auch der Verfassungsschutz.

Es ist übrigens eine völlig neue Rechtsansicht, dass der vermeintlich Geschädigte auch die Gutachten über sich abgibt. Abgesehen davon wissen wir inzwischen: Das Bundeskanzleramt und das Bundesinnenministerium waren vorab informiert. Das heißt, es handelte sich um einen schwerwiegenden politischen Angriff auf die Pressefreiheit.

Ich sage Ihnen: Dass der Generalbundesanwalt in den vorzeitigen Ruhestand geschickt wurde, löst das Problem nicht. Das ist ein Bauernopfer. Wir brauchen hier vollständige Aufklärung.

Meine zweite Bemerkung: Seit Jahrzehnten unterdrücken die türkischen Behörden die Kurden und Kurden in der Türkei, und zwar kulturell, sozial und rechtlich.

Im Kampf dagegen bildete sich die PKK. Nach vielen Jahrzehnten hat endlich ein so schwieriger und wichtiger Friedensprozess begonnen, und den zerstört Erdogan gerade durch Bomben. Ich weiß, dass auch die PKK Fehler begeht, aber Erdogan begeht viel schwerwiegendere Fehler, und er ist viel mächtiger und stärker und hat

deshalb ganz andere Verpflichtungen. Aber der Höhepunkt ist, dass die Bundesregierung uns bestätigen musste, dass Erdogan den „Islamischen Staat“, diese einzigartige terroristische Organisation, regelmäßig unterstützt, während die PKK die entscheidende Kämpferin gegen den „Islamischen Staat“ ist.

Schon deshalb müssen wir endlich das Verbot der PKK in Deutschland aufheben.

Ich sage Ihnen auch: Sie müssen mit der türkischen Regierung ganz anders sprechen. Wie würden Sie denn mit anderen Regierungen, die den „Islamischen Staat“ unterstützen, umgehen? Ganz anders. Bloß weil das ein NATO-Partner ist, machen Sie nichts. Das ist durch nichts zu rechtfertigen; das will ich Ihnen ganz klar sagen.

An der Grenze zu Syrien stehen Bundeswehrsoldaten mit Patriot-Raketen. Als sie dorthin gestellt wurden, haben wir Ihnen gesagt, wir würden Teil des Nahostkonflikts. Das ist durch nichts zu rechtfertigen; aber Sie waren ja, wie immer, schlauer und haben das beschlossen. Jetzt, Frau Merkel, haben auch Sie es verstanden und eingesehen. Sie ziehen die Soldaten und Raketen ab. Wieder einmal hören Sie auf uns – aber spät, sehr spät. Ich sage Ihnen: Sie müssen sich künftig diesbezüglich mehr beeilen.

Eine dritte Bemerkung will ich machen, und zwar zur Flüchtlingsproblematik, die unsere Gesellschaft sehr beschäftigt. Ich möchte gern ganz kurz vier Forderungen formulieren:

Erstens. Das Leben jedes Flüchtlings im Mittelmeer muss gerettet werden.

Zweitens. Alle Flüchtlinge müssen bei uns anständig behandelt und untergebracht werden, und die Kommunen müssen endlich entlastet werden.

Nebenbei bemerkt: Der Linken-Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow, leistet diesbezüglich eine sehr gute Arbeit.

Drittens. Nicht die Flüchtlinge, aber die Kosten müssen innerhalb der Europäischen Union gerecht verteilt werden.

Viertens. Ernsthaft – das sage ich Ihnen – muss begonnen werden, die Fluchtursachen zu bekämpfen, das heißt Krieg, Hunger,

Elend und Rassismus. Wir aber sind der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Ich sage es Ihnen so ernsthaft wie möglich: Wenn wir nicht beginnen, die Weltprobleme zu lösen, werden sie täglich und verschärfter zu uns kommen.

Aber nun zur Griechenland-Krise

– ich hoffe auf Ihre Begeisterung, die habe ich schon erreicht – und zum dritten Hilfspaket. Es geht um 86 Milliarden Euro, davon erstens für Altschulden 54 Milliarden Euro. Das heißt, man macht neue Schulden, um alte Schulden zu begleichen, und aus diesem Kreislauf kommt man nicht mehr heraus. Zweitens. Für Pleitebanken – statt Insolvenzen von Banken mit Erstattung der Guthaben hinzunehmen – stellen wir, nein, nicht wir, sondern die entsprechenden europäischen Einrichtungen wieder 25 Milliarden Euro zur Verfügung. Das Dritte – das stimmt, was Herr Schäuble gesagt hat –: 11 Milliarden Euro dienen dazu, offene Rechnungen des Staatsapparates zu begleichen, Löcher zu stopfen. Für die dringend notwendigen Investitionen wird von diesen Euros nicht einer verwendet. Nicht einer!

Aber es könnte ja auch Positives geben.

Ich komme zum Ersten. Griechenland hat ja aus anderen Fonds bis zum Jahre 2020 Anspruch auf 36 Milliarden Euro, die man tatsächlich für Investitionen verwenden könnte. Das Problem ist nur: Bisher hat Griechenland davon keinen Euro bekommen, weil es die Eigenmittel nicht aufbringen kann, die dafür gefordert sind. Da geht es Griechenland so wie unseren armen Kommunen, die nicht an Fördergelder herankommen, weil sie die Eigenmittel nicht aufbringen. Das ist dieselbe Struktur. Nun ist in Aussicht gestellt worden, die Eigenmittel zu reduzieren – aber nur in Aussicht gestellt; es ist noch nichts beschlossen. Warum haben Sie denn nicht jetzt beschlossen, die Eigenmittel auf null zu setzen, damit endlich das Geld fließen und Investitionen stattfinden können?

Zweitens. Es sollen ja jetzt ernsthaft Korruption, Steuerhinterziehung und Steuerumgehung bekämpft werden, und sogar ein Stück mehr Steuergerechtigkeit soll hergestellt werden. Übrigens sage ich Ihnen noch einmal – das wissen Sie auch, Herr Schäuble und Frau Merkel –: Das ist nur mit dieser Regierung möglich. Bei al-

len vorhergehenden Regierungen, die von Ihren Schwesterparteien gestellt wurden, von den Konservativen und von den Sozialdemokraten, war das undenkbar; denn die haben die Korruption in Griechenland organisiert und erfunden. Also mussten wir hier einen neuen Weg gehen.

Abgesehen davon soll ja auch die Einkommensteuer reformiert werden – das ist eine Chance, dass auch der Spitzensteuersatz erhöht wird –, und Immobilien sollen endlich angemessen bewertet werden.

Drittens sollen die Militärausgaben – wenn auch nicht genug – gesenkt werden.

Viertens. Die angestrebten Überschüsse im Haushalt wurden der Realität angepasst, sodass möglicherweise gewisse Spielräume für die Regierung entstehen.

Aber nun passiert etwas Interessantes – deshalb, Herr Schäuble, haben Sie ja so lange vom Internationalen Währungsfonds, vom IWF, gesprochen –: Sie stecken doch in einem Interessenkonflikt. Denn Herr Schäuble besteht darauf, dass der IWF beteiligt ist. Auf der anderen Seite will er aber keine Schuldenerleichterungen für Griechenland. Nun sagt aber der IWF, er beteilige sich nur, wenn es Schuldenerleichterungen für Griechenland gibt.

Na ja, was tun? Frau Merkel hat angedeutet, man könnte ja vielleicht die Rückzahlungspflichten zeitlich strecken; vielleicht könnte man auch noch die Zinsen stunden; ein Schuldenschnitt käme nicht infrage. Aber immerhin, über diese beiden Dinge könnte man nachdenken. Interessant ist: Das sind die Elemente, die für Deutschland 1952 auf der Schuldenkonferenz in London hinsichtlich der Reparationen aus dem Ersten Weltkrieg beschlossen wurden. Wir machen also nichts anderes als das, was wir auch erfahren haben, wenn auch in etwas anderer Zeit. Ich bin gespannt, wie das ausgeht. Noch ist ja nichts entschieden. Warten wir es ab!

Sie wissen – Sie werden es gleich wieder bestreiten –: Ich bin ein Anhänger von Logik.

Erstens. Deutschland hat bisher in der Krise keinen einzigen Euro an Griechenland gezahlt. Diese Tatsache müssen wir immer wieder benennen.

Zweitens. Die Bundesregierung hat gegen unseren Willen allerdings unterschrieben, für 27 Prozent der während der Krise aufgenommenen Schulden von -Irland, Spanien, Portugal, Zypern und Griechenland zu haften. Das gilt auch für die jetzt geplanten 86

Milliarden Euro.

Drittens. Wenn eines – oder mehrere – dieser Länder in die Pleite getrieben und zahlungsunfähig wird, dann also haften wir dank Ihrer Unterschrift, Frau Merkel und Herr Schäuble, und zwar im Umfange von 27 Prozent.

Viertens. Wenn ein Staat pleitegeht, bedeutet dies für die dortige Bevölkerung eine schlimme Verarmung, Massenarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, ein Netz von Suppenküchen, also eine Katastrophe. Es bedeutet für unsere Bevölkerung, dass wir dann im Milliardenumfang zahlungspflichtig werden. Das heißt,

auch bei uns leitete sich ein weiterer Verarmungsprozess ein.

Fünftens. Also müssen wir doch genauso wie die irische, spanische, portugiesische, zypriotische und griechische Bevölkerung für einen Auf- und nicht für einen Abbau dieser Länder streiten.

Dann ginge es sowohl den Menschen dort als auch bei uns besser. Für Griechenland bedeutete das endlich Investitionen in Bildung, Solarindustrie, Tourismus und Schiffsindustrie. Wenn Sie die anderen zerstören, zerstören Sie auch unser Land. Diese Tatsache müssen wir verdeutlichen.

Aber Sie bauen dennoch weiter und schlimmer ab. Jetzt werde ich es Ihnen sagen:

Erstens gibt es weitere Kürzungen bei Renten und Sozialleistungen, noch einmal. Das bedeutet eine geringere Kaufkraft. Griechenland hat einen kleinen Exportsektor und lebt überwiegend von der Binnenwirtschaft. Wenn Sie die Kaufkraft reduzieren, geht die Binnenwirtschaft zurück, wird sie geschwächt. Dann gibt es geringere Steuereinnahmen, und damit wird die Regierung weniger rückzahlungsfähig und kann gar keine Investitionen tätigen.

Zweites Beispiel: Sie erhöhen die Mehrwertsteuer auf 23 Prozent.

Ja, Sie bestehen darauf und erpressen die Griechen, dass sie es machen. So ist es richtig formuliert. Sie -haben recht, Herr Oppermann; ich sollte das genauer -ormulieren.

Die Mehrwertsteuer steigt auf 23 Prozent; die Ausnahmen bei Inseln werden zurückgenommen. Das aber bedeutet, dass die gesamte Bevölkerung belastet wird, auch der ärmere Teil, und es bedeutet darüber hinaus, dass der Tourismus zurückgedrängt wird. Das sind wieder weniger Steuereinnahmen. Damit kann die Regierung

Das Leben jedes Flüchtlings im Mittelmeer muss gerettet werden.

weniger zurückzahlen und nicht investieren. Ich verstehe diese ganze Logik nicht.

Drittens. Außerdem sollen Massenentlassungen deutlich erleichtert werden. Auch das ist eine Katastrophe. Dagegen war die Sozialdemokratie früher übrigens einmal; aber es ist lange her.

Viertens. Außerdem verlangen Sie von Griechenland eine umfassende Privatisierung der öffentlichen Güter und Daseinsvorsorge. Also, das ist ja schon an sich falsch. Sie hat nirgendwo im Interesse der Bevölkerung funktioniert, weder in London noch bei uns. Aber wenn sie auch noch unter Druck und Zwang erfolgt, dann führt dies natürlich automatisch zu extrem niedrigen Preisen.

Übrigens, Herr Schäuble, nun

lese ich, dass die 14 rentablen Regionalflughäfen in Griechenland ganz zufällig an die deutsche Firma Fraport gehen sollen, die übrigens überwiegend im öffentlichen Eigentum der Bundesrepublik steht. Das ist also eine Privatisierung öffentlichen Eigentums in Griechenland zugunsten öffentlichen Eigentums in Deutschland.

Mehr als merkwürdig! Der Preis ist übrigens ein fantastischer Dumpingpreis. Damit kann die griechische Regierung die von Ihnen geplanten 50 Milliarden Euro für Privatisierungen niemals realisieren.

Jetzt kommt der fünfte Punkt. Unvorstellbar, aber wahr: Die griechische Regierung darf keinen einzigen Bankchef, keinen einzigen leitenden Angestellten einer Bank

entlassen oder einstellen. Das machen europäische Institutionen. Wie wollen Sie eigentlich so wirksam Korruption bekämpfen?

Es ist eine ungeheure Einschränkung der Souveränität.

Der Höhepunkt ist, dass die Regierung einen Gesetzentwurf ohne Genehmigung dieser europäischen Institutionen nicht einmal öffentlich diskutieren, geschweige denn in das Parlament einbringen kann. Das zerstört die parlamentarische Demokratie. Da können wir beim besten Willen nicht mitmachen.

Aber all das ändert nichts an unserer Solidarität mit der griechischen Bevölkerung, mit Syriza und auch nichts an meinen guten Beziehungen zu Ministerpräsident Tsipras.

Bisher hat Deutschland entgegen den Behauptungen einer sehr stark bebilderten Zeitung nicht einen Euro für Griechenland bezahlt, und wenn es je dazu kommen sollte, dann nur durch eine verfehlte Politik der Bundesregierung.

Aber was die bebilderte Zeitung und auch Sie immer verschweigen, ist die Tatsache, dass Deutschland laut Berechnung eines Wirtschaftsinstituts inzwischen 100 Milliarden Euro an der Krise verdient hat, und zwar, weil auf Druck der Bundesregierung die Europäische Zentralbank die Zinsen Richtung null gefahren hat, sodass wir dieses Geld einsparen konnten. Allerdings muss man erwähnen, dass die Bürgerinnen und Bürger das -dadurch bezahlt haben, indem

ihre Sparguthaben entsprechend entwertet wurden.

Also, 100 Milliarden Euro haben wir daran verdient.

Außerdem wurden bis Mitte 2015, Herr Gabriel, entgegen Ihrer Reduzierungsankündigung so viele Rüstungsexporte genehmigt wie im gesamten Jahr 2014.

Unter den Empfängerländern befinden sich auch auspeitschende, verstümmelnde und höchst undemokratische Staaten wie Saudi-Arabien. Deutschland verdient also auch noch an jedem Krieg. Glauben Sie wirklich an eine sinnvolle Zukunft unseres Landes, wenn wir so extrem von Krisen und Kriegen profitieren? Ich nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Thomas Oppermann, SPD:

Dieses Programm ist besser als seine Vorgänger



Thomas Oppermann (*1954)
Wahlkreis Göttingen

Ich habe heute Gregor Gysi natürlich ganz aufmerksam zugehört. Es war wohl seine letzte oder vorletzte Rede als Fraktionsvorsitzender.

Ich habe gedacht: Heute kommt das politische Vermächtnis von Gregor Gysi an seine eigene Fraktion. Aber ich muss sagen, Herr Gysi: Ich bin von Ihrer Rede maßlos enttäuscht.

Sie wollten sich hier als ein Meister der politischen Logik präsentieren. Aber die politische Logik ist ganz einfach und nicht so kompliziert, wie Sie sie dargestellt haben.

Wenn Sie heute bei diesem Hilfsprogramm mit Nein stimmen, dann fallen Sie damit Ihrer Schwesterpartei Syriza in Griechenland in den Rücken.

Sie sind kein Meister der politischen Logik. Sie sind ein Meister der politischen Rabulistik. Ihnen

ist kein argumentativer Eiertanz zu schade, um am Ende zu dem Ergebnis zu kommen, mit Nein zu stimmen.

In Athen kämpft Alexis Tsipras um den Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone, und Sie hier im Deutschen Bundestag unterstützen die linksradikale Opposition gegen Tsipras. Ich finde, das ist ein schwacher Abgang, den Sie als Fraktionsvorsitzender gewählt haben.

Meine Damen und Herren, kaum jemand hatte nach den dramatischen Wochen, die wir im Juni erlebt haben, damit gerechnet, dass uns heute hier ein Hilfsprogramm vorliegt, das, wenn es Punkt für Punkt umgesetzt wird, Griechenland wirtschaftlich wieder auf die Beine bringen kann.

Nach monatelanger destruktiver ideologischer Auseinandersetzung

hat Alexis Tsipras seinen irrlüchternen Finanzminister Varoufakis entlassen, das Kabinett umgebildet, sich entschieden, für den Verbleib in der Euro-Zone zu kämpfen, und sich auf konstruktive Verhandlungen eingelassen.

Das Ergebnis zeigt: Es war absolut richtig, dass wir hier vor vier Wochen den Weg für Verhandlungen mit Griechenland frei gemacht haben.

Zum ersten Mal seit dem Amtsantritt der Syriza-Regierung haben viele europäische Kolleginnen und Kollegen und auch Finanzmi-

nister Schäuble, die mit der griechischen Regierung direkt zu tun hatten, den Eindruck, dass diesmal nicht nur über Reformen geredet und verhandelt wird, sondern dass es auch den Willen gibt, diese Reformen umzusetzen. Ich finde, das ist ein ermutigendes Zeichen.

Auch wenn in Griechenland viele immer noch nicht restlos überzeugt sind und die Regierungspartei Syriza vor der Spaltung steht, so ist doch die ganz überwiegende Mehrheit im griechischen Parlament und auch die ganz große Mehrheit in der griechischen Bevölkerung der Meinung, dass wir lange genug gestritten haben. Jetzt haben wir uns geeinigt.

Jetzt muss entschieden werden. Jetzt müssen die Dinge umgesetzt werden, meine Damen und Herren.

Dafür gibt es gute Argumente. Ich finde, dieses Hilfsprogramm hat eine andere, eine neue Qualität, weil es sich in einem ganz wesentlichen Punkt von den bisherigen Programmen unterscheidet. Es ist nämlich nicht nur, wie bisher, allein auf die fiskalischen Einsparziele -fixiert, sondern es setzt erstmals auf den Umbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Griechenland, und nur so können die vielen verschiedenen, tief liegenden und einander wechselseitig verstärkenden Defizite dieses Landes gelöst werden.

Drei Beispiele dazu machen das sehr gut nachvollziehbar.

Erstens. Weil es in Griechenland keine funktionierende soziale Absicherung gibt, kam es zu einer systematischen Flucht in die Früh-

verrentung. Nirgendwo in Europa gibt es so viele junge Rentner und Rentnerinnen wie in Griechenland. Deshalb sind die Rentenlasten auch kaum noch bezahlbar. Jetzt soll eine soziale Grundsicherung geschaffen werden, damit die arbeitsfähige Bevölkerung nicht mehr vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden muss. Das ist doch sehr vernünftig, meine Damen und Herren.

Zweitens. Ein großer Teil der griechischen Wirtschaft existiert als Schattenwirtschaft, in der keine Steuern gezahlt werden. Jetzt soll endlich eine effektive Finanzverwaltung aufgebaut werden, die in der Lage ist, Steuern einzutreiben, und zwar nicht nur von den kleinen Leuten, sondern auch von den Reichen des Landes. Dazu passt, dass die Steuerprivilegien für Landwirte und Reeder auslaufen, für die es ohnehin keine Rechtfertigung gibt. Abgesehen davon: Griechenland ist ein armer Staat, und ein armer Staat kann sich keine Steuersubventionen für reiche Reeder leisten. Gut, dass das jetzt zu Ende geht, meine Damen und Herren.

Drittens. Ihnen geht es um die Menschen in Griechenland. Aber das Leben in Griechenland ist in vielen Bereichen für viele Menschen gemessen an ihren kleinen Einkommen viel zu teuer, weil es zu wenig Wettbewerb gibt. Das gilt für Energie, Lebensmittel und Medikamente. Jetzt werden Generika zugelassen, Subventionen für Landwirte abgebaut und Monopole im Strommarkt aufgebrochen. Auch das ist vernünftig und sozial gerecht.

Das alles steht im Memorandum of Understanding, und zwar nicht als bloße Absichtserklärung, sondern es ist detailliert mit Ein-

zelmaßnahmen unterlegt. Natürlich hätte man sich an der einen oder anderen Stelle noch mehr wünschen können. Aber am Ende ist das Programm eben ein Kompromiss, der zwar den Griechen und uns gleichermaßen schwerfällt, aber es ist ein ambitionierter Kompromiss, der die Grundlage für wichtige gesellschaftliche Veränderungen in Griechenland sein kann.

Dieses Programm ist auch deshalb besser als seine Vorgänger, weil es so konstruiert ist, dass die einzelnen Finanzhilfen mit der Umsetzung einzelner Reformen verknüpft sind. Diese Reformen muss die griechische Regierung jetzt Punkt für Punkt einlösen. Finanzhilfen gibt es nur Zug um Zug gegen Reformen. Wir alle müssen ein Interesse daran haben, dass diese Veränderungen gelingen. Deshalb bitte ich die Bundesregierung darum, dass sie den neuen Dienst der EU-Kommission zur Unterstützung von Struktur reformen nach Kräften personell unterstützt.

Dieser neue Service muss helfen, dass Griechenland die schwierigen Probleme bewältigen kann. Denn die griechische Regierung – auch wenn sie uns nicht gefällt – muss jetzt Erfolg haben. Nur sie kann Griechenland reformieren, und nur sie kann Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Vertrauen wiederherstellen, was für einen wirtschaftlichen Aufschwung notwendig ist. Das sollten wir unterstützen.

Der IWF ist am neuen Programm vorerst nicht finanziell beteiligt, weil die Schulden tragfähigkeit nach seinen Kriterien noch nicht gegeben ist. Die Euro-Gruppe hat deshalb nochmals deutlich gemacht, dass sie bereit ist, die

Ein großer Teil der griechischen Wirtschaft existiert als Schattenwirtschaft.

Jetzt muss entschieden werden. Jetzt müssen die Dinge umgesetzt werden.

Schuldentragfähigkeit zu sichern. Wir alle wissen, dass ein glatter Schuldenschnitt unter vertragsrechtlichen Gesichtspunkten eher schwierig ist. Aber es sind Erleichterungen bei den Zinszahlungen und den Laufzeiten möglich, die dem IWF den Einstieg und Griechenland eine langfristige Schul-

denrückzahlung ermöglichen.

Einige hätten sich diese Erleichterungen schon heute gewünscht, allen voran die griechische Regierung. Aber ich muss sagen: Ich bin eigentlich froh, dass es eine klare Bedingung für diese Erleichterungen gibt. Erst wenn die Überprüfung des Programms im Herbst er-

folgreich umgesetzt worden sind, reden wir über Schuldenerleichterungen. Alles andere wäre auch nicht im Sinne der griechischen Bevölkerung; denn es sind die Menschen in Griechenland, die zuerst darauf angewiesen sind, dass dort ein handlungsfähiger

Staat entsteht.

Aber umgekehrt gilt auch: Wenn Griechenland sich erfolgreich reformiert, dann muss es auch Schuldenerleichterungen geben. Dieses Versprechen hat Griechenland von der Euro-Gruppe, dieses Versprechen hat Griechenland auch von dieser Koalition, und da-

für bietet das dritte Hilfsprogramm eine sehr gute Grundlage. Deshalb, meine Damen und Herren, wird meine Fraktion heute dem Programm mit großer Geschlossenheit zustimmen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Anton Hofreiter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Pragmatisches Durchwurschteln funktioniert am Ende nicht



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Frau Merkel, Sie haben erst vor kurzem bekannt gegeben – Was finden Sie daran so ungewöhnlich, dass man Frau Merkel anspricht? Ist es so ungewöhnlich für Sie, dass sie da ist, dass man sie einmal erwähnt? Oder ist es, weil Sie sozusagen gar nicht auf sie hören?

Frau Merkel, Sie haben vor kurzem in den Medien und in der Öffentlichkeit gesagt, dass es nichts bringt, zur griechischen Regierung oder zur griechischen Bevölkerung nett zu sein. Sie haben bekannt gegeben, man müsse hart sein und den Griechen so richtig zeigen, wo es langgeht. Aber sind das denn irgendwelche politischen oder gar ökonomischen Kriterien? Geht es darum, nett oder hart zu sein, oder geht es darum, ein Paket zu stricken und so zu gestalten, dass die griechische Wirtschaft wieder funktioniert und es den Menschen wieder besser geht? Ist Ihnen nicht klar, dass wir nur dann, wenn es Griechenland wieder besser geht, wenn die Reformen so gestaltet sind, dass sie nicht besonders hart sind, sondern besonders wirkungsvoll sind, eine Chance haben, wenigstens einen Teil des Geldes, für das wir und die anderen europäischen Regierungen bürgen, wiederzusehen?

Schauen wir uns an, wie Sie als Kanzlerin und Sie, Herr Schäuble, in den Verhandlungen agiert haben und wie Sie, Herr Gabriel, sich öffentlich vor den Verhandlungen geäußert haben, wie Sie

mit Grexit, dem Rausschmiss Griechenlands aus der Euro-Zone, gedroht haben! Eine deutsche Regierungsspitze, die so agiert, schadet dem Zusammenhalt in Europa, und damit schadet sie auch Deutschland; denn Sie schaden damit unserem Standing in Europa. Sie schaden dem Zusammenhalt in Europa.

Ich frage mich schon, Frau Merkel: Haben Sie denn inzwischen solche Töne nötig? Haben Sie das inzwischen nötig, um Ihre Leute hinter sich zu bringen? Müssen Sie denn wirklich diese Klischees und Stereotype bedienen? Ist das wirklich nötig?

Wäre nicht etwas anderes nötig? Wäre es nicht endlich notwendig, dass Sie gegenüber der deutschen Bevölkerung und gegenüber der Öffentlichkeit erklären, warum Sie die Politik machen, die Sie machen, dass Sie erklären, warum Europa zusammengehalten werden muss, warum der Euro für uns wichtig ist?

Wäre es nicht notwendig, dass Sie mal klar und deutlich erklären, warum diese Politik notwendig ist, anstatt immer nur im Verschwurbelten und immer nur im Unklaren oder schlimmstenfalls in Klischees zu bleiben?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich muss die griechische Regierung Strukturreformen ergreifen, zum Beispiel so etwas wie eine vernünftige Steuerverwaltung einführen und so etwas wie einen vernünftigen Staat schaffen. Natürlich muss sie sich trauen, sich mit mächtigen, reichen Familienunternehmern wie den Reedern anzulegen, damit auch die endlich einmal Steuern zahlen. Aber ausgerechnet Sie, Frau Merkel, die Sie es in den letzten zehn Jahren noch nie gewagt haben, eine riskante, eine schwierige Reform anzugehen, ausgerechnet Sie, die Sie meistens noch eine Umfrage abwarten, bevor Sie sich überhaupt öffentlich äußern, ausgerechnet Sie sagen, die griechische Regierung müsse mal Härte zeigen und mit der griechischen Regierung müsse

man mal hart umgehen. Ist Ihnen das nicht eigentlich selber peinlich?

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, es haben ja viele vor, Nein zu sagen.

Man hat den Eindruck, dass Sie überhaupt nicht mehr in der Lage sind, eine vernünftige Bewertung dessen vorzunehmen, was innerhalb Europas passiert, was innerhalb der Europäischen Union, innerhalb der Euro-Zone passiert.

Bei Ihnen gibt es den Wunsch, Griechenland aus dem Euro zu schmeißen, mit Griechenland einfach, damit das Ganze zu Ende geht, eine Art Ende mit Schrecken zu inszenieren. Ist Ihnen nicht klar, dass, wenn Griechenland aus dem Euro rausbricht, die Lage in Griechenland noch schlimmer wird, dass die Lage für die Menschen noch problematischer wird, wobei die Lage ohnehin schon schlimm ist, und dass das eben kein Ende mit Schrecken ist? Es mag vielleicht bei Ihrer eigenen Parteibasis im Wahlkreis ganz gut klingen, wenn man sagt: Pah, ich habe es den Griechen mal gezeigt, und ich habe mich getraut, hier mit Nein zu stimmen. Ich habe mich vielleicht sogar getraut, anders abzustimmen als Herr Kauder. – Aber ist das irgendwo eine vernünftige Haltung? Glauben Sie ernsthaft, dass damit das Problem gelöst ist? Was wird am Ende sein, wenn Griechenland aus dem Euro rausbricht? Dann wird es entsprechend ein humanitäres Paket für Griechenland geben müssen; denn Griechenland verschwindet ja nicht aus der Europäischen Union. Griechenland hört ja nicht auf zu sein. Glaubt irgendwer hier im Saal, dass wir es uns leisten können, mit Griechenland einen gescheiterten Staat in dieser noch dazu geopolitisch schwierigen Region zu haben? Deshalb kann ich nur sagen: Geben Sie sich alle einen Ruck, und sagen Sie zu diesem – wenn auch sehr schwierigen – Paket Ja!

Frau Merkel, merken Sie eigentlich nicht, dass Sie mit Ihren pragmatischen Trippelschritten, mit diesem pragmatischen Vorsich-hin-Wurschteln, das Sie seit fünf Jahren praktizieren, am Ende nicht weiterkommen? Ich meine, es klingt im ersten Moment immer gut: Ich fahre auf Sicht. Die Zukunft ist im Dunkeln. Ich mache einen pragmatischen Schritt nach dem anderen. – Aber allein der Umstand, dass wir schon wieder über die Euro-Krise reden, dass wir seit fünf Jahren über diese Euro-Krise reden, zeigt doch, dass dieses pragmatische Durchwurschteln am Ende nicht funktionieren wird.

Wir brauchen endlich einen vernünftigen Plan: Wie geht es mit der Euro-Zone weiter? Wie kommen wir zu einer wirklichen Wirtschafts- und Währungsunion? Wie kommen wir zu einem wirklichen Zusammenhalt in der Europäischen Union? Wir erwarten von Ihnen als Regierungschefin des größten und damit auch mächtigsten Euro-Landes, dass Sie sich da einmal etwas überlegen, dass Sie da vorangehen – denn Sie sind immerhin diese Regierungschefin, dass Sie da einmal etwas leisten und damit klar sagen, in welche Richtung es gehen soll.

Das braucht Europa auch bei weiteren Fragen. Diese Euro-Krise ist ja nicht einmal das schwierigste Problem, das wir im Moment in Europa haben. Schauen Sie sich die Flüchtlingstragödien an, die sich im Moment im Mittelmeer, im Nahen Osten, auf den griechischen Inseln ereignen! Schauen Sie sich an, wie armselig Europa da agiert, wie armselig die nationalen Regierungen agieren! Man kann sich noch nicht einmal über die Verteilung von einigen Zehntausend Flüchtlingen einigen. Das zeigt doch, wie notwendig wir einen deutlicheren Zusammenhalt in der Europäischen Union brauchen, wie sehr wir eine Vision für Europa brauchen.

Natürlich sehen wir, dass in diesem Paket auch eine ganze Reihe von Defiziten drinsteckt; denn in diesem Paket gibt es automatische Ausgabenkürzungen, die am Ende prozyklisch sind und damit de facto die Krise verlängern und nicht aus der Krise herausführen. Natürlich ist in diesem Paket wieder keine vernünftige Schuldenerleichterung drin. Dabei wissen doch am Ende alle: Griechenland wird nicht in der Lage sein, die

hohe Schuldenlast entsprechend zurückzuzahlen. Aber Sie sind schlichtweg zu feige, diese Wahrheit gegenüber der deutschen Bevölkerung und hier gegenüber dem Deutschen Bundestag zu äußern.

In diesem ganzen Paket stecken natürlich auch noch Unmengen Wunschdenken drin. Herr Schäuble, Sie haben wieder von diesen wunderbaren Privatisierungserlösen gesprochen: 50 Milliarden Euro Privatisierungserlöse. Jetzt mal ehrlich: Sie können doch einigermaßen mit Zahlen umgehen.

Sie wissen doch selber, dass es diese 50 Milliarden Euro nie geben wird. Es ist doch reines Wunschdenken, was Sie hier verbreiten. Seien Sie doch einfach einmal ehrlicher!

Seien Sie ehrlich, was den IWF angeht! Der IWF hat in dem Punkt recht: Wir brauchen eine Schuldenerleichterung. Seien Sie entsprechend ehrlich: Es wird diese 50 Milliarden Euro an Privatisierungserlösen niemals geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion wird trotz der demokratischen, sozialen und ökonomischen Schwierigkeiten und Irrtümer, die in diesem Paket stecken, mehrheitlich zustimmen. Aber: Diese Zustimmung ist ein Ja zu Europa, ein Ja zu einem europäischen Kompromiss und kein Ja zu dieser Bundesregierung, die in den Verhandlungen zum Teil populistisch, zum Teil uneuropäisch und zum Teil unverantwortlich gehandelt hat. Wir stimmen zu, weil wir wissen: Wenn das Geld an Griechenland nicht fließt, dann wird Griechenland aus dem Euro brechen.

Auch die Linksfraktion muss sich mal fragen, was das bedeutet. Ja, wir wissen, dass die Lage in Griechenland für viele Menschen schwierig ist und das Paket die Probleme am Ende nicht lösen wird. Aber die Alternative ist einfach schlichtweg noch schlimmer; die Verheerungen für die griechische Wirtschaft und für die Menschen in Griechenland wären noch schlimmer. Deshalb: Geben Sie sich einen Ruck, und üben Sie Solidarität mit Griechenland und mit den Menschen in Griechenland!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Volker Kauder, CDU/CSU:

Eine Frage der Abwägungen



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil – Tuttlingen

Wenn wir uns an die letzte Sondersitzung und daran, worüber wir da diskutiert haben, um den Weg für Verhandlungen frei zu machen, erinnern, dann stellen wir fest, dass doch bei vielen eine gewisse Unsicherheit herrschte, ob dies tatsächlich zu einem guten Ergebnis führt. Zu viel ist in den Wochen davor an Diskussionen und an Hin und Her der griechischen Regierung geschehen. Man hat deshalb durchaus Verständnis haben können, wenn einige gesagt haben: Dies kann gar nicht zu einem guten Ergebnis führen. – Wenn wir jetzt aber das Ergebnis anschauen, dann zeigt sich rückblickend, dass es richtig war, noch einmal den Versuch zu machen, diese griechische Regierung auf einen richtigen Weg zu führen.

Wenn man das Ergebnis anschaut, bleiben natürlich auch Fragen. Wolfgang Schäuble hat darauf hingewiesen, dass die allermeisten Fragen, über die wir zu entscheiden haben – übrigens nicht nur im politischen Bereich, sondern auch in anderen Bereichen –, Abwägungsfragen sind, wo es Gründe dafür und Gründe dagegen gibt und wo es nicht hundert zu null steht. In diese Abwägung müssen die folgenden Fragen einbezogen werden: Welche Konsequenzen hat ein Verhalten, also ob ich so oder anders entscheide? Welche Möglichkeiten bietet eine Entscheidung, dem anderen doch noch einmal zu helfen, über die Hürde zu kommen, die notwendig ist? Vielleicht bietet eine solche Abwägung auch die Möglichkeit, Dinge einzubeziehen, die nicht unmittelbar etwas mit dem Gegenstand zu tun haben, um den es jetzt geht.

Natürlich stimme ich zu, dass alle den Erfolg Europas wollen und dass auch diejenigen, die sagen: „Wir können diesen Weg jetzt nicht mitgehen“, der Meinung

sind, dass dies dazu dient, dass Europa vorankommt. Aber zur gleichen Zeit gilt auch, dass wir hier im deutschen Parlament nicht allein im luftleeren Raum entscheiden, sondern dass wir in Europa in einer Gemeinschaft sind, wo die Deutschen zwar ein bedeutendes Wort zu sagen haben, aber nicht allein sind. Hier gilt es abzuwägen, ob das, was wir erreicht haben, so weit trägt, dass wir sagen können: Jawohl, wir gehen diesen Weg mit.

Wolfgang Schäuble hat darauf hingewiesen, dass beim letzten Mal die Finanzminister in der Euro-Gruppe zu einem großen Teil anderer Meinung waren. Dieses Mal aber war die Meinung dahin gehend einheitlich, dass jetzt etwas erreicht worden ist, was tragfähig sein könnte. Deshalb kommt es auch darauf an, in diesem Europa zusammenzubleiben. Deswegen glaube ich, dass es viele gute Gründe gibt, diesem Antrag, den Wolfgang Schäuble erläutert hat, jetzt zuzustimmen.

Es gibt sicher aber auch andere Gründe, zuzustimmen, etwa weil in diesem Europa Aufgaben vor uns liegen, die sich vielleicht als schwerer herausstellen könnten als die Aufgaben, die wir im Augenblick schon als schwer wahrnehmen. Wir sehen, dass Europa mit dieser gemeinsamen Entscheidung für Griechenland einen richtigen Weg beschritten hat, nämlich zusammenzubleiben und eine Lösung zu finden. Für die Menschen – das sage ich aufgrund meiner vielen Begegnungen und Erfahrungen aus meinem eigenen Wahlkreis – ist Griechenland ein Thema. Aber es wird nicht am Thema Griechenland, das für viele abstrakt ist, beurteilt werden, ob wir wirklich die Kraft haben, ein Problem anzupacken und zu lösen, sondern am Thema Flüchtlinge und Asyl, das den Menschen persönlich immer näher kommt. Hier wird es darauf ankommen, dass wir nicht nur in Deutschland, sondern in Europa eine Lösung finden. Ich finde, Europa muss noch einmal einen energischen Schritt machen. Es kann nicht heißen: Jetzt haben wir uns mit Griechenland beschäftigt und sind froh, dass wir jetzt eine Lösung auf den Tisch gelegt haben, und jetzt ist erst einmal Atempause. – Es muss heißen: Die Gemeinsamkeiten, die wir für Griechenland gefunden haben, sind erst der Anfang, um auch Gemeinsamkeiten bei diesem zentralen und wichti-

gen Thema des Umgangs mit Flüchtlingen zu finden.

Es wird immer wieder in die Diskussion hineingebracht, dass die Deutschen in Bezug auf Griechenland besondere Forderungen haben und besonders streng sind. Herr Hofreiter, Sie haben vorhin gesagt, man wäre so streng gewesen.

Ja, aber ich sage Ihnen einmal: Ich bin felsenfest davon überzeugt, wenn die deutsche Bundesregierung in ihrer Verhandlungsführung nicht so streng gewesen wäre, hätten wir dieses Ergebnis heute nicht erzielt. Deswegen war dieser Weg notwendig.

Auf der anderen Seite müssen wir sagen: Wir haben einen guten Kompromiss gefunden. Jetzt müssen wir in Europa verlangen, dass wir auch in den Asyl- und Flüchtlingsfragen zu einem Ergebnis kommen. Wenn schon international festgestellt wird, dass Deutschland viele Flüchtlinge aufnimmt,

während andere Länder in Europa dies nicht tun, dann ist das doch eine Herausforderung. Hier muss ich sagen: Europa wird seine Stärke nicht nur dadurch zeigen, dass wir jetzt in der Euro-Zone zusammenbleiben. Die Menschen werden die Stärke Europas suchen, wenn es darum geht, Möglichkeiten zu finden, die Probleme beim Thema Flüchtlinge und Asyl zu lösen, und nicht bei einem anderen Thema.

Hierzu kann ich nur aus leidvoller Erfahrung sagen – es gibt einige Kollegen, die dies miterlebt haben –: Als 1991/92 die Zahlen von Flüchtlingen und Asylbewerbern enorm gestiegen sind, haben wir uns eine partei-politische Diskussion geleistet, die zu verheerenden Ergebnissen geführt hat. Erst nachdem wir uns diese Diskussionen geleistet haben, sind wir in die Lage gekommen, miteinander einen guten Kompromiss zu finden.

Deswegen sage ich auch im Hinblick auf die eine oder andere aktuelle Äußerung: Ich rate allen dringend dazu, das Thema Flüchtlinge und Asyl nicht zu einem parteipolitischen Kampffeld zu machen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dazu ermahne ich alle.

– Es würde mich schon enttäuschen, wenn dieser Appell so en-

dete wie jetzt bei Ihnen, Frau Kollegin. Ich habe doch gerade darauf hingewiesen, dass wir versuchen müssen und sollen, gemeinsame Lösungen zu finden. Das ist nicht nur ein Thema der Bundesregierung, das ist nicht nur ein Thema des Deutschen Bundestages, sondern das ist auch ein Thema des Bundesrates und der Bundesländer. Das ist ein Thema, das uns alle bewegt.

Deswegen setze ich schon darauf – dafür wäre ich sehr dankbar –, dass wir hier, in dieser Demokratie, bei einer Herausforderung, die nicht nur CDU/CSU, SPD und andere betrifft, sondern alle betrifft, die Regierungsverantwortung in diesem Land haben, zu gemeinsamen Lösungen und Beschlüssen kommen und damit Europa zeigen: So wie wir handlungsfähig sind, so muss auch Europa handlungsfähig werden.

Wir haben jetzt beim Thema Griechenland schwierige Diskussionen auch gerade in meiner Fraktion. Aber ich sage Ihnen: Letztlich werden wir daran gemessen, ob wir das Thema Asyl und Flüchtlinge sachgerecht lösen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Carsten Schneider, SPD:

Das Ergebnis ist besser als erwartet



Carsten Schneider (*1976)
Landesliste Thüringen

Ich möchte doch noch mal zu dem Thema kommen, über das wir heute abstimmen werden – nämlich die Frage der Finanzhilfen für Griechenland in den nächsten drei Jahren –, und zu den Konsequenzen, die sich mit dieser Abstimmung verbinden.

Vor vier Wochen hat der Bundestag der Regierung, dem Finanzminister einen Verhandlungsauftrag erteilt. Damals gab es ein sehr uneinheitliches Bild auch im Bundestag selbst: Ablehnung bei der Linksfraktion, bei den Grünen war

es gemischt – da war alles dabei –, die Union unsicher. Es ist aber eine der ganz zentralen Fragen in dieser Legislaturperiode, wie unsere Währung, wie Europa zusammengehalten wird. Ich glaube, dass das, was wir jetzt als Ergebnis vorliegen haben, viel besser ist als das, was der Verhandlungsauftrag und die Verabredung der Staats- und Regierungschefs vom Juli vorsahen.

Warum ist das so? Was wären die Konsequenzen, wenn wir hier Nein sagen würden?

Erstens. Die Griechen haben nach einem halben Jahr der Turbulenzen und des Selbstfindungsprozesses der Regierung jetzt sehr eindeutig die Kurve gekriegt. Der Ministerpräsident kämpft um Reformen in seinem Land. Er hat begriffen, dass sich Griechenland nur selbst helfen kann. Insofern ist es absolut zu begrüßen, dass die Griechen sowohl die Bekämpfung von Korruption und Steuerhinterziehung als auch die Wiederbelebung des wirtschaftlichen Wachstums angehen, indem Struktur-reformen in diesem Land durchgeführt werden, die dazu

führen, dass es zu mehr wirtschaftlicher Beteiligung in Freiheit kommt. Das soll endlich gelingen. Das unterstützen wir, und das haben wir Sozialdemokraten auch immer gefordert.

Das Zweite ist: Wir haben eine längere Perspektive. Wissen Sie, das ist jetzt das dritte Programm. Wir haben viele Debatten über die Programme geführt, und ich habe oft im Bundestag gesagt – auch entgegen dem, was Teile der damaligen schwarz-gelben Regierung gesagt haben: „Wir geben kein Geld, das kostet alles nichts, es ist nur ein Paket und dann nie wieder“ –: Es kann durchaus sein, dass wir auch über ein drittes Programm reden müssen; man muss dem klar ins Auge sehen.

Jetzt zitiere ich einmal eine Zeitung, die der SPD nicht unbedingt nahe steht, Die Welt vom 18. August, die titelt: „Wie die drei Affen – und das jahrelang“, also: nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. – Und weiter: „Unionspolitiker wollten nie über ein drittes Hilfspaket und einen Schuldenerlass für Athen reden. Nun kommt wohl beides.“

Ich will nicht ausschließen, dass beides kommt, insbesondere was den Schuldenerlass betrifft. Es hängt auch sehr stark vom Wachstum in Griechenland ab, ob das notwendig ist. Aber klar ist, dass man mit einer klaren Haltung, mit Überzeugung herangehen muss, auch mit der Konsequenz, innenpolitisch unangenehme Dinge zu sagen, also der Bevölkerung zu sagen: Es ist wichtig, dass wir den Euro – in allen Ländern – behalten. Es ist unsere Währung, es ist unser Geld. – Damit spielt man nicht, und schon gar nicht, um innenpolitisch kurzfristig Erfolg zu erzielen.

Das hat die SPD auch nie getan, sondern wir haben uns sehr stark – selbst in der Opposition – dafür eingesetzt, dieses übergreifende europäische Projekt zu vollenden.

Ich will nun aufgreifen, was der Bundesfinanzminister zu Beginn gesagt hat. Er hat von einer unfertigen Währungsunion gesprochen. Das stimmt, sie ist unfertig, weil wir noch in ganz vielen Bereichen Autonomie haben, insbesondere was die Steuer- und Haushaltspolitik betrifft. Die Frage, die sich damit für die Zukunft stellt, lautet: Wie geht es weiter? Gehen wir zurück zu einem Nationalstaat, oder gehen wir in Richtung eines starken und gerechten Europas, insbe-

sondere auch bei der Frage der Besteuerung von Konzernen?

Wir Sozialdemokraten sind ganz klar auf dem Weg, zu sagen: Wir wollen ein starkes Europa, das diese Aufgaben, die Herr Kauder hier eben auch zu Recht beschrieben hat, bewältigen kann. Das geht nur gemeinsam, und deswegen ist es richtig, dass wir als Sozialdemokraten heute – und deswegen werbe ich auch dafür – dem Antrag der griechischen Regierung sehr geschlossen stattgeben und ihr helfen wollen, ihr Land in den nächsten drei Jahren wieder auf Vordermann zu bringen.

Es ist gut, dass der Grexit vom Tisch ist. Es ist gut, dass den Griechen – entgegen dem ursprünglichen Programm – auch noch geholfen wird, indem nämlich in den nächsten ein, zwei Jahren nicht so viel gespart werden muss – das ist der sogenannte Primärüberschuss –, sondern es einen langsameren Pfad gibt, auf dem der Überschuss erbracht werden muss.

Ich habe mich, Herr Gysi, doch einigermaßen über Ihre Rede gewundert, in der Sie – wie Herr Kauder – ja auch andere Themen angesprochen haben, aber nicht das, worüber wirklich zu reden gewesen wäre.

Ich komme noch einmal zu

dem Griechenland-Punkt zurück: Im Februar haben weite Teile Ihrer Fraktion – das fand ich bemerkenswert – gesagt: Wir stimmen der Verlängerung des zweiten Hilfspakets zu.

Jetzt lehnen Sie den Antrag der Syriza-Regierung ab, in dem wir sogar eine Drei-Jahres-Perspektive haben.

Ich will nur einen Punkt herausgreifen: Sie haben gesagt, die Mehrwertsteuererhöhung und -vereinheitlichung für die Hotels auf den Inseln wäre wirtschaftspolitisch unsinnig.

Sie haben gesagt, dass das wirtschaftspolitisch unsinnig sei. Sehen Sie, in dem MoU stehen viele Sachen, was das Land wirtschaftspolitisch machen muss. Das sind viele kluge Dinge, beispielsweise die Liberalisierung von angestammten Berufen wie Notaren oder mehr Wettbewerb herzustellen. Hier denke ich an die Mövenpick-Steuer, die Hotelsteuer, die die schwarz-gelbe Regierung damals zur Begünstigung der Hotels in Deutschland eingeführt hat. Damals haben Sie dagegengestimmt. Da waren Sie wie wir der Auffassung: Es ist unsinnig, das so zu machen. – Jetzt soll in Griechenland die Steuer erhöht werden, und Sie sagen, das sei unsinnig.

Das ist keine Logik, das ist auch keine Dialektik – vielleicht verstehe ich Sie auch nicht –, es ist jedenfalls unsinnig.

Herr Kollege Ernst, noch ein Wort zu den Zinsen: Sehen Sie, Herr Gysi hat gesagt, die unabhängige EZB habe jetzt auf Druck Deutschlands dafür gesorgt, dass die Zinsen für die Staatsanleihen Deutschlands gesunken sind, teilweise auf null. Das ist ganz großer Blödsinn.

Denn erstens ist die EZB unabhängig; es gibt keinen Druck auf sie. Im Gegenteil:

Es ist eher andersherum.

Zum Zweiten. Die Staatsanleihen Deutschlands werden am Markt gehandelt. Das sind insgesamt fast 2 Billionen Euro. Die werden pro Jahr sechsmal umgeschlagen; da geht es um circa 10 Billionen Euro. 80 Prozent der Investoren sind Ausländer. Die Preise werden am Markt festgestellt. Ich bin froh, dass wir nicht so viel Zinsen zahlen müssen wie geplant, dass wir diese 100 Milliarden Euro sparen, sie vielmehr investieren können und keine Schulden dafür machen müssen. Darüber bin ich froh und nicht wie Sie

der Auffassung, wie Sie es hier gesagt haben, dass wir beim deutschen Sparer sparen. Das ist doch absoluter Blödsinn.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der wichtigen Entscheidung, vor der wir heute stehen, sage ich: Die Sozialdemokratie wird dem Hilfspaket zustimmen. Wir werden nachhalten, dass die Reformen in Griechenland auch umgesetzt werden. Ich glaube auch, dass

wir noch mehr für Wachstum in Griechenland tun müssen. Mit einem klaren Kurs und einer klaren Haltung sind wir für die Zukunft gut gewappnet. Deutschland ist in den Händen einer Regierung, an der wir Sozialdemokraten beteiligt sind – das zeigt gerade die heutige Debatte –, gut aufgehoben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen ein starkes Europa, das diese Aufgaben bewältigen kann.

Dr. Gesine Löttsch, DIE LINKE:

Ein Schuldenschnitt wäre echte Solidarität



Gesine Löttsch (*1961)
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Es ist hier häufig das Wort „Solidarität“ gebraucht worden. Uns als Linken ist vorgeworfen worden, wir wären nicht solidarisch mit Griechenland.

Ich werde Ihnen einmal sagen, was wirkliche Solidarität mit Griechenland bedeuten würde, nämlich eine echte Schuldenerleichterung; wenn Sie schon das Wort „Schuldenschnitt“ nicht über die Lippen bekommen. Das würde echte Solidarität bedeuten.

Solidarität mit Griechenland

bedeutet, echte Investitionen zu ermöglichen, zum Beispiel aus unseren immensen Zinsgewinnen. Das wäre Solidarität.

Solidarität hieße: Respekt vor den demokratischen Institutionen in Griechenland statt Erpressung und Entmündigung. Das ist Solidarität.

Man muss dieser Regierung auch einmal Zeit zum Arbeiten geben. Sie ist seit sechs Monaten im Amt. Am Sonntag war die Wahl, am Montag haben sie angefangen, zu regieren. Gucken Sie sich einmal an, wie das in Deutschland ist: Da fängt eine Regierung nach sechs Monaten im besten Fall an, zu arbeiten. Ich finde, das muss man anerkennen. Man muss ihnen die Gelegenheit geben, ihre Programme durchzusetzen. Man sollte nicht so tun, als müsse man Syriza und Herrn Tsipras überreden, die Reichen im Land zu besteuern. Das war ein

zentraler Punkt seines Wahlprogramms. Alles andere, was hier behauptet wird, ist eine Diffamierung dieser Partei und dieser Regierung, und das lassen wir nicht zu.

Ich sage Ihnen: Solidarität bedeutet nicht, Griechenland ein Programm aufzuzwingen, das wirtschaftlich fatal ist, das Sozialabbau und Privatisierungen erzwingt. Das ist keine Solidarität, sondern das Gegenteil von europäischer Solidarität.

Bereits mit dem ersten und dem zweiten sogenannten Hilfspaket hat die Bundesregierung Griechenland an den wirtschaftlichen Abgrund geführt. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache – ich nenne Ihnen nur zwei –: Die Kindersterblichkeit in diesem europäischen Land ist um 43 Prozent gestiegen, und über 3 Millionen Menschen haben keine Krankenversicherung.

In Griechenland herrscht ein humanitärer Notstand. Dieses Land braucht wirkliche Hilfe und keine Kürzungsdiktate.

Wir hier in Deutschland haben es 2008 doch ganz anders gemacht; das wissen auch Herr Schäuble und Frau Merkel. Wir haben in der Finanzkrise 2008/2009 eine völlig entgegengesetzte Entscheidung getroffen. Auf Vorschlag der Linken – ursprünglich kam er von der Linken, wurde dann aber von anderen übernommen – wurde in Deutschland ein großes Investitionsprogramm gestartet. Hinzu kamen die Verlängerung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes und die Einführung der Abwrackprämie.

Ich frage Sie alle: Warum haben die Kanzlerin und der Finanzminister Griechenland eine Medizin verschrieben, die sie für Deutschland nie akzeptiert hätten?

Nach dem Misserfolg der ersten beiden Programme hätte sich die Bundesregierung doch sagen müssen: Stopp, das läuft falsch; hier müssen wir etwas tun. Wenn eine Medizin bei einer Krankheit nicht wirkt, dann ist es doch absolut absurd, zu sagen, dass diese Krankheit dadurch bekämpft wird, dass diese Medizin in fünffacher Dosis verschrieben wird. Nein, wir sagen: Diese falsche Medizin muss endlich abgesetzt werden.

Ich sage Ihnen noch ein Wort zu unseren Zinsgewinnen: Diese

Zinsgewinne haben dazu beigetragen, dass wir hier in Deutschland etwas erreichen konnten, womit sich der Finanzminister gerne schmückt, nämlich die berühmte schwarze Null. Dass diese schwarze Null zu einem großen Teil aus Zinseinsparungen infolge der Schuldenkrise resultiert, haben nicht wir ausgerechnet, sondern das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle berechnet, gewiss keine Vorfelddorganisation der Linken.

Wir haben von der Griechenland-Krise bisher profitiert. Das ist das Gegenteil von Solidarität. Ich finde, wahre Solidarität besteht darin, Programme aufzulegen, die erstens die europäische Idee und den europäischen Zusammenhalt stärken und zweitens dafür sorgen, dass in Griechenland die Wirtschaft wieder auf die Beine kommt. Das, was jetzt beschlossen wurde, ist eine große Hilfe für die Banken, die mit Steuergeldern gerettet wurden, und auch eine Hilfe für die herrschende Politik hier in Deutschland. Jeder muss wissen, worüber wir abstimmen. Wir stimmen nicht über Hilfen für Griechenland ab, sondern über ein böses Spiel mit den Menschen in Griechenland, und dagegen wird die Linke immer kämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben von der Griechenland-Krise bisher profitiert. Das ist das Gegenteil von Solidarität.

Gerda Hasselfeldt, CDU/CSU:

Die griechische Regierung hat den Ernst der Lage erkannt



Gerda Hasselfeldt (*1950)
Wahlkreis Fürstentum

Ich will nur einige wenige Bemerkungen in die Debatte einwerfen.

Erstens. Die griechische Regierung und das griechische Parlament haben inzwischen offensichtlich den Ernst der Lage erkannt. Sie sind zu Reformen bereit, ja, sie haben mittlerweile sogar im Vorgriff auf das Verhandlungsergebnis eine ganze Reihe von Gesetzen beschlossen. Das alles zeigt: Athen hat begriffen, wozu es geht. In Athen wird verstanden, dass es keinen schmerzfreien Weg aus dieser Schuldenkrise in Griechenland gibt. Ich finde, es ist an der Zeit, dass auch die Linke bei uns im Parlament dies endlich begreift.

Zweite Bemerkung. Es bleibt bei dem wichtigen Grundsatz: Euro-

päische Solidarität kann es nur in Verbindung mit den notwendigen nationalen Reformen geben, meine Damen und Herren.

Das darf nicht nur auf dem Papier stehen; denn dafür gibt es gute Gründe:

Erstens wird das Programm keinen Erfolg haben, wenn nicht auch zügige Reformen durchgeführt werden, Reformen, die dazu geeignet sind, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wiederherzustellen, die aber auch dazu geeignet sind, den Staat wieder in Ordnung zu bringen und effizient zu gestalten.

Zweitens ist Europa keine

Solidarität bedeutet nicht Übernahme der Schulden und Vergemeinschaftung der Schulden.

Nicht zuletzt deshalb haben wir uns in unserer Fraktion seit Jahren immer wieder erfolgreich dagegen gewehrt – das haben wir auch europäisch durchgesetzt –, dass es Euro-Bonds und eine Vergemeinschaftung der Schulden gibt. Jedes Land muss seine Hausaufgaben selbst machen. Es erfährt vorübergehende Hilfe von uns, aber die Hausaufgaben müssen selbst gemacht werden. Deshalb kann es keinen Verzicht auf die notwendigen Reformen geben.

Drittens. Die Ergebnisse in Spanien, in Portugal, in Irland zeigen

doch, dass dieser Weg – Solidarität in Verbindung mit den notwendigen nationalen Reformen – richtig und erfolgreich war. Auch die harte Haltung in Griechenland zeigt, dass dies notwendig ist. Wir haben ja in Griechenland erlebt, dass dann, wenn der Reformdruck weg ist, wenn frühere Reformen zurückgenommen werden, die wirtschaftliche Entwicklung und die Stabilität des Landes nachlassen und die Probleme für die Menschen größer werden. Nur durch den Druck, der in den letzten Monaten erzeugt wurde, hat sich auch in Griechenland etwas bewegt. Auszahlungen sind nicht erfolgt, weil Verabredungen nicht eingehalten wurden. Europa hat sich nicht erpressen lassen. Wir haben der griechischen Regierung damals nicht nachgegeben. Nur deshalb war es auch möglich, dass in der griechischen Regierung und im griechischen Parlament das notwendige Umdenken eingesetzt hat, das die Grundlage für dieses Programm ist.

Das trägt eindeutig die deutsche Handschrift. Unser Bundesfinanzminister und unsere Bundeskanzlerin haben hieran maßgeblich mitgewirkt. Sie haben sich deshalb – ich sage das mit voller Überzeugung – um die Stabilität unserer gemeinsamen Währung, um dieses gemeinsame europäische Haus große Verdienste erworben.

Eine weitere Bemerkung, meine Damen und Herren. Dieses Programm ist geprägt von strengeren Auflagen, von strengeren, intensiveren, engmaschigeren Kontrollen. Es wurde in verschiedenen Debattenbeiträgen schon darauf hingewiesen; deshalb brauche ich das nicht zu wiederholen. Ich sage nur: Das war und ist auch notwendig, und zwar deshalb, weil durch die verlorenen sechs Monate in diesem Jahr, durch das bisherige Versäumen von Reformen durch die griechische Regierung die -Situation nicht besser, sondern schlechter geworden ist. Es ist auch notwendig, strengere, engmaschigere Kontrollen zu machen, weil das Vertrauen in den letzten Monaten durchaus gestört wurde; da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Dieses Vertrauen, das zerstört wurde, muss jetzt wieder aufgebaut werden. Das ist Sache der griechischen Regierung, und ich hoffe sehr, dass wir da nicht enttäuscht werden.

Eine vierte Bemerkung will ich machen. Sie betrifft die Betei-

lung des Internationalen Währungsfonds. Wir sind fest davon überzeugt, dass der IWF auch künftig mit an Bord sein muss. Der Internationale Währungsfonds hat große, jahrzehntelange Erfahrung in der Bewältigung von Staatsschuldenkrisen.

Der Internationale Währungsfonds hat eigene Regeln, er hat einen unabhängigeren Blick als die europäischen Beteiligten.

Aus all diesen Gründen ist die Beteiligung des Internationalen Währungsfonds auch künftig notwendig.

Der Bundesfinanzminister hat vorhin auf die verfahrensmäßigen und rechtlichen Probleme hingewiesen. Der IWF war an allen Verhandlungen beteiligt, und er hat das Verhandlungsergebnis auch begrüßt. Das ist eine ganz wesentliche Grundlage für alles, was weiterhin kommt.

Wir werden das, was Griechenland zu erledigen hat, bei der ersten Überprüfung im Herbst gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds sehr genau überprüfen und bei dieser Gelegenheit auch über mögliche Schuldenerleichterungen sprechen. Man kann über Fristen, über Laufzeiten sicherlich reden; aber ein nominaler Schuldenschnitt verbietet sich nicht nur rechtlich, sondern ist auch politisch nicht geboten. Wir wollen und wir brauchen keine Schuldenunion in Europa.

Nun bleibt – das ist meine letzte Bemerkung – die Frage: Behindert dieses Programm eventuell Investitionen und Wachstum? Trägt es dazu bei oder nicht? Ich will zunächst einmal feststellen: Ein solches europäisches Rettungsprogramm – das gilt nicht nur für dieses hier – ist kein Investitionsprogramm, sondern ein Programm, das dazu dient, dass sich das jeweilige Land wieder am Kapitalmarkt finanzieren kann. Der Zugang zu den Kapitalmärkten ist das Ziel dieses Programms, und dazu wird befristete Hilfestellung geleistet.

Nun frage ich Sie: Wer wird denn in einem Land investieren, in dem der Staat nicht funktioniert, in dem die rechtsstaatlichen Fundamente nicht vorhanden sind, in einem Land, das verschuldet ist? Ich sage Ihnen: Niemand!

Das hat auch die Situation in Griechenland in den letzten sechs Monaten gezeigt. Die Grundvoraussetzung für Investitionen sind doch nicht irgendwelche Programme, sondern die Grundvoraussetzung für Investitionen ist, dass der Staat funktioniert, dass er verlässlich ist, dass es einen verlässlichen, funktionierenden Staatsauf-

bau und ein Staatswesen gibt, durch das sich auch wettbewerbsfähige Wirtschaft entfalten kann.

Genau da setzt dieses Programm mit an, nämlich durch Auflagen hinsichtlich verschiedener Reformen im Arbeitsmarktbereich, im Steuerbereich, im Verwaltungsbereich, im Rentenbereich und in vielen Bereichen mehr. Das – und nicht allein irgendein Programm – ist der Schlüssel zu Investitionen. Die Strukturen müssen wieder so gesetzt werden, dass sich Investitionstätigkeit abspielt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, niemand hier im Haus macht sich die Entscheidung leicht. Wir haben ja nicht nur gestern und heute gerungen, sondern wir diskutieren seit langem immer wieder über die Frage: Wie können wir die Probleme in Griechenland gemeinsam lösen?

Für mich gilt:

Erstens. Das Prinzip Solidarität und

Eigenverantwortung ist in diesem Programm nicht nur gewahrt, sondern besonders stark ausgeprägt.

Zweitens. Die Auflagen sind strenger, stringenter. Die Kontrolle ist engmaschiger, was auch notwendig ist.

Drittens. Die Hartnäckigkeit der Bundesregierung hat sich bewährt. Sie hat dazu geführt, dass in Griechenland ein Umdenken stattgefunden hat.

Viertens. Dieses Programm ist ein gemeinsames, europäisches Programm, dem alle europäischen Länder zustimmen.

Mit all seinen Maßnahmen bietet dieses Programm eine gute Chance für Griechenland, die Staatsschuldenkrise zu bewältigen. Es ist eine gute Grundlage für eine weitere positive wirtschaftliche und politische Entwicklung in Europa, ja, für weitere wirtschaftliche und politische Stabilität in Europa. Dies brauchen wir, wenn wir die anderen Probleme, die gerade angesprochen wurden, wie beispielsweise die Asylproblematik, gemeinsam lösen wollen. Deshalb empfehle ich Zustimmung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind fest davon überzeugt, dass der IWF auch künftig mit an Bord sein muss.



Der Bundestag stimmte namentlich ab.

© DBT/Thomas Trutschel/photothek.net

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen), Norbert Spinrath (SPD), Manuel Sarrazin (B90/Die Grünen), Ralph Brinkhaus (CDU/CSU), Heino-Joachim Barchmann (SPD), Michael Stübgen (CDU/CSU), Johannes Kahrs (SPD), Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU)

leicht
erklärt!

Deutsche Einheit

Aus zwei Ländern wird eins



Einleitung



In diesem Jahr feiert Deutschland ein wichtiges Ereignis.

Und zwar: Vor 25 Jahren kam es zur deutschen Einheit.

Das bedeutet:

Deutschland war nicht immer ein einziges Land.

Für viele Jahre war es in zwei Länder geteilt.

Das eine Land hieß: Bundes-Republik Deutschland.

Und das andere hieß: Deutsche Demokratische Republik.

Durch die deutsche Einheit hat sich das geändert.

Deutschland wurde wieder zu einem Land.

Das Folgende ist damals genau passiert.



Der Zweite Welt-Krieg

Deutschland war Schuld am Zweiten Welt-Krieg.

Das war ein sehr großer Krieg.

Die Feinde von Deutschland waren zum Beispiel: Groß-Britannien, die USA, die Sowjet-Union und Frankreich.

Diese vier Länder haben den Krieg gewonnen.

Die Deutschen haben verloren.

Und zwar im Jahr 1945.

Die Teilung von Deutschland



Die Gewinner-Länder überlegten nun, was sie mit Deutschland machen.

Denn Deutschland hatte ja den Zweiten Welt-Krieg angefangen.

Und die Gewinner-Länder wollten, dass Deutschland nie wieder einen Krieg anfängt.

Deshalb beschlossen sie,
Deutschland erst einmal zu besetzen.

„Besetzen“ ist schwere Sprache
und bedeutet:



Sie teilten Deutschland in vier Teile.

Jedes Gewinner-Land
bekam einen Teil.

Und machte dort die Gesetze.

Außerdem schickte
jedes Gewinner-Land Soldaten
in seinen Teil von Deutschland.

In Deutschland bestimmten nun also
vier fremde Länder.



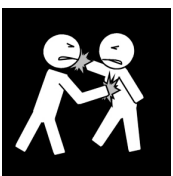
Sie stellten sich eine wichtige Frage:

Sollten sie Deutschland bald
wieder zu einem einzigen großen
Land machen?

Das über seine Politik
selbst bestimmen darf?

Oder sollten sie es
in viele kleine Länder aufteilen?

Bevor sie die Frage beantworten
konnten, kam etwas dazwischen.



Zwischen den Gewinner-Ländern
gab es einen großen Streit.

Er wurde sehr schlimm.

Man nannte ihn schließlich
sogar einen Krieg.
Genauer: Den Kalten Krieg.

In diesem Krieg gab es
zwei große Gruppen.

In der einen Gruppe
waren zum Beispiel:
Die USA, Groß-Britannien
und Frankreich.

In der anderen Gruppe
war zum Beispiel:
Die Sowjet-Union.



Die Gewinner-Länder vom Zweiten
Welt-Krieg waren jetzt also Feinde.

Darum waren sie sich nicht einig,
was mit Deutschland passieren sollte.

Jede der Gruppen machte deshalb
am Ende ein eigenes Land.

Die USA, Groß-Britannien
und Frankreich machten:
Die Bundes-Republik Deutschland.

Oder kürzer:
Die Bundes-Republik.

Die Sowjet-Union machte:
Die Deutsche
Demokratische Republik.

Oder kurz:
Die DDR.

Das war im Jahr 1949.



Die Bundes-Republik hielt im Kalten
Krieg zur Gruppe von den USA.

Die DDR hielt
zur Gruppe von der Sowjet-Union.

Also waren auch die Bundes-Republik
und die DDR Feinde.

Auf der anderen Seite versuchten sie
immer wieder,
gut miteinander aus-zu-kommen.

Denn sie waren ja
aus einem Land entstanden.

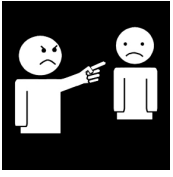
Die Situation war also sehr schwierig.



DDR - Eine Diktatur

Die Politik in der DDR machte
die Situation noch schwieriger.

Denn die DDR war eine Diktatur.



„Diktatur“ ist schwere Sprache und heißt zum Beispiel:

- Die Menschen konnten nicht die Politiker wählen, die sie wählen wollten.
- Die Politiker bestimmten sehr stark über das Leben der Menschen.
- Die Leute durften ihre Meinung nicht sagen.
- Oder einfach so in andere Länder reisen.

Grenze durch Deutschland

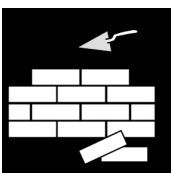


Die Politiker in der Bundes-Republik waren gegen die Diktatur.

Sie fanden es nicht gut, wie die Politiker in der DDR die Menschen behandelten.

Und auch viele Menschen in der DDR waren unzufrieden.

Deswegen verließen sie das Land. Und gingen zum Beispiel in die Bundes-Republik.



Darum sperrten die Politiker von der DDR die Grenze zur Bundes-Republik ab.

Und zwar mit einer hohen Mauer.

An der Mauer standen Soldaten.

Nur mit einer besonderen Erlaubnis durfte man über die Grenze gehen.

Und diese Erlaubnis haben nur wenige Personen bekommen.

Darum haben viele versucht, ohne Erlaubnis über die Grenze zu kommen.

Wenigen ist es gelungen.

Sehr viele hat man gefangen.

Viele wurden auch getötet.



Die Grenze trennte auch Familien voneinander.

Denn manche Familien-Mitglieder lebten in der Bundes-Republik.

Andere in der DDR.

Und sie sahen sich oft für viele Jahre nicht.

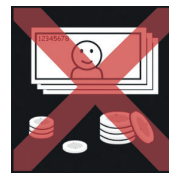
Ende von der DDR

In der DDR gab es eine Menge Probleme.

Mit der Zeit wurden sie immer größer.

Besonders schlimm wurden sie ungefähr ab dem Jahr 1980.

Zum Beispiel:



- Die DDR hatte kein Geld mehr. Sie musste sich Geld leihen. Zum Beispiel aus dem Ausland.

- Die Menschen in der DDR konnten sich nicht so viele Dinge kaufen wie die Menschen in der Bundes-Republik.

- Die Menschen waren unzufrieden, weil es so viele Verbote gab.

Die wichtigsten Politiker von der DDR wollten aber nichts ändern.



Friedliche Demos

Viele Menschen in der DDR haben lange Zeit nicht gesagt, wie unzufrieden sie waren.

Zum Beispiel, weil sie Angst vor Strafen hatten.

Das änderte sich jetzt.

Die Leute schlossen sich zu Gruppen zusammen.

Und demonstrierten.



„Demonstrieren“ heißt:
Die Leute gingen auf die Straße.
Und sagten laut, was sie störte.
Und was sie sich wünschten.
Aber sie benutzten keine Gewalt.
Manche hatten Plakate.
Auf denen waren
die Wünsche aufgeschrieben.

Die Leute hatten viele Wünsche.
Zum Beispiel:



- Sie wollten die Politiker wählen dürfen, die sie gut fanden.
- Sie wollten ihre Meinung sagen dürfen.
- Und überallhin reisen dürfen.

Öffnung von der Grenze

Irgendwann konnten die Politiker die Leute nicht mehr überhören.
Sie mussten ihre Wünsche erfüllen.
Zumindest teilweise.

Zum Beispiel:

Sie öffneten die Grenze zur Bundes-Republik.

Das heißt, die Menschen durften jetzt wieder über die Grenze gehen.

Und sie brauchten dazu keine Erlaubnis mehr.

Das war am 9. November 1989.

Und etwas später gab es richtige Wahlen.



Nun hatten die Menschen in der DDR einen weiteren Wunsch:
Die beiden deutschen Länder sollten wieder zu einem Land werden.



Die deutsche Einheit

Die Politiker in der DDR und der Bundes-Republik bereiteten darum die deutsche Einheit vor.
11 Monate später war es so weit.
Die DDR trat der Bundes-Republik bei.
Es gab nun keine DDR mehr.
Und die Bundes-Republik bekam 5 neue Bundes-Länder.
Und zwar: Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.



Das war am 3. Oktober 1990.
Diesen Tag feiert man in Deutschland jedes Jahr.
Sein Name lautet:
Tag der Deutschen Einheit.

Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache:
<http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von Picto-Selector und:
Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung
„Das Parlament“ 35-37/2015

Die nächste Ausgabe erscheint am
14. September 2015